8c

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

--

18. 3.1942	Arbeitstagung der Distriktsstandortsführer und Amtsleiter des Arbeitsbereiches.
30. 5.1942	Arbeitssitzung der Gouverneure im Schloß Belvedere zu Warschau.
6. 6.1942	Arbeitsbesprechung über die Zentralkammer.
18. 6.1942	Polizeisitzung.
24. 9.1942	Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses.

A r b e i t s t a g u n g

der Distriktsstandortführer und Amtsleiter
des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 18. März 1942

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:
1. Hauptabschnittsleiter Stahl
2. Wirtschaftsberater Dr. Senkowsky
3. z.d.A. der Kanzl. des GG.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitstagung d. Distr. Standortführer u. Amtsleiter der Arbeitsbereichs

am 18. 3. 42

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Wündisch	H. Amtsleiter	
Weirauch	Personalamtsleiter	
Ostermann	Prop.-Leiter	
Schulte	Leiter der Befehlsstelle H.J.	
Lorp	Organisationsleiter i. V.	
[illegible]	[illegible] Leiter der [illegible]	
Brodmann	Gaurichter	
Sennewald	Wirtschaftsberater.	
Heym	Bereichsleiter	
Pelz	Führer der W. T. B.	
[illegible] Staler	Oberpersonalleiter	
[illegible]	Distrikts-Standortführer Lublin	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Distrikts[illegible]	Distrikt Rad[illegible]
[illegible]	Hauptstab. Fraueneinsatz	
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Hauptstab. Kriegs. Ertüchtigung.	
Paul Müller	Hauptarbeitsgebiet Schulung Vertreter des Amtsleiters	
[illegible]	Stabsamtsl. Galizien	
[illegible]	Hauptarbgeb. Presse	
[illegible]	Stellv. [illegible]	

Beginn der Tagung 10^{30} Uhr

Nach Eröffnung der Tagung durch den Herrn Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank, ergreift Hauptabschnittsleiter Stahl das Wort. Er erinnert daran, daß unter Führung des Parteigenossen Schalk vor einem halben Jahr die letzte Arbeitsbesprechung stattgefunden habe. Damals habe man den organisatorischen Aufbau der NSDAP. im Arbeitsbereich Generalgouvernement abgeschlossen. Das letzte halbe Jahr sei dazu benutzt worden, um den weiteren Ausbau des Arbeitsbereichs und seiner Heranführung an die Frontarbeit zu bewerkstelligen.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß Reichsleiter Dr.Frank trotz seiner starken Überlastung die Zeit gefunden habe, in der Arbeitstagung zu erscheinen und den führenden Parteigenossen des Arbeitsbereiches für die Arbeit in diesem Raum und für die Ausrichtung der Führerschaft und die Erfüllung des vom Führer erteilten einmaligen Auftrages Richtlinien zu geben. Die Führerschaft des Arbeitsbereichs wisse, daß sie im allgemeinen selbständig arbeiten müsse und an Reichsleiter Dr.Frank nur große Dinge heranbringen könne. In ~~seinen~~ ihren Entscheidungen draußen an der Front müsse die Führerschaft deshalb eine Initiative entwickeln. - Die Parteiorganisation stehe. Jetzt heiße es, die volksführende Arbeit übernehmen, die Arbeit der Menschenbetreuung und Menschenführung. Für den Auftrag, den der Führer Reichsleiter Dr.Frank gegeben habe, kämen zwei Sektoren in Betracht. Primär erscheine in dieser Arbeit der Staat, der schon 1 1/2 Jahre früher im Generalgouvernement vorhanden gewesen sei. Dann habe aber Reichsleiter Dr.Frank als alter Nationalsozialist die Partei hierherberufen, weil ja von ihr die großen Impulse kämen.

Die

Die Parteiführerschaft habe versucht, den ihr von Reichsleiter Dr. Frank erteilten Auftrag durchzuführen, und es sei ihr auch zum großen Teil gelungen.

In der Aussprache ergreift zunächst Distriktsstandortführer Dr. Wächter das Wort. Er kann über die Parteiarbeit im Distrikt Galizien noch nicht viel berichten, da man hier ebenso wie auf dem staatlichen Sektor noch in den ersten Anfängen stehe. Die Situation sei insofern nicht leicht, als man im Distrikt Galizien insbesondere für die Bearbeitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten aus dem Reich nicht das beste Menschenmaterial erhalten habe. So sei es auch für die Partei außerordentlich schwer, die wichtige erzieherische Arbeit zu leisten. Hinzu komme, daß sämtliche privaten Betriebe in Treuhandverwaltung ständen und die Qualität der Treuhänder mehr noch als im alten Generalgouvernement sehr zu wünschen übrig lassen. Aber angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse sei man eben oft genötigt, sich auch mit charakterlich nicht einwandfreien Menschen zu behelfen. Auch die Qualitäten der Volksdeutschen in Galizien ließen viel zu wünschen übrig. Die besten Elemente seien ja seinerzeit bei der Umsiedlung ins Reich gegangen. Dieses volksdeutsche Element in Galizien werde noch durch viele Tausende verstärkt, die plötzlich ihr Deutschtum entdeckten, weil sie ja als Deutsche die besseren Lebensmittelsätze erhielten. Diese Menschen wüßten von der Partei nichts, lehnten sie vielfach überhaupt ab. So werde es denn eines langsamen Einschaltungs- u. Erziehungsprozesses bedürfen, um diese Menschen für die Idee der Partei zu gewinnen. Schwierig sei die parteiliche Situation auch angesichts der Tatsache geworden, daß Galizien der Front um 350 km näher gerückt worden sei. Die Frontzüge bleiben vielfach stecken, und 1000ode von Soldaten, die nicht weiter kämen, bevölkerten die Straßen. Gleichwohl hoffe er, aller dieser Schwierigkeiten

Herr

Herr zu werden. Größere Kundgebungen wie diejenigen aus Anlaß der Gründung der Partei und der Feier des 30. Januar hätten einen schönen Verlauf gehabt. Man lege auch Wert darauf, in Zukunft regelmäßig Kundgebungen zu veranstalten, für die man wirklich hervorragende Redner zu gewinnen suche. - Ein Parteiheim sei bereits im Aufbau, doch wisse man noch nicht, ob man dieses Heim als Parteihaus bestimmen wolle, da es etwas abseits vom Zentrum der Stadt liege.- Mit dem organisatorischen Aufbau der Partei habe man erst begonnen; vorläufig gäbe es nur 5 Standorte. Man sei noch etwas zurückhaltend mit der Organisation, weil man die organisatorische Neuregelung abwarten wolle. Im Distrikt bestehe grundsätzlich keine Personalunion zwischen Kreishauptmann und Standortführer, sondern nur dort, wo sich der Kreishauptmann als absolut geeignet für diese Aufgabe gezeigt habe. Von besonderer Wichtigkeit sei die Aufgabe der Verwundetenbetreuung durch die Partei. Zur Zeit befänden sich etwa 5 000 Verwundete im Distrikt, man rechne aber nach Beginn der Frühjahrsoffensive mit der Notwendigkeit, 27 000 Verwundete in Lemberg aufnehmen zu müssen. Dafür würden jetzt bereits große Gebäude bereitgestellt.

Distriktstandortführer Dr. Fischer, Warschau, kann von einer regen Parteiarbeit in seinem Distrikt berichten. Häufig würden Standortapelle veranstaltet, die von den Reichs- und Volksdeutschen immer sehr gut besucht seien. Auch würden bei allen Gelegenheiten große Kundgebungen veranstaltet, deren Verlauf ebenfalls recht befriedigend sei. Warschau sei bislang die Etappenstadt des Ostens gewesen. Das habe sich zu Beginn des Winters ganz besonders bemerkbar gemacht, doch hätten sich die Verhältnisse seit Januar laufend gebessert. Die von der Front zurückkommenden Soldaten hätten nach Warschau keinen sehr erfreulichen Geist gebracht. Es sei viel von diesen Soldaten organisiert worden, und das habe natürlich

lich

lich auch seine Rückwirkungen auf die Zivilbevölkerung gehabt. Die Partei habe neben dem Staat und der Wehrmacht scharfe Maßnahmen gegen diese Erscheinungen ergriffen. Parteistreifen seien eingerichtet worden, die täglich alle deutschen Lokale revidierten und die Deutschen kontrollierten. Dieses Vorgehen habe sich sehr gut bewährt, und man wolle daher diese Maßnahme weiter bestehen lassen. Er habe sich auch veranlaßt gesehen, die Polizeistunde herabzusetzen, und die Lokale würden ~~zum Teil schon~~ um 10 Uhr geschlossen. Die Wehrmacht sei leider nicht mit der notwendigen Schärfe gegen ihre Angehörigen vorgegangen.

Die Hauptarbeit der Partei habe sich im letzten Jahr auf die Betreuung der Volksdeutschen erstreckt, deren es im Distrikt Warschau 26 654 gebe. Von ihnen lebten über 15 000 in Warschau selbst; zumeist seien es kleine Leute, ungelernte Arbeiter, die sich in sozial sehr schlechten Verhältnissen befänden. Von seiten der Partei sei man bestrebt gewesen, ihnen eine wirtschaftliche und geistige Betreuung angedeihen zu lassen. Ihre Unterbringung im deutschen Viertel habe immer die größten Schwierigkeiten bereitet, weil eine Mietpreissenkung nicht möglich gewesen sei. Seit kurzer Zeit hätten die Mietpreise nun so festgesetzt werden können, daß die Volksdeutschen in das deutsche Viertel ziehen könnten. Die Bildung eines deutschen Viertels sei eine unbedingte Notwendigkeit, weil man sonst gar nicht die Möglichkeit habe, die Volksdeutschen zu erziehen. Sie lebten heute noch vielfach inmitten der polnischen Bevölkerung und ihrer polnischen Verwandtschaft und seien deshalb dauernd polnischen Einflüssen ausgesetzt. Die Bildung dieses deutschen Viertels sei übrigens auch aus Sicherheitsgründen notwendig. Wenn in Warschau sich ein polnischer Aufstand erheben würde, so wären die Volksdeutschen dem Pöbel schutzlos preisgegeben. Die Widerstandsbewegung habe genaue Listen über die Wohnungen

der

der Volksdeutschen in der Hand. In dem deutschen Viertel lägen auch die deutschen Schulen, was für die Erziehung der volksdeutschen Kinder von besonderer Wichtigkeit sei. Es sei zu hoffen, daß dieses Wohnviertel bis zu Beginn des Sommers fertiggestellt sei und dann sämtliche Reichs- und Volksdeutsche dort wohnen könnten. Die Polen wurden zwangsweise aus ihren Wohnungen entfernt und könnten in Teilen des Ghettos untergebracht werden, in welchem angesichts der Verkleinerung 1000de von Wohnungen freigeworden seien.

Die wirtschaftliche Betreuung der Volksdeutschen sei sehr schwierig, weil alle Bestrebungen bisher an den Tarifen gescheitert seien. Die Partei arbeite auf diesem Gebiete sehr energisch und hoffe auf eine baldige befriedigende Lösung dieser Frage. Eine wirtschaftliche Besserstellung der Volksdeutschen sei unbedingt von Nöten, und die deutsche Industrie sei sehr wohl in der Lage, den Volksdeutschen andere Tariflöhne zu zahlen. Wenn die Vertreter der Abteilung Wirtschaft den Einwand erhoben hätten, daß die Wirtschaft finanziell nicht in der Lage sei, die Tarife zu erhöhen, so sei das kein stichhaltiges Argument, zumal die Industrie in Litzmannstadt auch die deutschen Tarife zahlen müsse.

Gute Erfolge seien in der kulturellen Betreuung erzielt worden. Er habe für die Volksdeutschen besondere Theatervorstellungen eingeführt, die zu einem ganz geringen Eintrittspreis besucht werden könnten. Die Vorstellungen seien regelmäßig ausverkauft.

Er habe die Bildung eines deutschen Chors angeregt, und dieser Chor sei auch bereits in der Arbeit begriffen. In allen deutschen Zentren seien Singgemeinschaften eingerichtet, weil durch sie die Pflege der deutschen Sprache gefördert werde.

Das Schulwesen sei in Warschau gut entwickelt, wenn es auch leider immer noch an Lehrkräften fehle. Es gebe 200 Volksschulen mit 1200 Kindern und 27 Lehrkräften, weiter eine Fachschule, eine Handwerker- u. eine Handelsschule mit 700 Schülern und 25 Lehrkräften, eine Oberschule mit 218 Schülern und 19 Lehrkräften. Die Schulen seien sämtlich gut untergebracht. Der Zustand der reiferen volksdeutschen Jugend sei sehr bedenklich, und es sei vielleicht der einzige Weg, diese Jugend in der Schule erzieherisch zu erfassen. Aber dazu bedürfe es weit mehr Lehrkräften.

Für die Versorgung auf dem Lande ergäben sich einige Schwierigkeiten. Die volksdeutschen Bauern seien zumeist Kleinbauern mit einer nur geringen Landfläche, fielen aber trotzdem unter den Begriff der Selbstversorgung. Sie erhielten oft keinerlei Nahrungsmittel für ihre Kinder zugeteilt.Was sie aus ihrer eigenen Wirtschaft übrig hätten, reiche für die Ernährung der Kinder nicht aus. Er habe deshalb schon vor Monaten eine Regelung durchgeführt, nach welcher solchen Familien Nahrungsmittel für die Kinder von den deutschen Verteilungsstellen zugeteilt würden. Die Verteilung übernehme die Stelle "Mutter und Kind". Diese Maßnahme habe sich sehr gut bewährt, und die Volksdeutschen seien dafür sehr dankbar. Weiter sei man dazu übergegangen, die 15-17jährigen volksdeutschen Bauernkinder zu sammeln und sie als Ackerbauschüler geschlossen auf den Liegenschaftagütern unterzubringen. Sie würden unter Leitung des Verwalters landwirtschaftlich ausgebildet und von der Partei weltanschaulich betreut. Man wolle damit erreichen, daß man diesen Volksdeutschen später, wenn sie landwirtschaftlich ausgebildet seien, auch eine größere Landfläche in die Hand geben könne. Heute seien die volksdeutschen Kleinbauern kaum in der Lage, größere Güter selbständig zu bewirtschaften, und daran scheiterten auch vielfach die geplanten Ansiedlungsaktionen.

Trotzdem habe man eine Umsiedlung dieser volksdeutschen Bauern schon in kleinem Rahmen in Angriff genommen: die Volksdeutschen, die vereinzelt in polnischen Gemeinden wohnten, würden umgesiedelt und in volksdeutsche Dörfer gesetzt, aus denen dann polnische Landleute entfernt würden. Das seien aber alles nur kleine Hilfsmittel. Für die Förderung des volksdeutschen Bauerntums sei es notwendig, daß ihm mehr Land gegeben werde. Das setze gleichzeitig wieder eine große geistige und fachliche Erziehung dieser Menschen voraus.

Mit dem Aufbau der Wehrschützenbereitschaften habe man in Warschau auch schon begonnen. Zur Zeit träten über 1000 Deutsche zu den wöchentlichen Apellen an. Die Ausbildung sei im Gange. Natürlich fehle noch die einheitliche Bekleidung sowie die Ausrüstung mit Waffen.

Distriktstandortführer Globocnik berichtet, daß der Zustand der Partei im Distrikt Lublin als normal bezeichnet werden könne. Die Teilnahme der Parteigenossen an den Veranstaltungen habe sich gerade in den letzten Monaten sehr gesteigert und für die Versammlungen und Zusammenkünfte brauche jetzt keine große Propaganda mehr gemacht zu werden. Eine Schwierigkeit liege nur darin, daß die Amtswalter nicht so ausgebildet seien, wie es für einen normalen Parteibetrieb notwendig wäre. Aber auch hier werde man entsprechende Maßnahmen ergreifen. - Die Opferfreudigkeit der Reichsdeutschen sei sehr groß, jede Veranstaltung des WHW zeige ein besseres Ergebnis. - Ein Hauptarbeitsgebiet sei in der letzten Zeit die Verwundetenbetreuung gewesen, und hier sei wirklich Hervorragendes geleistet worden.

Die Volksdeutschen könnten, wenn man sie richtig behandelt, langsam in die Höhe gebracht werden. Im Gebiet um Zamosz seien 10 000 Menschen zusammengefaßt,

und man könne damit rechnen, daß etwa 70% ein brauchbares deutsches Material abgeben würde. Die Partei sei ja auch hier voll eingeschaltet, und gerade die NSV und die Hitlerjugend leisteten in dieser einsamen Gegend Hervorragendes. Für eine Erleichterung des Parteibetriebes wäre vielleicht eine bessere Ausbildung der Kreisstandorte notwendig, weil sie eine Zusammenfassung der guten Kräfte ermögliche. Auch müßte die Pflicht zur selbständigen Anmeldung der Parteigenossen nochmals schärfer betont werden. Wenn auch viele sich bereits freiwilig melden, so gebe es doch immer noch eine Anzahl, die nebenher laufen und so immer wieder Unfrieden erregen. Man könne aber doch zusammenfassend sagen, daß die Deutschen langsam in einen besseren Status hineinkämen.

An Deutschblütigen gebe es ungefähr 7000 im Distrikt. Viele von Ihnen kämen langsam zum Bewußtsein ihrer deutschen Herkunft und stellten sich, wie z.B. bei der Verwundetenbetreuung, gern in den Dienst der Parteiarbeit. Man würde schon manches erreichen können, wenn man ihre Wohnungen etwas besser ausgestaltete. Gelegentlich der letzten Umsiedlung sei eine kleine Flurbereinigung durchgesetzt worden, und diese Volksdeutschen hätten so viel Acker bekommen, daß sie einigermaßen leben könnten.

Distriktstandortführer Kundt führt aus, daß die ziemlich erschütterte Parteiorganisation im Distrikt Radom von Pg. Mehling wieder einigermaßen in eine gewisse Ordnung gebracht worden sei. Von einer Distriktstandortführung sei seinerzeit wenig zu spüren gewesen, und in den einzelnen Standorten seien auch Personen tätig gewesen, die in ihrer Lebensführung kein Vorbild darstellten. Heute sei aber die Ordnung wieder gänzlich hergestellt, die Organisation stehe nunmehr, und die

Distriktstandortführung sei zu einer kameradschaftlichen Einheit geworden, sodaß man nunmehr dazu übergehen konnte, die eigentliche Parteiarbeit in Angriff zu nehmen.

Er habe eine Schulung der Amtswalter in die Wege geleitet. Diese Maßnahme sei deshalb notwendig gewesen, weil der größte Teil der Reichsdeutschen auch in der Heimat niemals mit der Partei zu tun gehabt habe, selbst wenn sie Mitglied der Partei gewesen seien. Für die Durchführung der Schulung habe es zunächst eines gewissen Druckes bedurft. Mit Unterstützung des Arbeitsbereiches sei dann jede Arbeitsweise durchbesprochen und alle Grundfragen seien geklärt worden. Es sei seine Absicht, im Sommer alle diese Amtswalter der Standorte zu einer Tagung in Kielce zu berufen.

Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Parteiarbeit hätten gezeigt, daß die Standorte nicht etwa so groß sein dürften, wie die entsprechenden Gebilde im Reich. Es habe sich auch als zweckmäßig erwiesen, zwischen die Distriktstandortführung und die Standorte eine Instanz einzuschalten, die eine unmittelbare Verbindung mit den Verhältnissen des betreffenden Gebietes habe. Deshalb müßten die Standortführer einen kleineren Sektor betreuen und vielmehr mit den einzelnen Menschen zusammenkommen können.

Die Parteiarbeit stoße auch auf Schwierigkeiten, wenn der Kreishauptmann nicht die parteimäßigen Voraussetzungen besitze, die ihn gleichzeitig als Kreisstandortführer geeignet erscheinen ließen. Die 3 Kreishauptmänner, die gleichzeitig Standortführer seien, gehörten zu den besten Beamten des Distrikts. Es werde aber auch möglich sein müssen, daß sich der Kreisstandortführer ausschließlich mit der Schulung und Überwachung der Amtswalter beschäftige, daß er dem Standort-Amtswalter, die volksdeutsche seien, die Probleme zeige und ihnen gene-

relle Anweisungen gebe.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Distrikt Radom und dem Arbeitsausschuß zur Behebung volksdeutschen Notstandes sei außerordentlich gut. Die Volksdeutschen im Distrikt Radom beherrschten in ihrer Mehrheit die deutsche Sprache. Es gebe Dörfer, in denen die Leute nur deutsche Dialekte sprächen.

Eine der Hauptschwierigkeiten liege in der Erziehungsarbeit, die auch den Reichsdeutschen gegenüber geleistet werden müsse. Man habe leider feststellen müssen, daß sich reichsdeutsche Frauen nicht zur Frauenschaft und reichsdeutsche Männer nicht zur reichsdeutschen Gemeinschaft gemeldet hätten. Er habe deshalb angeordnet, daß niemand an der Lebensmittelversorgung teilnehme, der seine Meldung nicht abgegeben habe. Auch mache er die Aufenthaltsgenehmigung der Frauen reichsdeutscher Beamten und Angestellten von ihrer Medlung zur Mitarbeit abhängig. Darüber werde von der Partei eine Kontrolle geübt.

Kundgebungen, Versammlungen und Zusammenkünfte fänden laufend in allen Standorten, auch zellenweise, unter starker Beteiligung statt. Wie hier die Teilnahme der Volksdeutschen wesentlich größer sei als diejenige der Reichsdeutschen, so übertreffe auch die Opferfreudigkeit der Volksdeutschen für das Winterhilfswerk diejenige der Reichsdeutschen. Das WHW-Konzert der Stadt Radom habe mit Beiträgen von 4000 Reichsdeutschen und 1500 Volksdeutschen eine Summe von 75000 Zloty erbracht.

Ein besonderes Lob verdiene die rege Arbeit für die Verwundetenbetreuung. Sie sei im Anfang auf große Schwierigkeiten gestoßen. In Zusammenarbeit mit der Oberfeldkommandantur sei schon eine Bahnhofsbetreuung eingerichtet worden. Hier müsse vor allem der dieser Arbeit durch den General Moser, dem früheren Ausbildner

der Leibstandarte Adolf Hitler und Mitarbeiter des Reichsführers SS Himmler, gewordenen Unterstützung gedacht werden. Leider seien der Verwundetenbetreuung gerade von den Leitern von Lazaretten große Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden.

Auf dem Gebiete der Erziehung der Volksdeutschen sei vor allem die Tätigkeit der Stelle "Mutter und Kind" hervorzuheben. Man habe dafür ein vorbildliches Gebäude zur Verfügung gestellt. Zu begrüßen wäre es allerdings, wenn da und dort besser geschulte Frauen eingesetzt werden könnten. Im allgemeinen sei jedenfalls die Tätigkeit der Stelle "Mutter und Kind" von größtem Segen. In den volksdeutschen Kreisen herrsche eine starke Kindersterblichkeit, die wohl auf eine falsche Ernährungsweise zurückzuführen sei. Infolge der Aufklärungsarbeit der Stelle "Mutter und Kind" sei die Kindersterblichkeit z.B. im Kreisstandort Petrikau von 16% auf 6% in einem Jahr gesunken.- Erfreulich sei auch der Einsatz von Mädchen des BDM, aus denen der beste Nachwuchs für Volkspflegerinnen werden dürfte.

Die Verpflegungssicherung der Volksdeutschen habe im Distrikt Radom auch zu Schwierigkeiten geführt, die aber im allgemeinen jetzt behoben seien. Die Erscheinung, daß die Volksdeutschen amtlich Nahrungsmittel zugeteilt erhielten und sie auf Schleichwegen wieder verkauften, sei zwar noch verhanden, werde aber wohl im Gefolge der Erziehungsarbeit auch behoben werden können.

Mit der Rundfunkversorgung liege es vielfach noch im argen. Benötigt würden vor allem Batterie-Geräte, da die geschlossenen volksdeutschen Dörfer vielfach keinen elektrischen Strom hätten. Solche Rundfunkgeräte seien erfreulicherweise zur Verfügung gestellt worden. Ferner brauche man fahrbare Wanderkinos.

Im übrigen könne er feststellen, daß auch die Volksdeutschen Parteiveranstaltungen zu gestalten wüßten. Er habe z.B. in einem Ort einer Weihnachtsfeier beigewohnt, die ausschließlich volksdeutsche Amtswalter gestaltet hätten und die weltanschaulich eine Meisterleistung gewesen sei. Mögen auch in manchen Dörfern die Leute noch schwerfällig sein, die Arbeit der HJ und des BDM sei jedenfalls vorbildlich.

Die polnische Widerstandsbewegung scheine dieser Entwicklung unter den Volksdeutschen sozusagen vom polnischen Staatsgeist zum Nationalsozialismus nicht gern zu sehen. Es sei bezeichnend, daß in derselben Gegend, in der diese Weihnachtsfeier stattgefunden habe, ein Überfall auf eine Zellenversammlung stattgefunden habe. Von Polen sei aus dem Dunkel in das beleuchtete Schulzimmer einer Volkschule hineingeschoßen worden. Im Verfolg dieses Überfalles sei dann ein Sonderdienstmann, den die Polen mit seinem Bruder verwechselt hätten, erschossen worden. Man habe das Begräbnis zu einer Sache des Sonderdienstes und der Partei gemacht. Zur Zeit finde von seiten der Polizei eine Vergeltungsaktion in den Dörfern dieser Gegend statt. Eine bestimmte Zahl von verdächtigen Leuten sei verhaftet worden, und 50 von ihnen würden an die Wand gestellt. Die Volksdeutschen der Gegend seien durch dieses Ereignis wieder ganz eingeschüchtert, sie hätten keine Waffen und seien den stark bewaffneten polnischen Widerstandskräften völlig ausgeliefert. Daher sei es geboten, daß die deutschen Männer bewaffnet und im Schießen unterwiesen würden. Leider fehle es an Waffen und Munition, sodaß Übungsschießen nicht veranstaltet werden könnten. Hier biete sich den Wehrschützengemeinschaften ein wirksames Feld der Betätigung. Leider sei den Angehörigen der SS verboten worden, an den Wehrschützengemeinschaften teilzunehmen. Darüber hinaus solle die SS beabsichtigen, einen

einen eigenen Sturmbann aufzustellen. Wenn dem so sei, dann werde man kein Bedenken tragen, auch SA-Stürme aufzustellen.

Distriktstandortführer Dr. Fischer befürwortet auch als Angehöriger der SA die Errichtung der Wehrschützenbereitschaften und betont, daß die SA sich jederzeit gern in den Dienst dieser Sache stellen wird.

Distriktstandortführer Kundt gibt davon Kenntnis, daß er eine Anordnung getroffen habe, nach welcher jederzeit im Falle eines Alarms die Wehrschützenbereitschaft antreten könne und dann dem Kommandeur der Ordnungspolizei zur Verfügung stehe. Man müsse berücksichtigen, daß eine ganze Anzahl Deutscher vereinzelt auf den Gütern sitze und jederzeit überfallen werden könne. Hier müsse schnell durchgegriffen werden können, ohne daß man erst auf die Gendarmerie zu warten brauche.

IX/6

2/1

14

Pgn. Aldinger behandelt die Leistungen des Hauptarbeitsgebietes " Fraueneinsatz". An erster Stelle stünden die Leistungen in der Verwundetenbetreuung, die von den Frauen in ehrenamtlicher Tätigkeit durchgeführt werden. Seit Ausbruch des Russlandfeldzuges hätten 4445 Frauen eine Arbeitsleistung von 71 211 Stunden vollbracht. Zweimal in der Woche würden die Verwundeten in den Lazaretten besucht und die Liebesgaben, die von der NSV gesammelt und hergestellt würden, an die Soldaten verteilt. Vielfach hätten die Soldaten bei diesen Unterhaltungen auch zum ersten Mal Gelegenheit, sich von ihren Erlebnissen an der Front frei-zu-sprechen. Ausserdem würden in Zusammenarbeit mit dem BDM Briefe an die Angehörigen in der Heimat geschrieben werden, wenn die Soldaten infolge ihrer Verwundungen dazu nicht in der Lage wären. Dadurch sei es den Frauen möglich, die Erlebnisschilderungen der Soldaten abzuschwächen und zu erreichen, dass in der Heimat nicht zu sehr die Schilderung der Erlebnisse in den Vordergrund gerückt werde, sondern mehr der verwundete Soldat. Infolge dieser Übung habe sich auch ein Briefwechsel zwischen volksdeutschen Frauen und den Angehörigen der Soldaten entwickelt, sodass die gegenseitigen Bande mit dem Reich immer fester würden. Man habe auch erreicht, dass die Soldaten, wenn sie ausgehen könnten, in die volksdeutschen Familien eingeladen würden. Durch alle diese Massnahmen werde bei den Soldaten das Gefühl erweckt, dass sich die Partei um die Betreuung der Verwundeten kümmere. Während die Veranstaltungen der Partei in den Lazaretten nur Augenblickserfolge seien, gebe die Arbeit der Frauen den Verwundeten infolge ihrer Beständigkeit mehr das Gefühl einer Betreuung durch die Partei. Ausserdem hätten 700 im Bahnhofsdienst tätigen Frauen eine Arbeitsleistung von 74 663 Stunden vollbracht.

Pgn. Aldinger weist dann auf die Schwierigkeiten hin, die der Frauenarbeit in der Verwundetenbetreuung von Seiten der Wehrmacht gemacht würden. Man habe auf Grund eines Hilfeschreis des Roten Kreuzes, dass in den Lazaretten zu

15

wenig Einsatzkräfte vorhanden seien, in einer Sofortaktien allein in Krakau 200 Frauen aufgestellt, die ausgebildet würden. Mit diesem Nachwuchs wollte man den Dienst in den Lazaretten zur Entlastung der Schwestern ehrenamtlich aufnehmen. Man habe der Wehrmacht auch unausgebildete Frauen angeboten, die Verbandszeug schneiden und legen sollten, damit die Schwestern des Roten Kreuzes für die rein pflegerischen Aufgaben frei werden. Die Wehrmacht habe dies abgelehnt mit der Begründung, dass man nicht wisse, wie man diese Frauen in den Lazaretten anreden solle. Der wahre Grund läge aber scheinbar darin, dass die Wehrmachtsstellen sich nicht hinter die Kulissen schauen lassennwollten.

Auch die Instandsetzung der Lazarettwäsche habe man übernommen. Auch hier lege die Wehrmacht grosse Schwierigkeiten in den Weg . Sie wolle vor allem nicht wahrhaben, dass zu wenig Wäsche vorhanden sei. Von ungefähr 2000 Frauen seien in 23 000 Arbeitsstunden die Lazarettwäsche instand gesetzt worden. Diese Aktionen laufen weiter. Die Arbeit auf diesem Gebiete leide aber unter diesen Schwierigkeiten sehr stark und es sei erforderlich, einmal den Männern des OKW und des Militärbefehlshabers die Einstellung der Partei zur Verwundetenbetreuung klarzulegen. Es sei eigenartig, dass die verantwortlichen Offiziere sich ständig auf den Standpunkt stellten, dass Fleckfiebergefahr vorhanden sei. In den SS- Lazaretten würden der Frauenarbeit keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Tatsache sei, dass in diesen Lazaretten keine Frau vom Fleckfieber angesteckt worden sei oder umgekehrt.

Sie habe den Antrag gestellt, dass die ehrenamtliche Arbeit innerhalb der NSDAP ausschlaggebend sei für den Aufenthalt der deutschen Frau im Generalgouvernement. Dadurch werde vermieden, dass der Aufenthalt im Generalgouvernement nur als Erholungsaufenthalt betrachtet werde. Wenn eine Mitarbeit abgelehnt werde, dürfe der Aufenthalt nicht

über 3 Wochen verlängert werden. Dadurch habe man erreicht, dass man alle Frauen im Generalgouvernement einsetzen könne. Gerade der kriegsmässige Einsatz in den Lazaretten könne als ein gewisser Kriegseinsatz der Frau betrachtet werden. Wenn eine Frau erkläre, dass sie nur kurze Zeit hier weile, würden Massnahmen ergriffen, dass sie nach ihrer Rückkehr ins Reichsgebiet dort zum Kriegseinsatz herangezogen werde. Sie bittet die Distriktsstandortführer um ihre Unterstützung auf diesem Gebiet.

Auf einen Einwurf von Distriktsstandortführer Fischer, dass in Warschau die Heranziehung der deutschen Frau zur Mitarbeit nicht besonders ernst gehandhabt werde, entgegnet Pgn. Aldinger, dass diese Tatsache auf die wenig tatkräftige Arbeit der dortigen Führerinnen zurückzuführen sei. Pg. Stahl habe an die hauptamtlich tätigen Parteigenossen eine Anweisung hinausgegeben, derzufolge auch die Frauen dieser Parteigenossen zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Im Kriegseinsatz müsse auch die Frau eines politischen Leiters wie ihr Mann politisch tätig sein. Es sei technisch möglich, die Frauen so einzusetzen, dass sie am Abend für ihren Mann da seien.

Anschliessend macht Pgn. Aldinger Ausführungen über die Betreuung der Volksdeutschen. Im letzten Jahr habe man vom Reich leider nur sehr wenig pflegerische Lehrkräfte erhalten können, die den volksdeutschen Frauen neuzeitliche Säuglingspflege beibringen müssten. Von 2 Lehrkräften seien insgesamt 51 Lehrgänge durchgeführt worden. Man habe festgestellt, dass gerade in den Dörfern, in denen Säuglingspflegekurse abgehalten worden seien, sich ein merkliches Besserbefinden der Kinder eingestellt habe.

Die Frauenschaft begrüsse auch den BDM- Einsatz, müsse es aber ablehnen, dass 14-bis 15-jährige Mädel die Frauen über Säuglingspflege unterrichten. Der BDM müsse für diese Aufgabe ältere Mädchen einsetzen. In Krakau werde Ende April die erste Mütterschule eröffnet. Auch in Warschau

2/4

und anschliessend in Radom sei die Einrichtung einer Mütterschule geplant. In ihnen würden die deutschen Frauen über Wohnkultur unterrichtet; auch auf dem Gebiete der Haushaltsführung würden alle Erkenntnisse der letzten Zeit unterrichtet werden. Angeschlossen sei eine Waschlehrküche, in der die polnischen Hausangestellten über die deutschen Waschmethoden belehrt würden. Weiter würde die Schulung der Berufstätigen für eine möglichst zweckmässige Umstellung in der Ernährung durchgeführt. Man habe im letzten Jahr 10 000 Rezepte für Berufstätigkeit herausgegeben, die die Hauptabteilung Propaganda sogar ins Polnische übersetzen lassen wolle.

Eine andere Frage sei die Unterbringung der weiblichen Angestelltenn in neu zu schaffenden weiblichen Wohnheimen. Man stosse dabei auf den Widerstand vieler Männer, die darin eine Kasernierung der Frau sähen. Der Frauenschaft gehe es aber nur darum, für die berufstätige deutsche Frau im Generalgouvernement anständige Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Viele Mädels wohnten in unmöglichen Zimmern, oft noch bei Polen. Man wolle in den neuen Wohnheimen für jedes Mädel ein Zimmer schaffen; ausserdem seien Gemeinschaftsräume vorgesehen. Damit könne man auf die Lebensführung der Mädels grossen Einfluss ausüben. Die Hauptabteilung Arbeit wolle diese Wohnheime erstellen, während die Finanzierung von der Regierung übernommen werde; die Bereitstellung des benötigten Personals und die Betreuung erfolge durch die Partei.

Pg. Mehling geht in seinem Referat von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes im Oktober vorigen Jahres aus. Er habe damals sofort in einer Anzahl von Besprechungen Abhilfe zu schaffen versucht. Als erstes habe er den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 % gestellt, der auch gewährt

18

worden sei. Auch seien den Kindern unter 18 Jahren aller im öffentlichen Dienst stehenden volksdeutschen Angestellten und Arbeitern auf seinen Antrag hin Weihnachtszuwendungen gemacht worden. Vorschüsse zur Beschaffung von Brennmaterial und Winterkartoffeln seien gewährt worden. Im Dezember habe man eine einmalige Beihilfe in Höhe von 300 Zl. für Verheiratete und von 150 Zl. für Ledige ausbezahlt. Ebenso sei allen in der freien Wirtschaft stehenden Volksdeutschen im Januar ein einmaliger Betrag ausgehändigt worden. Dies alles seien Sofortmaßnahmen gewesen.

Vor acht Tagen sei auch eine Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen für Volksdeutsche nach den im Reich geltenden Bestimmungen unterzeichnet worden. Die von der Partei beantragte laufende Besserstellung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Volksdeutschen durch Gewährung von 50 % der Beschäftigungstagegelder sei ebenfalls ab Januar in Kraft getreten. Einige Schwierigkeiten seien bei Regelung dieser Frage bei der Ostbahn aufgetreten, die erklärt habe, dazu nicht in der Lage zu sein, da sie bereits im vergangenen Jahr zusätzliche Leistungen für die Volksdeutschen aufgebracht habe. In Verhandlungen habe sich die Ostbahn aber bereit erklärt, eine Beschäftigungszulage in Höhe von RM 30.- zu gewähren. Dadurch und durch die bereits seit längerer Zeit bestehenden Leistungen erhielten die volksdeutschen Angestellten der Ostbahn dieselben Bezüge wie die im öffentlichen Dienst Tätigen.

Weiter habe er eine laufende Besserstellung der Volksdeutschen in der freien Wirtschaft beantragt. Die Hauptabteilung Wirtschaft erkläre aber, daß die Wirtschaft die dafür notwendigen Mittel nicht aufbringen könne. Gewisse Schwierigkeiten bereite auch die Hauptabteilung Arbeit, indem sie Bedenken tariflicher Art ins Feld führe. Sie erkläre, daß ein West-Ost-Gefälle bestehen müsse. Bei Ermittlung des Existenzminimums habe er festgestellt, daß es für ein kinderloses Ehepaar monatlich mindestens 255 Zl. betrage, für ein Ehepaar mit einem Kind 308 Zl., für ein Ehepaar mit 8 Kindern 887 Zl. Der Verdienst z.B. im Baugewerbe, das am besten bezahle

betrage bei zehnstündiger Arbeitszeit für ungelernte Arbeiter aber nur 234 Zl. Vorerst helfe man auf dem Unterstützungsweg. In einer Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft vor einigen Tagen sei er zu der Auffassung gekommen, daß man eine Kinderzulage von mindestens 40 Zl. pro Kind zahlen müsse und auch könne. Einen dementsprechenden Antrag werde er in den nächsten Tagen stellen. Dazu sei ein Betrag von rund 8 Millionen Zl. im Jahre notwendig, den die Wirtschaft des Generalgouvernements ohne weiteres aufbringen könne.

Pg. Mehling berichtet weiter, daß er schon einmal eine Anzahl von Rundfunkgeräten habe verteilen können. Neuerdings ständen weitere hundert Stück zur Verfügung. Er habe den Antrag gestellt, daß die Hauptabteilungen Finanzen und Propaganda die nötigen Mittel zur Verfügung stellten. Wenn man die volksdeutschen Dörfer am deutschen Leben teilnehmen lassen wolle, dann müsse man sie unbedingtmit Rundfunkapparaten versorgen.

In der Frage der Behebung des Notstandes der Jugend sei er in Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums mit der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht übereingekommen, unbedingt Schulinternate einzurichten. Gebäude dafür seien vorhanden, wenn sie auch zur Zeit für andere Zwecke gebraucht würden.

In diesem Zusammenhang weist Distriktsstandortführer Kundt darauf hin, daß die Wehrmacht auch Gebäude nicht freigebe, wenn man sich bereit erkläre, sie sofort wieder zu räumen, wenn sie die Wehrmacht für ihre Bedürfnisse benötige.

Pg. Mehling erklärt dazu, daß sich der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement bereit erklärt habe, in der Freigabe der Schulen behilflich zu sein. Wenn man die volksdeutschen Kinder in die Hand bekommen wolle, so müsse man unbedingt solche Schulinternate einrichten. Er halte es für notwendig, die Kinder sogar zwangsweise

in diese Internate aufzunehmen. Die Finanzierung müßte der Staat übernehmen. Mittel, die heute als Kinderbeihilfen gewährt würden, könne man für diese Zwecke verwenden. Die Zwegschulen in den Dörfern, deren Wert er wegen der darin tätigen schlechten Lehrer bezweifele, könnten dafür verschwinden. Wenn man diese Internate im Mittelpunkt eines gewissen Bezirkes errichte, sodaß den Eltern die Möglichkeiten eines häufigeren Besuches ihrer Kinder geboten seien, würde man auch den Widerstand der Eltern beseitigen. Schwierig werde es sein, die Kinder auf längere Zeit ins Reich zu schicken. Nach drei bis vier Jahren Internatsbesuch dagegen könne man gegen eine solche Aktion nichts einwenden.

Mit dem Internat erreiche man auch die Schulspeisung, die man mit Feldküchen bewerkstelligen könne, deren Einrichtung materialmäßig keine Schwierigkeiten im Wege ständen.

Außerdem werde über die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft geklagt, daß sie zu große Preisspannen zuließe. Er habe jetzt mit der Hauptabteilung Ernährung die Einrichtung von Verkaufsstellen für Volksdeutsche bei den Kreisgenossenschaften vereinbart. Dadurch werde es dem volksdeutschen Bauern möglich gemacht, sich die täglichen Bedarfsartikel unter Zahlung von normalen Preisen zu beschaffen.

50 000 Paar Schuhe, die Pg. Ollesch beschafft habe, seien andie Volksdeutschen ausgegeben worden. Man plane auch die Ermäßigung der Mitgliedsbeiträge für Kinderreiche. Außerdem werde er in den nächsten Tagen einen Antragauf Gewährung von Ehestandsdarlehen, die in Form von Gutscheinen ausgegeben werden sollten, beantragen.

Auf grund seiner Erfahrungen müsse er feststellen, daß seine Arbeit von den Hauptabteilungen Finanzen und Erziehung und Unterricht in jeder Weise unterstützt werde, während die Hauptabteilung Wirtschaft und zum Teil auch die Hauptabteilung Arbeit immer wieder Hemmungen zeigten. Der Grund dafür sei wohldarin zu suchen, daß diese Hauptabteilungen die Dinge lediglich vom Wirtschafts

standpunkt sähen, während sie die volkspolitischen Gesichtspunkte außer acht ließen. Sie vergäßen, daß der Volksdeutsche heute noch gar nicht so viel arbeiten könne.

Abschnittsleiter Stahl geht in seinem Bericht davon aus, daß die Arbeit auf seinem Arbeitsgebiet unter folgenden Gesichtspunkten stehe: Durchführung der Betreuungsarbeit zugunsten der deutschen Arbeiter im Generalgouvernement, Leistungssteigerungsaktion der deutschen Wirtschaft und Vorbereitung des Berufserziehungswerkes.

Er sei notwendig, daß die deutschen Arbeiter, die aus dem Reich abkommandiert und im Generalgouvernement in Gemeinschaftslagern untergebracht seien, ordentlich betreut würden. Diese Betreuungsarbeit habe bisher der Gau Niederschlesien und der Gau Wartheland durchgeführt. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht tragbar gewesen. Durch Verhandlungen mit Berlin und den beiden Gauen habe er in den letzten Wochen erreicht, daß die Betreuung der nunmehr bestehenden 37 Lager (in den nächsten Wochen kämen noch einige große Lager in Galizien hinzu) ab 1.April von ihm durchgeführt würde.

Außer drei hauptamtlich tätigen Mitarbeitern habe er für seine Arbeit nur ehrenamtliche Kräfte zur Verfügung. Für ihn ergebe sich daher die Notwendigkeit, zur Durchführung seiner Aufgabe möglichst eng mit den Stellen der Regierung und der Distrikte zusammenzuarbeiten. Zehn Arbeitsprozesse, die er zur Zeit zu führen habe, müsse er infolge des Fehlens von Arbeitsgerichten im Generalgouvernement im Reich durchführen. Dieser Zustand werde aber demnächst abgeändert.

Im Generalgouvernement sei eine große Anzahl deutscher Gefolgschaftsmitglieder in Wehrmachtsbetrieben eingesetzt. Um seine Arbeit auch auf diese Betriebe ausdehnen zu können, habe er mit den Luftgauen Posen und Krakau Abkommen getroffen, nach denen er die Schulung der Arbeiter auch dort aufnehmen könne. Die Zusammenarbeit mit General Sommé sei ausgezeichnet.

2/9

Sehr wichtig sei das Problem des Handels und des Handwerks im Generalgouvernement. Durch die Organisation der gewerblichen Wirtschaft habe man eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, in der Deutsche und Polen verankert seien. Diese Organisation sei nun an die deutschen Betriebsführer herangetreten und habe sie aufgefordert, dieser Einheitsorganisation beizutreten. Viele von Ihnen würden sich aber weigern, da auch gleichzeitig Polen Mitglieder seien.

Reichsleiter Dr. Frank beauftragt Finanzberater Dr. Senkowsky um Nachprüfung dieser Angelegenheit.

Abschnittsleiter Stahr berichtet weiter, dass die Deutsche Post Osten mit 153 Dienststellen im Endwettbewerb des Leistungswettkampfes stünde, den Reichsleiter Dr. Frank im Januar für das Generalgouvernement freigegeben habe. Durch diesen ersten Wettkampf solle eine Ausrichtung gegeben werden, um zu einer Leistungssteigerung zu kommen. Mit Präsident Lauxmann habe er vereinbart, dass am 1.Mai bereits einige Ämter, die seit 2 Jahren im Generalgouvernement arbeiteten, ausgezeichnet werden sollten. Diese Tatsache werde zu weiterer Leistungssteigerung anregen.

Im Reich werde eine nochmalige Leistungssteigerungsaktion durchgeführt. Für das Generalgouvernement sei es notwendig, die deutschen Menschen, die hier irgend eine Funktion einnähmen, durch eine psychologische Aktion zu einem noch grösseren Leistungswillen zu bringen. Für eine solche Leistungssteigerung sei eine vorbildliche Betriebsorganisation notwendig. Vorbildliche Einrichtungen, die von den einzelnen Betriebsführern gemacht würden, sollten allgemein bekannt gegeben werden. Es gebe noch eine ganze Menge deutscher Menschen, die eine ganz andere Arbeit ausfüllen könnten. Hier müsse die Bewegung eingreifen und sagen : " Deutscher Mann, Deutscher Arbeiter, erfüllst Du auch eine kriegswichtige

Aufgabe 7: Die Aktion werde unter der Parole gestartet " Wie konzentriere ich mich auf den Sieg ". Er habe bereits eine Betriebsführertagung angesetzt, in der er diese Gedanken darlegen wolle. Auch im Generalgouvernement würde sich trotz der wenigen Menschen noch eine Leistungssteigerung herausholen lassen.

Betreuung der Volksdeutschen : Man habe gesehen, dass es zur Zeit unmöglich sei, die volksdeutschen Arbeiter tarifmässig zu erfassen, da das Leistungsniveau noch unter dem der deutschen Arbeiter stehe. Diese Tatsache habe ihn veranlasst, an das Problem der Berufserziehung heranzugehen. Man müsse die Volksdeutschen in ihren Leistungen auf eine Höhe bringen, die eine gute Bezahlung rechtfertige. Der Reichsleiter habe die Unterschrift unter die Anordnung über die Berufserziehung bereits gesetzt, sodass man nunmehr daran gehen könne, die Volksdeutschen in ihren Beruf so zu erziehen, dass in ein oder zwei Jahren ihre Leistungen denen der deutschen Arbeiter gleich kämen.

Weiter habe er an die Betriebsführer einen Aufruf gerichtet, ab 1.Mai den Leistungswettkampf in allen Betrieben zu eröffnen. Diese Arbeit sei kriegsbedingt. Er bitte den Reichsleiter, Betriebe, die Hervorragendes geleistet hätten, durch einen Besuch auszuzeichnen.

Bereichsleiter Ollesch führt aus, daß die in das Ergebnis des Kriegswinterhilfswerk 1941/42 gesetzten Hoffnungen nicht getrogen hätten. Das laufende KWHW, das kurz vor dem Abschluß stehe, sei als außerordentlich gut zu bezeichnen. Allein die beiden Veranstaltungen des Wunschkonzerts mit 2,5 Mio Zloty und des Tages der Deutschen Polizei mit 2,2 Mio Zloty brächten annähernd das Ergebnis des gesamten letztjährigen Winterhilfswerks. Nach vorläufigen Schätzungen könne er mit einem Gesamtergebnis von vielleicht 10 bis 12 Mio für das laufende KWHW rechnen.

Die Zahl der Betreuten sei in diesem Jahr wesentlich höher. Gegen 13128 Volksdeutsche des vorigen Jahres habe man diesmal 47207 Volksdeutsche im Rahmen des Winterhilfswerks unterstützt. Das sei ungefähr die Hälfte der amtlich registierten Volksdeutschen. Allerdings seien in diese Zahl einbegriffen mi 20 000 Menschen, die man als deutschstämmig bezeichne. Man sei jetzt zur Gutscheinbetreuung übergegangen und habe Wertgutscheine ausgegeben, die in allen deutschen und polnischen Geschäften eingelöst werden könnten. Die Erfolge dieser Betreuungsart seien sehr erfreulich. Der Betreuungssatz sei auf Grund der Ermittlungen eines Existenzminimums festgestellt worden. Es betrage 148 Zloty je Kopf der Betreuten für die Dauer des Winterhilfswerks. Daraus ergebe sich eine monatliche Durchschnittsbetreuung von 22 Zloty. Am Tage der Machtübernahme sei eine Sonderbetreuung von 5 Zloty je Kopf durchgeführt worden. Auch die Ausgabe von Sachwerten werde stark gefördert. So seien schon 50 000 Paar Lederschuhe zum größten Teil zur Ausgabe gelangt. Daneben habe man einen Waggon mit rund einer halben Million Bekleidungsstücken aller Art aus dem Reich organisiert, die, soweit sie gebrauchsfähig seien, sofort ausgegeben würden und, soweit sie noch bearbeitet werden müssen, in den Nähstuben der Frauenschaft einer Neugestaltung entgegensehen. Darüberhinaus

hinaus würden die Läger für die NSV-Arbeit aufgefüllt.

Das KWHW werde mit April dieses Jahres abschließen. Die letzte Versammlung sei auf den 11.April verlegt worden. Von Anfang April beginne dann das weitere Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz zu laufen. Im Rahmen dieses Werkes würden 5 Listensammlungen und 2 Abzeichensammlungen durchgeführt werden. Mit dem 31.August 1942 werde dann das Kriegshilfswerk durch das nächste Kriegswinterhilfswerk abgelöst werden.

Mit Wirkung vom 1.November 1941 habe er die organisatorische und verwaltungsmäßige Aufgabe der Verwundetenbetreuung übernommen. Die praktische Auswirkung der Verwundetenbetreuung in den Lazaretten und Lazarettzügen geschehe durch die Angehörigen der Frauenschaft, aber die Beschaffung der Materialien habe er mit seinem Amt übernommen. Selbstverständlich habe man in die bis dahin etwas planlose Betreuung eine gewisse Regel bringen müssen; man habe einen Betreuungssatz je Verwundeten, je Bett und Monat von 10 Zloty festgesetzt, für die Betreuung der Verwundeten in den Zügen einen Satz von 1,5 Zloty je Mann. Diese Sätze reichten im allgemeinen für die Durchführung der Betreuung aus. Es genüge durchaus, wenn alle 14 Tage in den Lazaretten Sachwerte ausgegeben würden, da neben dieser materiellen noch die ideelle Betreuung stehe, der er den weitaus größten Wert beimesse. Hinzu komme, daß dieser Satz angesichts des großen Mangels an Zigaretten, Alkohol, Obst oder Wein nicht erhöht werden könne. Vom ersten November an seien rund 2 Millionen Zloty für die Verwundetenbetreuung ausgegeben worden; dieser Betrag werde aus Mitteln des WHW finanziert. Zu einem großen Teil würden allerdings diese Mittel vom Reichshauptamt für Volkswohlfahrt erstattet.

Die Zusammenarbeit mit den Wehrmachtstellen sei schon mehrfach behandelt worden. Die Wehrmacht behaupte

zwar,

zwar, sie gehe richtig vor, die Praxis zeige aber leider ein ganz anderes Bild. Im Zuge der Anordnung des Reichspropagandaleiters über die Aktivierung der Verwundetenbetreuung zur Behebung der Winterschäden habe er über 40 Schwestern eingesetzt, die an den Grenzbahnhöfen - Brest, Blody, Tarnopol, Malkinia - die Liebesgaben ausgeben sollten. Diese Schwestern seien im Zuge der zusätzlichen Lazarettzugaktion zurückgerufen worden und seien z. Teil durch Angehörige des Frauenhilfsdienstes, z.T. durch Frauen aus dem Reich z. Teil aber auch durch Frauen, die von Frau Aldinger aus dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt worden seien, ersetzt worden. Die Schwestern hätten an einigen Stellen wochenlang unbeschäftigt gewartet, weil sich die Wehrmacht gegen diesen Fraueneinsatz gewehrt habe mit der Begründung, daß alle diese Dinge durch das Rote Kreuz durchgeführt werden müßten. Aber das Rote Kreuz habe nicht eingreifen können, weil die Einheit nicht draußen gewesen sei. Er habe einen schweren Kampf durchfechten müssen, und es sei manchmal unerträglich, zu sehen, welchen Standpunkt die Wehrmacht in diesen Dingen einnehme.

Zur Zeit seien in der Verwundetenbetreuung rund 40 Personen hauptamtlich beschäftigt. Einzelne Bahnstationen, die mit Angehörigen des Frauenhilfsdienstes besetzt seien, würden von je einem poltischen Leiter geleitet, der ihm einsatzmäßig zur Verfügung gestellt sei. Man habe im Einvernehmen mit der Wehrmacht insgesamt 14 Stationen im Generalgouvernement festgelegt, an denen eine zusätzliche Betreuung stattfinden solle. Nach seinen Feststellungen über das Funktionieren dieser Einrichtung hätten sich die Verwundeten übereinstimmend äußerst günstig geäußert. Besonders an den Stationen Tarnopol, Blody und Brest funktioniere dieser Einsatz ganz hervorragend. Diese Fürsorge hebe sich sehr wohltuend von der Betreuung ab, die in den Gebieten

ten der Reichskommissariate durchgeführt werde. Beim Hauptamt sei angeregt worden, daß Betreuungskommandos eingesetzt würden, die im Laufe des kommenden Frühjahrs im Osten tätig werden könnten.

Im übrigen sei der Zustand der Züge nicht mehr so schlecht wie vor einigen Wochen. Die Wehrmacht habe Betreuungskommandos aufgestellt, die die behelfsmäßigen Züge mit Stroh, Holz, Öfen, Wasser usw. versorgten. Vordem seien die Verwundeten einfach in die Züge gepackt worden, und man habe sie den Zufälligkeiten eines 14 tägigen bis 3-wöchigen Transportes ausgesetzt. Die meisten Erfrierungen seien nicht draußen an der Front vorgekommen, sondern auf dem Transport zu den Grenzen des Generalgouvernements. Diese Zustände hätten sich heute etwas gebessert, auch sei die Zahl der Transportzüge nicht mehr so groß. Es scheine doch, als ob die Lazarette im weiteren Osten ziemlich geräumt seien. Auch im Generalgouvernement gehe man dazu über, die Verwundeten aus den Lazaretten zu nehmen und sie nach dem Reich zu bringen. Im Reich seien 250 000 Betten neu organisiert worden. Die Zahl der Betten im Generalgouvernement betrage augenblicklich 40 000. Dazu kämen rund 15 000 Notbetten, vor allem im Distrikt Warschau. Der Distrikt Warschau habe überhaupt die meisten Verwundeten. Die dortigen ärztlichen Stellen, insbesondere der Oberstarzt Dr. Prymers arbeiteten mit der Partei sehr gut zusammen. Schwierigkeiten entständen jeweils dadurch, daß die Transport- u. Bahnhofsoffiziere das ausschließliche Recht hätten, zu bestimmen, wer auf den Bahnhof und in die Züge komme. Sie erhielten keine Anweisungen vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, sondern hätten den Anordnungen des Transportchefs im Hauptquartier des Führers zu folgen.

Im Zuge der Lazarettbetreuung seien durch Vermittlung der Hauptabteilung Propaganda 200 Rundfunkgeräte zur Verfügung gestellt worden. Die Verstärkung dieses Rundfunkeinsatzes sei beabsichtigt und werde bei sich

bietender

bietender Gelegenheit durchgeführt.

Was die eigentliche NSV-Arbeit angehe, so habe er inzwischen das Netz der Hilfsstellen, mit denen das Generalgouvernement überzogen werden solle, weiter verstärkt. Es gebe jetzt 29 Hilfsstellen, die mit rund 60 Fachkräften besetzt seien, Volkspflegerinnen, NSV-Schwestern und sonstigen Kräften, die die Betreuungsarbeit verrichteten. Die Besetzung sei soweit vorgeschritten, daß er am 15.April in den Distrikten Warschau und Radom, darüber hinaus an einigen Orten des Distrikts Krakau die Durchführung des Erlasses vom 25.August 1941 vornehmen könne, nachdem eine ganze Anzahl von Aufgaben der öffentlichen Fürsorge auf die Partei verlagert worden sei.

Zur Verstärkung der Fachkräfte habe er mit fast sämtlichen Volkspflegerinnenseminaren und Frauenschulen des Deutschen Reiches Abmachungen dahin getroffen, daß dem Generalgouvernement Probeschülerinnen und Praktikantinnen laufend zur Verfügung gestellt würden. Man rechnet für das laufende Jahr mit weiteren 60 Praktikantinnen und Probeschülerinnen, die dann ihre praktische Lehrzeit im Generalgouvernement durchmachten und teilweise auch ihr Probejahr ableisteten. Sie könnten hier auch die staatliche Anerkennung erwerben, die für den Abschluß der Lehrzeit notwendig sei. Die meisten Kräfte, die hier eingesetzt würden, entschlössen sich schon auf Grund der besonderen Eigenart der Arbeit ständig im Generalgouvernement zu bleiben. Die Arbeit biete viel Neues auf allen Gebieten, die sei nicht so bürokratisiert wie im Reich und gebe auch dem einzelnen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten. Aus diesen Einsatzkräften könne man das brauchbarste Material an Mitarbeiterinnen heranziehen.

Die Hilfsstellen seien so organisiert, daß in jedem politischen Kreis eine sog. große Hilfs- u. Beratungstelle bestehe, und zwar unter Leitung einer Volkspflegerin

gerin oder einer NSV-Schwester.

Im Interesse der gesundheitlichen Betreuung der Frauen und Mütter habe er in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesundheitswesen erreicht, daß Reichsdeutsche Hebammen in großer Anzahl im Generalgouvernement eingesetzt werden konnten. Hebammen würden ausschließlich durch sein Amt eingesetzt. Die Abteilung Gesundheitswesen habe für diese Dinge angeblich keine Gelder.

Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Volksdeutschen sei die Geburtenfreudigkeit sehr gering. Nach einer Erhebung im Distrikt Warschau betrage die Kinderzahl je Familie nur 1,5. Dazu kommt noch die hohe Säuglingssterblichkeit, die z.B. im Kreise Tomaschow im letzten Jahr 52% betragen habe.

Zur Zeit seien 16 Hebammen ~~aus dem Reich~~ im Generalgouvernement eingesetzt. Ihre Zahl solle auf 60 erhöht werden. Man könne aber angesichts des großen Mangels an Hebammen im Deutschen Reich nicht mit einem sofortigen Einsatz rechnen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Gesundheitswesen habe man eine Umschulung der volksdeutschen Hebammen vorgesehen und wolle auch darüber hinaus die Einrichtung einer eigenen Hebammenlehranstalt ins Auge fassen, die der Ausbildung volksdeutscher Hebammen dienen solle.- Die Schwangerenberatung seitens deutscher Hebammen habe bereits begonnen.

Eine unerfreuliche Tatsache sei die sog. Ausbildung und Umschulung polnischer Hebammen. Die Abteilung Gesundheitswesen habe sich auf den Standpunkt gestellt, man müsse unbedingt den Gesundheitszustand der polnischen Menschen heben. Seines Erachtens bestehe aber gar kein Interesse, den Ausbildungsstand polnischer Hebammen oder überhaupt die gesundheitlichen Einrichtungen der Polen über den Stand hinaus zu heben, den der polnische Staat seinerzeit selbst als angemessen gesehen habe.

habe. Wenn man sich in diesem Rahmen halte, dann genüge der Ausbildungsstand der polnischen Hebammen durchaus.

Die Abteilung Gesundheitswesen habe auch im Distrikt Warschau an über 10 000 polnische Säuglinge und zahlreiche polnische Mütter Vitaminpräparate C und B ausgegeben, an denen im Deutschen Reich ein großer Mangel herrsche und von denen man für die Reichsdeutschen hier überhaupt nichts erhalte. In allen deutschen Krankenhäusern sollen deutsche Stationen eingerichtet und diese mit deutschen Schwestern besetzt werden. Der Einsatz dieser Schwestern erfolge durch die Vermittlung seines Amtes. Bis jetzt seien 8 deutsche Krankenhäuser mit deutschen Schwestern versehen worden, der Einsatz weiterer 5 Schwestern sei zu erwarten. Daneben solle auch in jedes Krankenhaus eine deutsche Wirtschaftsleiterin kommen. Diese Maßnahme sei deshalb notwendig, damit die erhöhten Lebensmittelzuteilungen den erkrankten Deutschen zugute kämen.

Den Kindergärten würde trotz aller Schwierigkeiten eine weitere Fürsorge zuteil. Er habe im letzten Sommer von der Abteilung Innere Verwaltung 36 Kindergärten übernommen. Sie seien inzwischen auf deutsche Verhältnisse umgestellt und ihre Zahl auf 45 erhöht worden. Daneben gebe es noch 20 Hilfskindergärten, die demnächst auf deutsche Verhältnisse umgestellt würden, sodaß man im ganzen über 65 deutsche Kindergärten verfüge. Ein großer Teil dieser Kindergärten liege im Gebiet von Zamosz und in Galizien, wo man in Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Kleinkinder schon in Betreuung genommen habe. Er habe sich vom Hauptamt 50 Baracken für Kindergärten zur Verfügung stellen lassen, die dort aufgestellt werden sollten, wo man stationäre Häuser nicht einrichten könne. Für die Kindergärten habe man ihm auch Einsatzmädel zur Verfügung gestellt. Von den Mädchen, die ihre Einsatzzeit in diesen Tagen beenden, werde ein gewisser Teil im Generalgouvernement

gouvernement bleiben. Daneben laufe in Zusammenarbeit mit dem BDM die Ausbildung von Kindergartenhelferinnen Der zur Zeit in Zakopane laufende Kursus werde eine Zahl von 37 Helferinnen ergeben. Er beabsichtige weiter, in Krakau ein Kinderpflegerinnenseminar einzurichten.

Seit einigen Wochen bestehe das Verbot, Mädchen unter 21 Jahren ins Generalgouvernement kommen zu lassen. Das Verbot möge im allgemeinen begründet sein, mache sich aber gerade auf seinem Arbeitssektor sehr unangenehm bemerkbar, da hinsichtlich der Fahrtkräfte vor allem bei Kindergärtnerinnen die Altersgrenze zu hoch sei. Man sei eben darauf angewiesen, junge Mädchen zu nehmen, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, und diese ständen vielfach im Alter von 19 und 20 Jahren. Auch der BDM ziehe Einsatzkräfte nach dem Generalgouvernement, die noch nicht 21 Jahre alt seien.

Das Säuglingsheim in Warschau sei inzwischen so stark belegt, daß er sich veranlaßt sehe, weitere Säuglingsheime einzurichten.

Die Jugenderholungsarbeit in dem Heim in Zakopane sei weitergelaufen. Man habe 374 Kinder dorthin verschicken können. - Das Mütterheim habe seit seinem Bestehen 104 Frauen Erholung bieten können. Die Errichtung weiterer Heime, und zwar eines weiteren Jugenderholungsheimes in Zakopane und von 2 Mütterheimen in Zakopane und im Distrikt Warschau sei geplant. Geplant sei weiter ein Kinderheim für volksschulpflichtige Kinder im Distrikt Warschau und ein Jugendheim. Die Errichtung und Fertigstellung seien allerdings wegen der Materialbeschaffung sehr schwierig.

Im Rahmen der materiellen Hilfe seien von seinem Amt bereits Gutscheine laufend an alle Hilfstellen ausgegeben worden, besonders für Lebensmittel und Textilien.

lien. Damit habe man nur gute Erfolge erzielt, vor allem Dank des Zusammenarbeitens mit der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Warschau. Durch ein Abkommen sei erreicht worden, daß die gesamte Säuglingswäsche und die Textilien für Volksdeutsche nur über die Hilfsstellen ausgegeben würden. Auch sei dafür gesorgt, daß der Bedarf an Textilien und Säuglingswäsche nur dorthin gelegt werde, wo er tatsächlich auftrete. Dadurch seien diese Gegenstände dem Schiebertum und Schleichhandel entzogen.

Zur Versorgung der Mütter und Frauen mit zusätzlichen Nahrungs- u. Stärkungsmitteln habe man dank der Hilfe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft größere Mengen von Reis über die Hilfsstellen an die Verbraucher leiten können.

Daneben habe man mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eng zusammengearbeitet. Man plane eine laufende Betreuung der in das Deutschtum zurückzuführenden Bevölkerung. Leider habe es hier an einer Begrenzung der Zuständigkeiten gefehlt. Für die Umsiedlung deutscher Menschen in deutsche Wohngebiete habe sein Amt auch gewisse Aufgaben zu erfüllen. In Warschau sei dafür ein Betrag von rund einer halben Million zur Verfügung gestellt worden. Die Auswahl der Menschen, die in die deutschen Viertel kommen sollten, müsse nach einem scharfen Maßstab erfolgen. Es sei unumgänglich notwendig, bei der Auswahl der Menschen gewisse bevölkerungs- u. rassenpolitische Momente obwalten zu lassen.

In der letzten Zeit habe sein Amt an den Vorbereitungen zur Errichtung eines TBC-Ausschusses für das Generalgouvernement mitgewirkt. Man habe versucht, die Forderungen der Abteilung Gesundheitswesen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken und die vorgesehenen Maßnahmen für die Deutschen sicherzustellen.

Er danke den Distriktsstandortführern dafür, daß sie den Bestrebungen seines Amtes immer Unterstützung geliehen hätten. Es sei oft nicht leicht, die notwendigen Fachkräfte zu erhalten, und es komme vor, daß sich eine Fachkraft, die draußen eingesetzt werde, in der praktischen Arbeit als nicht tragbar erweise. Nicht jeder, der sich im Reich bewähre, bewähre sich im Generalgouvernement, und deshalb sei eine Auswahl notwendig. Im allgemeinen sei aber zu Klagen kein Anlaß.

Man möchte wohl noch viel stärker und aktiver arbeiten, sei aber manchmal durch das Unverständnis einiger Regierungsstellen gehemmt, die z.B. die Notwendigkeit einer Arbeit im Interesse der Volksdeutschen gar nicht einsehen wollten. Wenn z.B. heute noch bei der Hauptabteilung Arbeit Unkenntnis darüber bestehe, ob die Volksdeutschen im Generalgouvernement bleiben sollten, dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn alle Maßnahmen, die die Partei im Interesse der Volksdeutschen ergreife, auf Unverständnis und Widerstand stießen.

Reichsleiter Dr. Frank wendet sich entschieden dagegen, daß Einzelfälle zu einer Kritik gegen die Regierung ausgenutzt werden. Das Zusammenarbeiten von Partei und Regierung sei auf allen Gebieten ausgezeichnet. Aus der Tatsache, daß es in amtlichen Stellen auch Menschen gebe, die für die Parteiarbeit kein Verständnis aufbrächten, dürften unter gar keinen Umständen allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden. Im übrigen sei in der Frage der Umsiedlung der Volksdeutschen noch nicht das letzte Wort gesprochen, wie er aus einer Besprechung mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums schließen könne. Gerade die Hauptabteilung Arbeit, die einem alten Parteigenossen übertragen sei, werde in diesen Dingen nicht versagen.

Wenn

Wenn ein Referent eine unzutreffende Bemerkung mache, so habe das mit der Regierung des Generalgouvernements nichts zu tun. Jedenfalls wolle er unter keinen Umständen den Eindruck erwecken lassen, als ob es notwendig wäre, daß dieser Kreis ununterbrochen in Opposition stehen müßte.

Bereichsleiter Ollesch will mit seinen Worten nicht eine Kritik gegen die Regierung gerichtet haben, sondern nur darauf hinweisen, daß man zuweilen mit Unverständlichkeiten rechnen müsse. Der Referent Mehlis, um den es sich im vorliegenden Falle handelt, habe als amtlicher Vertreter der Hauptabteilung Arbeit an jener Besprechung teilgenommen und seine Stellungnahme als Vertreter der Hauptabteilung Arbeit begründet. Er könne feststellen, daß im übrigen die Zusammenarbeit mit den Regierungsstellen durchaus erfreulich sei.

(Mittagspause)

XX/6

SA-Oberführer Peltz macht Ausführungen über die Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement.

Mit Erlass vom 17. Dezember 1941 sei die Aufstellung von Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement verfügt worden. Infolge der bis vor kurze Zeit bestehenden Schwierigkeiten sei es noch nicht möglich gewesen, die Ausführungsbestimmungen zu dem Erlass herauszugeben, in denen die Erfassung und Dienstleistung festgelegt seien.

Die Aufgabe der Wehrschützenbereitschaften liegen in erster Linie auf dem Gebiet der Wehrerziehung. Es könne nicht eine ausschliessliche Angelegenheit der Wehrschützenbereitschaften sein, ein militanter Verband zu werden. Um eine solche Ausbildung zu gewährleisten, sei es nicht möglich, sich mit einer geringen Stundenzahl monatlich zu begnügen, sondern sie müsse sich auf eine kasernierte Einheit erstrecken, die im regelmässigen Dienst alltäglich ausgebildet werde.

In den Wehrschützenbereitschaften gehe es zunächst darum, die im Generalgouvernement befindlichen deutschen Männer durch eine kämpferische Einstellung des Geistes zu einer positiven Einstellung zur Gemeinschaft zu bringen. Der deutsche Mann müsse durch eine politische Schulung die Erkenntnis gewinnen, dass er innerhalb des deutschen Volkes nur dann bestehen könne und als Nationalsozialist angesprochen werden könne, wenn er sich über die Bejahung der Volksgemeinschaft und Brotgemeinschaft auch zur Wehrgemeinschaft bekenne. Während er sonst von der Gemeinschaft für sich nur Positives habe, werde er in der Wehrgemeinschaft gezwungen, für die Gemeinschaft einzutreten und Dienst zur Erhaltung der Volksgemeinschaft zu tun. Es müsse in ihm also der politische Soldat herangebildet werden. Um diesen kämpferischen Willen zu erreichen, sei es erforderlich, dass der deutsche Mann in die Lage ver-

setzt werde, seinen Körper entsprechend zum Einsatz zu bringen.

Das Endziel der Ausbildung sei der Einsatz des Mannes mit der Waffe. Der Schiessdienst sei somit in den Wehrschützenbereitschaften der einzige Dienst; er sei Selbstzweck, während alle anderen Dienste, exerzieren, Ordnungs-und Geländedienst nur Mittel zum Zwecke seien. Die Zugehörigkeit zu den Wehrschützenbereitschaften werde derart festgelegt, dass es für sämtliche Deutsche des Generalgouvernements zur Pflicht erklärt werde, ihnen anzugehören. Aufgabe der Führung müsse es hierbei sein, neben dem bestehenden staatlichen Zwang zur Angehörigkeit in den Einzelnen auch die sogenannte sittliche Pflicht zu erziehen. Ihm müsse beigebracht werden, dass er als Nationalsozialist nur bezeichnet werden könne, wenn er bereit sei, in die Wehrgemeinschaft des Volkes einzutreten.

Er sehe in der Erfassung der im Generalgouvernement lebenden Volksdeutschen eine sehr grosse Verstärkung der Erziehungsarbeit der Partei an diesen bisher noch nicht restlos zum Deutschtum zurückgeführten Menschen deutschen Blutes. Durch das Gemeinschaftsleben in den Wehrschützenbereitschaften würden die Volksdeutschen praktisch mit der Kameradschaft, der Urzelle des Nationalsozialismus vertraut gemacht und erlebten auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl .

Neben diesen rein iedeellem Erfolgen der Wehrschützenbereitschaften an den Volksdeutschen würden sich auch andere Erfolge einstellen insofern, als diese Männer, soweit sie dem deutschen Sprachtum verloren gegangen seien, durch die deutschen Lieder und die deutsche Kommandosprache wieder zurückgeführt würden. In diesem Zusammenhang wolle er auf die Ergebnisse hinweisen, die die Wehrmannschaften der Südsteiermark gezeitigt

in der Zurückgewinnung des deutschen Volkstums gezeitigt hätten.

Die Ausbildung erfolge grundsätzlich in der Weise, dass Gediente und Ungediente dabei getrennt würden. Es gehe nicht an, dass ein in der deutschen Wehrmacht ausgebildeter Mann mit Ungedienten zusammen-gebracht werde. Die Aufgabe werde es sein, bei der äusserst beschränkten Freizeit der Deutschen im Generalgouvernement die Männer durch möglichst wenig Dienst schnellstens auf einen einsatzfähigen Ausbildungsstand zu bringen. Das werde bei den gedienten Männern wenig Zeit beanspruchen. Bei ihnen genüge es, sie wieder in die Gemeinschaft , die ihnen aus ihrer aktiven Dienstzeit wohl bekannt sei, zu stellen und sie in einen regelrechten Turnus heranzuziehen.

Ein ungedienter Mann müsse gründlicher behandelt werden. Die Führer der Wehrschützenbereitschaften seien nach charakterlicher und fachlicher Eignung auszusuchen. Besonderen Wert lege er auf die charakterliche Eignung. Dies sei die Hauptvoraussetzung , da sich der Führer nicht auf ein Disziplinarrecht beziehen könne. Neben der charakterlichen Eignung müsse der eingesetzte Führer ein fachlicher Könner sein, der in der Lage sei, seinen Männern eine Weltanschauliche Schulung zu geben, nicht in der Art der Vermittlung trockenen Wissens sondern durch Stellungnahme zu den täglichen Dingen des Lebens. Bei der Führerauswahl sei, da es sich um eine Ausbildung mit der Waffe handle, weitgehend der militärische Dienstgrad zu berücksichtigen. Bei gleichem Können dürfe der Inhaber eines höheren Dienstgrades nicht in der Front stehen, während der ihm untergeordnete Führer Befehle erteile. Weiterhin sei der Besitz des SA-Sportabzeichens zu berücksichtigen.

Das bisherige Anlaufen der Wehrschützenbereitschaften sei von Schwierigkeiten begleitet gewesen.

Trotzdem könne er aber feststellen, dass von allen Männern des Generalgouvernements, soweit sie eine positive Einstellung zur Gemeinschaft einnähmen, richtig verstanden worden sei, was der Reichsleiter mit den Wehrschützenbereitschaften beabsichtige. Ohne seine Anweisung abzuwarten hätten die Männer im Lande draussen bereits mit der Erfassung und dem Zusammenschluss begonnen und den Dienst durchgeführt. Die Ergebnisse seien in jeder Weise befriedigend. In diesem Zusammenhang gebe er bekannt, dass der im Generalgouvernement bestehende Postschutz durch Präsident Lauxmann beschlossen in die Wehrschützenbereitschaften eingegliedert werde.

Die Beschaffung von Uniformen und Waffen sei äusserst schwierig. Es werde auch für die Folgezeit nicht möglich sein, den geäusserten Wünschen in jeder Weise Rechnung zu tragen, da während der Kriegszeit die Beschaffung von Uniformen äusserst schwierig sei und in jedem Falle das Primat bei der Wehrmacht liege. Trotzdem werde es das Bestreben der Führung der Wehrschützenbereitschaften sein, soweit möglich, eine Bekleidung herbeizuführen. Durch Verhandlungen hoffe er zu erreichen, dass den aufgestellten Einheiten eine beschränkte Anzahl von Waffen zur Verfügung gestellt werden könnten. Die in dieser Sitzung geäusserten Wünsche , eine restlose Bewaffnung aller Angehörigen der Wehrschützenbereitschaften durchzuführen, liessen sich nicht verwirklichen. Das scheitere an der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Gewehre und an der Tatsache, dass man im Generalgouvernement nicht ohne Weiteres einen neuen Waffenträger heranbilden könne. Die für die Ausbildung innerhalb jeder Einheit benötigten Gewehre müssten aber zur Verfügung gestellt werden. Bewaffneter Einsatz sei vorgesehen und werde durch entsprechende Vereinbarungen festgelegt. Im Notfall würden auch die benötigten Waffen vorhanden sein.

/5

Aufgabe der Wehrschützenbereitschaften müsse es sein, bis zu diesem Zeitpunkt durch eine energisch betriebene Ausbildung alle Angehörigen mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen. Neben dieser Ausbildung sei das Primäre , zu erreichen, dass der einzelne Angehörige der Wehrschützenbereitschaften zu einer wehrgeistigen Bereitschaft erzogen werde. Dann werde auch die technische Seite zum Erfolg führen.

Einwände, die gegen eine allgemeine Pflichterklärung der Teilnahme an den Wehrschützenbereitschaften gemacht würden, könnten und brauchten nicht angenommen zu werden. Es dürfe auch nicht dazu führen, dass grundsätzlich ein bestimmter Personenkreis innerhalb des Generalgouvernements von dieser Dienstleistung befreit werde. In besonders gelagerten Fällen müsse es Angelegenheit der Wehrschützenführung sein, die entsprechende Dienstbereitschaft in den Wehrschützengemeinschaften mit der beruflichen Arbeit abzustimmen.

Dr. Senkowsky stellt sich den führenden Mitarbeitern der NSDAP im Generalgouvernement in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsberater vor. Er wurde vom Reichsleiter im Juli mit der Bearbeitung der Wirtschaftsfragen innerhalb des Arbeitsbereiches betraut. Auf Grund von Besprechungen mit Dienstleiter Schalk und den Distriktstandortführern sei er zum Entschluss gekommen, dass ein grosser Aparat des Wirtschaftsberaters nicht erforderlich und auch nicht zweckmässig sei. Ohne weiteres werde es genügen, wenn einige ständige ehrenamtliche Mitarbeiter im Arbeitsbereich tätig seien und wenn bei den Distriktstandortführungen ein Wirtschaftsberater eingesetzt werde. Diese Wirtschaftsberater seien von den Distriktstandortführern im Laufe des Januar ernannt worden. Diese Wirtschaftsberater habe er Ende Februar

4/6

zu einer ersten informatorischen Besprechung nach Krakau eingeladen. Zwei seien nicht gekommen, einer habe einen Vertreter geschickt; von Radom und Lublin sei niemand erschienen. Die Gründe dafür habe er bis heute nicht feststellen können.

Da man im Generalgouvernement eine staatliche Wirtschaftsverwaltung, deren Spitze die Hauptabteilung Wirtschaft sei, habe und da auf diese Wirtschaftsverwaltung durch den Herrn Generalgouverneur selbst ständig Einfluss genommen werde, könne sich auch der Apparat des Wirtschaftsberaters in der Partei nicht zu einer Art Beschwerdestelle gegenüber der staatlichen Wirtschaftsführung auswirken. Das müsse mehr oder weniger von vorneherein allgemein abgelehnt werden, womit aber nicht gesagt sei, dass in einzelnen Fällen, die an die Partei herangetragen würden, nicht eine Einflussnahme und Einwirkung der Partei auf gewisse Stellen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung möglich sei.

Er sehe die Hauptaufgabe des Wirtschaftsberaters nicht so sehr in der Einschaltung in die täglichen Dinge, als in der Erarbeitung von Grundsätzen, wie sie in der Zukunft auf lange Sicht gesehen im Generalgouvernement gewertet werden müssten. Wenn das Generalgouvernement nach den Willen des Führers als künftiges deutsches Siedlungsgebiet in Frage komme, müsse natürlich in der Wirtschaftsführung auf diese Tatsache sehr stark Rücksicht genommen werden. Er habe in seiner neuen Stellung als Leiter der Hauptabteilung Finanzen viel Gelegenheit auf die Entwicklung wirtschaftlicher Dinge Einfluss zu nehmen. In diesem Zusammenhang wolle er nur auf die von der Hauptabteilung Finanzen beabsichtigten Steuermassnahmen hinweisen, die eine wesentliche Besserstellung der Deutschen gegenüber den Polen bringen würden.

4/7

Das sei ein wichtiger Schritt, durch den das Deutschtum im Generalgouvernement auf wirtschaftlichem Gebiet die Möglichkeit habe, festen Fuss zu fassen. Der deutsche Geschäftsmann arbeite hier nicht nur mit der Konkurrenz sondern stehe auch der Ablehnung durch die Nichtdeutschen gegenüber. Daher sei es notwendig, ihn steuerlich gegenüber den Nichtdeutschen zu begünsti_en, weil dadurch die Konkurrenz ausgeglichen werden könne. Diese Steuermassnahmen sähen vor, dass die Gehaltsempfänger bis zur Höhe von etwa 300 RM monatlich von der Lohn- und Einkommensteuer befreit würden. Das werde sich auch für die Volksdeutschen im Sinne einer Besserstellung auswirken. Wichtig sei auch, dass bei der Verwertung des eingezogenen jüdischen und staatsfeindlichen Besitzes darauf Rücksicht genommen werde, dass möglichst viele deutsche Einzelpersonen zu Grund- und Bodenbesitz nicht nur auf dem flachen Lande, sondern auch in den Städten kämen.

Es werde auch notwendig sein, für die Zukunft, nach Kriegsende, wirksame und durchhaltende Richtlinien zu erarbeiten, wie das ganze Generalgouvernement in seinem wirtschaftlichen Schwerpunkt organisiert werden soll. Es werde die Frage auftauchen, wie man im Frieden Warschau behandeln soll; soll man nach Warschau noch friedensmässige Industrie hineinlegen oder wegnehmen. Er neige zu der Meinung, dass man Warschau zugunsten anderer Provinzstädte etwas abbauen solle. Diese Gedanken müssten mit den beteiligten Herren entsprechend durchgesprochen werden. Man solle aber darüber nicht in Kreisen sprechen, die es nichts angehe.

Weiter sehe er die Möglichkeiten einer Einwirkung in einer persönlichen Aussprache mit massgeblichen Persönlichkeiten der staatlichen Wirtschaftsführung. Er habe erst vor kurzem mit Dr. Emmerich eine Aussprache gehabt, in der sie sich geeinigt hätten, einen gegensei-

tigen ständigen Gedankenaustausch zu pflegen. Er habe auch den ersten Mitarbeiter von Dr. Emmerich, Dr. Bergemann, als ersten Mitarbeiter in seinen Stab als Wirtschaftsberater aufgenommen, während ein Regierungsrat aus der Hauptabteilung Finanzen die Tätigkeit eines Geschäftsführers im Stabe wahrnehme. Er richte an die Distriktsstandortführer die Bitte, dem Ausbau seines Stabes in bescheidenen Grenzen (2 bis 3 Mitarbeiter je Distrikt) ihr Augenmerk zuzuwenden.

Pg. Oppitz berichtet über die Arbeit auf sportlichem Gebiet. Durch eine Anordnung des Reichsleiters vom 12. Januar ds. Js. sei die Sportführung in der Partei einheitlich festgelegt worden. Er habe in der Organisation einige kleine Umstellungen durchgeführt, indem er verschiedene Umbenennungen vorgenommen und ungeeignete Kräfte abgesetzt habe. Die ganze Organisationsarbeit der sportlichen Betätigung im Generalgouvernement solle durch die Schaffung eines Verbandes für Leibesübungen ihren letzten Ausdruck finden. Man könne im Ausland keine Spiele und Treffen durchführen, wenn nicht eine vom Reichsbund anerkannte Körperschaft des Generalgouvernements bestehe. Zur Regelung dieser Frage werde er dem Reichsleiter in nächster Zeit einen Erlass vorlegen.

Die Aufgabe auf sportlichem Gebiet bestehe vor allem in einer grossen Erziehungsarbeit. Das Sportleben im Generalgouvernement könne sich nicht wie bisher weiter entwickeln. Das Jahr 1942 werde leistungsmässig für das Generalgouvernement einen kleinen Rückschritt bedeuten. Jedoch werde in zielbewusster Klein- und Ausbildungsarbeit das geschaffen, was einmal notwendig sei, um die Grundbasis für die weitere sportliche Entwicklung herzustellen. Er habe überall die Durchführung von Lehrgängen angeregt, in denen nicht nur die Ausbildung der

Lehrer, sondern auch die von Frauen als Übungsleiterinnen für Kinderturnen geplant sei.

Auf vielen Dienstfahrten habe er den Eindruck gewonnen, dass den Leibesübungen in den Schulen noch nicht die nötige Beachtung geschenkt werde. Es fehlten vor allem die Lehrkräfte in den volksdeutschen Schulen. Dem gesamten Schulwesen stünden für die Zwecke der Leibesübungen nicht unbedeutende Geldmittel zur Verfügung und er werde versuchen, durch Heranbildung geeigneter Lehrkräfte auch den Leibesübungen den nötigen Betätigungsraum zu sichern.

Seine zweite Aufgabe sehe er darin, dass auch der Sport seinen Beitrag für die Verwundetenbetreuung leiste. Mit verschiedenen Mannschaften des Reiches seien Spiele vereinbart worden. Der Durchführung vieler Spiele ständen aber die allgemein bekannten grossen Verkehrsschwierigkeiten im Wege. Die grundsätzliche Anordnung des Reichssportführers, dass Vereine und Sportler nicht mehr als 50 km zur Ableistung von Wettkämpfen und Spielen verreisen dürften, habe er dadurch etwas umgangen, dass aufgrund von Vereinbarungen vorerst im Generalgouvernement Sportreisen stattfinden dürften, wenn sie die Belange der Ostbahn nicht beeinträchtigten. Die noch ausstehende Einverständniserklärung des Heeres hoffe er demnächst von Spala zu erreichen.

Grosse Sorgen bereite die Hallenfrage im Generalgouvernement, auf die Distriktstandortführer Kundt bereits hingewiesen habe. In Krakau stünde nur eine kleine Halle zur Verfügung, während eine zweite immer noch von der Luftwaffe, die dort nur einige Unteroffiziere untergebracht habe, mit Beschlag belegt sei. Eine Bitte um Freigabe sei bereits einmal abgelehnt worden. Gerade für Schul- und Kinderturnen benötige man Hallen sehr dringend.

Ein Volksmarsch am 1. Mai stelle den Auftakt des gesamten sportlichen Lebens während des Sommers dar. Alle

Deutschen des Generalgouvernements würden dafür mobilisiert. Dieser Volksmarsch werde sämtlichen Dienststellen-, Behörden- und Betriebsleitern mit einem Aufruf bekanntgegeben werden. Ausserdem würden im Monat Mai in ungefähr 35 Städten mit der HJ Volkssporttage durchgeführt. Darüber hinaus sei eine Unzahl von Veranstaltungen, Treffen usw. vorgesehen, zB. ein solches mit der Slowakei in der Leichtathletik, grosse Fussballspiele. Ausserdem bestünde die Aussicht, dass die Deutschen Gerätemeisterschaften im September in Krakau abgehalten würden.

Ein wichtige Frage sei die Stellung der Sportführung gegenüber den ukrainischen Sportverbänden. Gerade von Seiten der Ukrainer werde alles unternommen, um auf sportlichem Gebiet für sich das alles wieder in Anspruch zu nehmen, was sie früher hatten. Die ukrainische Sportbewegung umfasse ungefähr 600 Sportgemeinschaften, denen Geräte, Hallen usw. in ausreichender Anzahl zur Verfügung ständen. Er bitte, dass in dieser Frage möglichst bald eine Entscheidung gefällt werde. Vorläufig sei eine Zusammenarbeit mit den ukrainischen Sportverbänden untersagt.

Gebietsführer Blum umreisst aus Anlass der Übernahme seines Amtes durch Hauptbannführer Förschle den Stand seines Arbeitsgebietes. Gemäss einem Wunsche des Reichsleiters habe er in letzter Zeit seine Hauptaufgabe darin gesehen, die kulturelle Innenarbeit in den Einheiten der HJ vorwärtszutreiben. Dabei könne er erfreulicherweise berichten, dass insbesondere der sprachliche Zustand der HJ-Einheiten gute Fortschritte gemacht habe. Von den 80 %, die bei Aufnahme der Arbeit der deutschen Sprache nicht mächtig gewesen seien, sei nur ein kleiner Teil noch übriggeblieben. Trotzdem sei die Arbeit anders gelagert als im Reich, da man nicht unmittelbar durch das Wort zu den Jungen und Mädel sprechen könne, sondern in erster Linie auf optische und akustische Methoden zurückgreifen müsse.

Grosse Aufmerksamkeit verdiene folgender Punkt: die Jungen und Mädel im Generalgouvernement würden voraussichtlich als erwachsene Menschen einmal die Pioniere des Deutschtums in diesem Raum sein. Die Hj habe eine Tradition gefunden in der Geschichte der deutschen Kolonisation der vergangenen Jahrhunderte und dem Lied der Hitlerjugend.

Für die Gesamtarbeit der Hitlerjugendarbeit sei die <u>wirtschaftliche Lage</u> von grosser Bedeutung. Die Uniformierung der Einheiten sei mit Hilfe der NSV in grösserem Umfange möglich gewesen. Trotzdem sei die wirtschaftliche Notlage gross, so dass der Dienst dadurch starke Beeinträchtigungen erfahre. Gerade in der Wintermonaten hätten die Jungen am Dienst wegen Fehlens des nötigen Schuhwerkes nicht teilnehmen können. Als Nationalsozialist halte er es für unbedingt erforderlich, dass diese Frage nicht über den Tarifweg gelöst werden ~~könne~~ dürfe. Wenn dieser Ostraum in Zukunft der Zukunftsraum des deutschen Volkes sein solle und wenn aus dem übervölkerten Gebiet des Westens eine Bewegung von Westen nach Osten stattfinden solle, dann sei das nur möglich, wenn auch die Angehörigen und Angestellten der freien Wirtschaft in einer Weise gestellt würden, wie man das verantworten könne. Damit würde auch die gesamte Notlage innerhalb der Einheiten der Hitlerjugend behoben.

Die gewünschte <u>Kinderlandverschickung</u> habe man wegen Transportschwierigkeiten nicht durchführen können. Auch würden von Seiten massgeblicher Parteiführer Einwände geltend gemacht, die man nicht übergehen könne. Z. B. werde erklärt, dass in dem Augenblick, in dem die 14- und 15-Jährigen das Generalgouvernement verliessen, den Schulen von Seiten der Wehrmacht Gefahr drohe. Man habe daher in Erwägung gezogen, dem Vorschlage von Distriktsstandortführer Kundt entsprechend diese Verschickung etappenweise durchzuführen. Der heute vorgetragene Einwand, dass durch die Kinderlandverschickung eine Ostfremde entstehen könne, sei dadurch behoben, dass

die Betreuer der Kinder im Reich vorher einige Wochen die Verhältnisse im Generalgouvernement kennengelernt und sich verpflichtet hätten, jeder Tendenz der Berufsvermittlung ins Reich zu begegnen.

Ganz besonders müsse er betonen, dass vom Standpunkt der HJ, die Schulerziehung in Internaten durchzuführen, begrüsst werde. Die Loslösung von fremdem und nicht immer positivem Einfluss der Familie werde dadurch erreicht. Neben Oberschul- müsse man auch Volkschulinternate einrichten.

Besonderes Augenmerk sei auf die Berufserziehung gerichtet, in der man aber in einen gewissen tragischen Konflikt geraten sei. Auf der einen Seite müsse man eine Berufserziehungspropaganda für die Wirtschaft und Kriegsindustrie betreiben, auf der anderen Seite machten sich aber in der volksdeutschen Jugend bereits Tendenzen der Landflucht bemerkbar. Im Einvernehmen mit dem Reichsjugendführer würde daher jetzt schon die Berufsaufklärung auch auf die besondere Bedeutung der landwirtschaftlichen Berufe hinweisen. Lehrbauernhöfe seien geplant.

Eine schwierige Frage sei die Schaffung geeigneter Schulungsstätten der HJ. In dem vom Reichsleiter der HJ zur Verfügung gestellten Haus der ehemaligen Auslandsjugend in Zakopane läge zur Zeit immer noch der Grenzschutz. Hier könnte man gut 12o Jungen oder Mädel schulen. In Krynica habe man eine Stätte gefunden, die von der Waffen-SS, Polizei und Wehrmacht als untauglich abgelehnt worden sei. Sie sei aber als Führerschule gut geeignet. Er werde dem Reichsleiter demnächst einen Antrag auf Überlassung dieses Haus. für die Zwecke der HJ einreichen.

Bei der gesamten Arbeit der HJ in der Vergangenheit und in der Zukunft stände das volkspolitische Problem stets im Vordergrund. Aus den Ausführungen der einzelnen Distriktsstandortführer habe man ersehen können, dass die HJ volkspolitisch viel geleistet habe.

Zu der Frage, ob 14- und 15-jährige Mädel auf den Dörfern zum Einsatz gelangen sollten, wolle er sagen, dass dasselbe Problem schon früher aufgetaucht sei, wie ~~sich~~ man aus den Darlegungen und Schriften der alten Kolonialpioniere ersehen könne. Es sei nicht so, dass sich die Mädel dazu drängten, sondern umgekehrt, sie würden gebeten werden. Trotzdem glaube er nicht, dass hier eine Gefahr bestehe. Es sei geradezu erstaunlich, dass Mädel aus den übervölkerten Gebieten Westdeutschlands in diese entlegenen Dörfer gingen und erklären, sie wollten ihr ganzes Leben lang hier bleiben. Das sei ein sehr erfreulicher Blick in die Zukunft.

Das HJ-Gesetz stehe vor dem Abschluss. Die Augenblicksaufgabe der Verwundetenbetreuung sei im engsten Einvernehmen mit den berufenen Vertretern der Partei durchgeführt worden.

Abschliessend könne er sagen, dass die HJ trotz aller personeller Schwierigkeiten mit einer Begeisterung und Zielstrebigkeit ihre Aufgabe ~~xxxx~~ als junger Nachwuchs der Bewegung erfülle.

Propagandaleiter Ohlenbusch ersucht den Reichsleiter, dahin zu wirken, dass die Männer der Hauptabteilung Propaganda ehrenamtlich in die Parteiorganisation eingebaut würden. Anschliessend berichtet er von den einmaligen Leistungen des Arbeitsbereiches Generalgouvernement in der Verwundetenbetreuung. Zahlreiche Zuschriften aus dem Reich und von der Front würden diese Tatsache lobend anerkennen.

In der Betreuung der Volksdeutschen arbeite wohl Lublin am hervorragendsten, vor allem in der Zurückführung Deutschblütiger. Dort gebe man ein kleines Heftchen "Kolonistenbriefe" heraus, das er für das ganze Generalgouvernement herausbringen wolle. Er halte sie sehr geeignet, um die Volksdeutschen langsam vom Einfluss des Polentums zu befreien.

Ein Vorschlag von Propagandaleiter Ohlenbusch, die in Richtung Front fahrenden Lazarettzüge schon im Generalgouvernement mit Zigaretten und Schnaps zu versorgen, verfällt der allgemeinen Ablehnung.

Im allgemeinen habe auch er, Ohlenbusch, große Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu überwinden, die von der Propaganda wenig wissen wolle. Es sei ihm aber gelungen, alte Parteigenossen, die draußen an der Front stünden, für den Rednereinsatz vor den Volksdeutschen im Generalgouvernement zurückzugewinnen und umgekehrt auch Parteiredner für die Wehrmacht einzusetzen. Für den 20. April werde die Frauenschaft in großem Maße in den Lazaretten Blumen spenden. Er werde auch bemüht sein, alle hier eingesetzten Künstler möglichst auch für die Verwundetenbetreuung zur Verfügung zu stellen. Außerdem beabsichtige er in jedem Distriktsstandort eine Großkundgebung zu veranstalten, in der ein guter Redner eingesetzt werden solle. Vielleicht könne er auch an diesem Tage an die Volksdeutschen eine Anzahl Führerbilder verteilen.

Was den Rednereinsatz betreffe, so seien bis jetzt in der Rednerkartei 58 Redner erfasst. Die Ausrichtung der Redner erfolge nach den allgemein bekannten Grundsätzen, sie müßten immer wieder darauf hinweisen, daß eine strikte Trennung der Volksdeutschen von den Fremdvölkischen nötig sei. Er müsse auch feststellen, daß im Generalgouvernement das Thema "gelbe Gefahr" lebhaft diskutiert werde; auch über Italien fielen sehr oft abfällige Bemerkungen. Dagegen müsse die Führerschaft der Partei ständig einschreiten.

Die Frage, ob die Distriktsstandortführer mit der Arbeit des Gastspieldienstes, der die Durchführung einer monatlichen Veranstaltung in den einzelnen Standorten garantieren soll, zufrieden sei, wird zustimmend beantwortet.

Distriktsstandortsführer Dr. Fischer wendet sich anschließend gegen die von Wirtschaftsberater Dr. Senkowsky vertretene These, Warschaus frühere wirtschaftliche Bedeu-

tung langsam abzubauen, weil dadurch die kriegswichtigen Aufgaben Warschaus ständig gestört würden.

Dr. Senkowsky weist demgegenüber darauf hin, daß es sich nur um eine ferne Friedensaufgabe handeln würde.

Distriktsstandortführer Kundt erläutert die Schwierigkeiten, die sich bei der Übergabe der im Distrikt gesammelten Woll- und Wintersachen an die Wehrmacht ergeben hätten. Die Wehrmacht habe die reichlich gesammelten Wintersachen nicht abnehmen wollen, da sie den Standpunkt eingenommen hätte, daß die Sachen von den Juden und Polen stammten. Das habe dazu geführt, daß die verantwortlichen Offiziere von an die Ostfront abrückenden Truppen, die von den militärischen Stellen keine Winterausrüstung hätten erhalten können, an die Partei mit der Bitte herangetreten seien, für ihre Leute Wollsachen zur Verfügung zu stellen. Dem habe aber ein Befehl des MiG entgegengestanden. Diese Tatsache habe bei den Reichsdeutschen große Erbitterung hervorgerufen. Auch habe man festgestellt, daß die Angehörigen der Kommandantur sich sehr reichlich mit Pelzen versehen hätten.

Erst mit General Moser, der dem MiG während dessen Urlaub vertreten habe, sei ein Einverständnis erzielt worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß der zuständige Militärarzt behauptet habe, die gesammelten Woll- und Wintersachen stammten aus dem Besitz von Polen und Juden. Das zeige, wie wenig gewisse Mitarbeiter des MiG die eingehenden Berichte lesen würden.

Bei der Diensteinteilung für die Wehrschützenbereitschaften würde man berücksichtigen, daß die darin zu erfassenden Männer arbeitsmäßig schon sehr stark beansprucht würden. Man dürfe also nach einer Beteiligung oder Nichtbeteiligung nicht die nationalsozialistische Grundhaltung beurteilen. Die Wehrschützenbereitschaften seien eine Notstandsangelegenheit des Generalgouvernements; wie sie sich im Frieden weiter gestalten würden, müsse sich

...16

zeigen. Man dürfe aber jetzt im Kriegseinsatz von den Deutschen, die im Generalgouvernement schon ein Übermaß von Arbeit bewältigen müßten, nicht zu viel verlangen.

Da die Krakauer Zeitung für die Volksdeutschen Bedürfnisse nicht richtig geeignet sei, habe man Schritte unternommen, um eine eigene volksdeutsche Zeitung herauszubringen. Die Vorarbeiten seien nun so weit abgeschlossen, daß die Zeitung am ersten April in Radom erscheinen könne.

Reichsleiter Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Parteigenossen!

Ich bin eigentlich sehr glücklich über den Verlauf dieser Arbeitstagung, insbesondere angesichts des Umstandes, daß wir uns hier in einer der schwersten Vorbereitungszeiten eines der gewaltigsten Kriegsabschnitte, der vor uns steht, zu einer so schönen, harmonischen verlaufenen Arbeitstagung zusammengefunden haben.

Ich darf mich zunächst der angenehmen Pflicht unterziehen, Sie, Parteigenosse Seekamp von der Parteikanzlei, herzlich zu begrüßen. Mein Gruß gilt auch dem Parteigenossen Früschle, dem neuen HJ-Führer im Generalgouvernement.

Die Aufgaben, die Sie heute in Ihren Referaten umrissen haben, sind im allgemeinen diejenigen, die uns von der Zeit her aufgegeben worden sind. Lassen Sie mich kurz etwas von dieser Zeit sagen. Nehmen Sie einmal an: vor einer Viertelstunde wäre ein Mann in unsere Mitte getreten, der heute früh in einem Flugzeug von der Front etwa bei Kertsch ge-

kommen wäre. Dieser Mann würde uns davon erzählen, daß seit vier oder fünf Tagen ununterbrochen ein Trommelfeuer von Granaten jeglichen Kalibers auf eine Stellung ergeht, die von deutschen Mannschaften seit Wochen und Monaten ohne eigentliche echte Ablösung gehalten werden muß, und zwar unter den furchbarsten Umständen und unter wirklich erschütternden Verlusten menschlicher und materialmäßiger Art. Da müssen wir bedenken, daß wir vor einem solchen Mann bestehen könnten. Wir könnten ihm sagen: freilich, der Kampf, den du draußen führst, geht unter ganz anderen Bedingungen vor sich; er vollzieht sich nicht in einem wohlgemessenen Raum angesichts schöner Gemälde, nicht in einer gewissen Sicherheit, daß man wenigstens noch den Abend erleben wird. Wir könnten aber von unserem Standpunkt aus sagen: weil wir das Generalgouvernement von 1939 an entgegen allen Versuchen, dieses Gebiet völlig zu zertrümmern, zu einem Aufbaugebiet gemacht haben, ist es auch möglich gewesen, den Aufmarsch 1941 so vorzutreiben, daß heute die Front im Osten steht. Das Generalgouvernement hat sich dadurch - das hat mir der Führer im Juni 1942 gesagt - ein weltgeschichtliches Verdienst erworben. So können wir denn bestehen, wir können es allgemein vor allem deshalb, weil sich die Partei hier im Lande so fest etabliert hat. Ich darf ruhig sagen: was wir heute von Schwierigkeiten gehört haben, was sich uns an Problemen zeigt, das hängt nicht mit der Partei, der Organisation der Partei oder der Idee der Bewegung zusammen, sondern mit den Schwierigkeiten des Krieges und den unerhörten Problemen der Auseinandersetzung mit anderen Erscheinungen, es hängt mit dem Menschenmangel, mit den Mangel an Qualitäten der Menschen zusammen, die wir hier haben. Die Partei aber hat im Generalgouvernement die Unsterblichkeit der Idee des Führers erwiesen. Denken Sie sich die Partei aus

diesem Gebiet weg, dann hätten Sie den völlig seelenlosen Mechanismus einer Verwaltung. Daraus können Sie auch erkennen, was etwa Militärverwaltungen im politischen Sinne in besetzten Gebieten bedeuten. Das hätten wir hier, wenn wir die Partei nicht hätten.

Es geht eben nicht an, einen Staat zu gründen, ohne daß man von Anfang an diesem Staat eine weit über das Materielle hinausgehende Idee mit auf den Weg gibt. Es ist nicht damit abgetan, einen Staat gründen oder verwalten zu wollen. Was will ich mit diesem Staat? Er ist doch nur ein Mittel zum Zweck, eine technische Apparatur, ein Aggregat von Einrichtungen und Zuständigkeiten, eine Ordnung von Befehlsorganisationen, die aber nicht einem höheren Zweck unterstellt sein müssen. Dieser höhere Zweck kann nicht die Wehrmacht sein. Es ist nicht richtig, wenn hier im Anfang etwa gesagt wurde: es braucht nur verwaltet zu werden. Wenn das das Prinzip wäre, dann wäre es nicht möglich, von einem Aufbau zu reden. Wir erleben es ja in manchen Gebieten, die von der Wehrmacht verwaltet sind. Was ist dort in den zwei Jahren geschehen, was ist dort an deutschen Häusern aufgebaut, an deutschen Einrichtungen geschaffen worden? Wir können also mit Fug und Recht angesichts der Ergebnisse der heutigen Sitzung als große Erkenntnis wieder einmal feststellen: die Partei hat hier wirklich ihre große Aufgabe erfaßt und diese Aufgabe in einer völlig neuartigen Weise glänzend durchgeführt.

Dabei scheuen wir uns vor keiner Kritik, nicht davor, daß auch Fehler gemacht worden sind, daß sich Menschen eingeschlichen haben, die vollkommen minderwertig sind. Wenn ein Distriktsstandortführer so tief sinkt, daß er seine Stellung mißbraucht, um schmutzige Geschäfte zu machen, wie wir es in den letzten Monaten erlebt haben, so lassen wir ihn verhaften, wir machen ihm den Prozeß, und wir werden dafür sorgen, daß sich so etwas nicht wiederholt. Und

wenn es sich wirklich wiederholen sollte, dann werden wir einen solchen Mann wieder verhaften, ihn erschießen oder beseitigen lassen. Solche Vorgänge kann man nicht verhindern; denn jede menschliche Gemeinschaft birgt minderwertige Elemente in sich. Ich möchte aber zu diesem Fall Lasch sagen, daß kein Führer des Generalgouvernements, kein Beamter, kein Funktionär von irgendwelchem Rang außerhalb des engsten Kreises dieses besagten Herrn Lasch irgendwie in eine Korruptionsaffäre oder eine sonstige anrüchige Aktion einbezogen ist. Es ist daher die größte und gemeinste Lüge, gegen die wir uns alle leidenschaftlich zu verwahren haben, wenn von einer besonderen Krisis der Moral in wirtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen des Generalgouvernements gesprochen wird. Daß soetwas passieren kann, ist verständlich. Ein Mann kann über Bord gehen, das Schiff wird aber weiter fahren. So fährt auch das Schiff Generalgouvernement weiter.

Ich möchte hier grundsätzlich nur als Reichsleiter sprechen, als Generalgouverneur nur insofern, als mir das im Augenblick besonders wichtig erscheint. In dem Schlußpunkt des Verwaltungsaufbaues des Generalgouvernements war immer noch das Problem des Verhältnisses von Polizei zur Verwaltung zu klären. Zwischen mir und dem Reichsführer SS Himmler hat in den letzten Tagen eine eingehende Besprechung stattgefunden. Wir sind zu einem sehr schönen, von beiden Seiten eigenhändig unterzeichneten Übereinkommen gekommen, durch das diese Frage geklärt wird, und zwar so, wie es in unser beider Interesse liegt.

Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der Einheit der Verwaltung, habe auch niemandem gegenüber einen Zweifel darüber gelassen, daß man hier nur regieren kann, wenn derjenige, der die Verantwortung hat, sie auch ausschließlich hat. Deshalb ist es klar, daß der Höhere SS und Polizeiführer mir unterstellt, daß

die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist und daß der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß. Das hat der Reichsführer SS anerkannt; in dem schriftlichen Übereinkommen sind alle diese Punkte wortwörtlich aufgeführt und unterzeichnet. Es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlicher überkommener Weise behandelt werden kann. Es wäre z.B. lächerlich, wenn wir hier eine eigene Sicherheitspolitik gegen unsere Polen im Lande aufbauen wollten, während wir wissen, daß die Polacken in Westpreußen, in Posen, im Warthe-land und in Schlesien eine und dieselbe Widerstandsbewegung haben. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings nur in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin, und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe.

Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen. Das sind im wesentlichen die Grundsätze, nach denen eine gesamte Bereinigung der Situation eintreten wird.

Daß ich eine ganz bestimmte Anschauung auf dem Gebiet der inneren Ordnung habe, ist bekannt. Man weiß aus meinem Kampf für den Führer und die Bewegung, wie sehr ich der Anschauung huldige, daß auf die Dauer eine Volksgemeinschaft ohne eine klargegliederte Rechtsordnung nicht gehalten werden kann. Von dieser

Anschauung gehe ich nicht ab, ich betrachte sie sozusagen als mein Lebensideal. Meiner Meinung nach ist es mit der Gewalt und der Durchsetzung der Aktivität allein nicht getan. Für die Erhaltung einer Volksgemeinschaft bedarf es des Glaubens der Menschen, daß die führenden Mächte der Zeit auch die Rechtsidee und die Rechtssicherheit des Einzelnen achten, daß sie vor allem den Umstand berücksichtigen, daß demjenigen, der kein Unrecht getan hat, auch vom Staat in diesem Sinne kein Unrecht zugefügt werden darf. Daher muß die Möglichkeit eines unabhängigen Richtertum auch in unserem Reich bestehen, und gerade der kleine ohnmächtige Volksgenosse muß gegen Mißbrauch staatlicher Machtmittel in jeder Form geschützt werden. Wenn er wirklich unschuldig in Haft genommen ist, muß er die Möglichkeit haben, seine Unschuld zu beweisen. Das alles habe ich in hunderten von Reden dargelegt, es ist auch im Parteiprogramm gesagt.

Ich habe mich mit Reichsführer SS Himmler über alle diese Dinge unterhalten. Ohne Rücksicht darauf, daß man methodisch vielleicht verschiedener Meinung sein kann, sind und bleiben wir als Diener des Führers Träger der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Auf dieser Grundlage wird daher nicht so sehr die Art und Weise des Regimes stehen wie der Umstand, daß wir diesen Krieg gewinnen, damit überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen wird, von der ausgehend man später die endgültige Ordnung wird aufbauen können.

Dieser Krieg muß gewonnen werden. Hier in diesem engsten Kreise will ich Ihnen folgendes sagen: wir sind nur durch die Genialität des Führers, durch dieses unvergleichliche Genie unseres Volkes um eine der größten Katastrophen in unserer Geschichte herumgekommen. Was unsere Soldaten aller Waffengattungen ohne jede Ausnahme geleistet haben, was menschlich jemals von einem Soldaten verlangt worden ist, das hat

der deutsche Soldat in diesen Abschnitts letzten Monaten geleistet. Wir haben Frontlinien, die auf Hunderte und Aberhunderte von Kilometern von einer einzigen schwachen Linie gedeckt sind. Wir haben Bataillone, die statt der regulären Zahl von 1 200 Mann heute vielleicht 50, 60, 80 Mann zählen. Wir haben Kompaniestärken von 15 bis 40 Mann. Wir haben Regimenter in denen kein Offizier mehr vorhanden ist, Divisionen, in denen von sämtlichen Führern vielleicht noch 10 am Leben sind. Wir haben es erlebt, daß Unteroffiziere, die vor einigen Monaten nach dem Osten gekommen sind, heute schon Bataillonskommandeure sind. Und das alles mußte von einer Truppe von Menschen geleistet werden, um deren persönliches Wohl, um deren soldatisches Schicksal, um deren Leben sich niemand von den hohen Herren gekümmert hätte, wenn nicht der Führer selbst, der dieses Grabenleben kennt, nicht eines Tages in tiefstem Groll hätte erkennen müssen, wie man hier in seinem Namen gesündigt hat. Die Lage ist so, daß man hier einem ungeheuren Gegner gegenüber steht, der Tag und Nacht weiterangreift, der sehr wohl weiß, daß mit dem Zuendegehen dieser Angriffe auch seine letzten Möglichkeiten erschöpft sind.

Um die Entfernungen, die jetzt vor uns liegen, zu bewältigen, brauchen wir das Öl, das wir jetzt noch nicht haben. Dieses Öl muß daher beschafft werden. Es wird daher wohl zur Herbeiführung des Sieges in den kommenden Wochen und Monaten zu gigantischen kriegerischen Ereignissen kommen, die schlechterdings alles in den Schatten stellen werden, was wir bis jetzt in der Weltgeschichte erlebt haben. Demgegenüber ist das Schicksal des Einzelnen, das Schicksal dieser Generation, demgegenüber sind vor allem auch innerorganisatorische Probleme vollkommen belanglos und absolut gleichgültig. Angesichts dieser letzten Auseinander-

setzung mit unserem Todfeind muß ich von Ihnen, Parteigenossen, als Nationalsozialisten verlangen, daß Sie in den kommenden Wochen und Monaten die fanatischsten, härtesten und vor allem die nervenstärksten Menschen seid, die wir im Generalgouvernement haben. Wir stehen im dritten Kriegsjahr; dieser Krieg ist der zweite ganz große Weltkrieg einer Generation. Wenn man heute ins Reich kommt, wenn man da und dort die Berichte liest, so merkt man, daß die Nerven nachzulassen beginnen. Das ist kein Wunder; denn die Nerven sind das sensitivste Instrument, das wir in unserem Körper haben. Das dauernde Trommelfeuer von Berichten, Meldungen, Sorgen und Nöten zertrümmer/t allmählich den Fundus einer Stimmungskraft. Daher ist es für die Partei unerläßlich notwendig, bei sich selbst scharf das zu unterscheiden was wirklich auf Tatsachen beruht und was nur nervenbedingt ist. Sehr viel von dem Geschwätz, von Gerüchtemacherei, von Momenten der Unruhe, von schlechten Träumen usw. geht auf die Nerven zurück. Die Menschen haben oft nicht mehr jenen freien, kühlen, frischen, mutigen Blick, den sie brauchen. Das ist ja auch bei den Berichten von der Ostfront so erschütternd, daß zu hören, daß dieses monatelange Kämpfen, dieses Stehen in Eis, in Dreck und Trommelfeuer zu einer gewissen Nervenabspannung der Leute führt, die bei ihnen den Gedanken aufkommen läßt: so oder so muß jetzt ein Ende kommen. Aus der Heimat, aus dem Lande der Verheißung, der Zukunft muß die Partei dafür sorgen, daß der Geist aufgerichtet bleibt.

Und hätten wir nicht allen Anlaß dazu? Ist nicht die Lage des deutschen Volkes jetzt im dritten Kriegsjahr wahrhaft großartig? Wer will heute noch dem deutschen Namen in der Welt Widerstand leisten! Alle jene kleinen Geister und lächerlichen Spießer

werden sich in wenigen Wochen und Monaten ob ihrer pessimistischen Anschauung verkriechen müssen. Wir stehen vor dem größten Sieg der deutschen Geschichte. Am Ende dieses Jahres wird der Führer ein Reich geschaffen haben, in dem wir Nationalsozialisten dann wirklich sagen können: sieh an, mein Führer, das ist das Reich, das Sie uns vor 22 Jahren im kleinsten Kreise im Kaffee Heck am Odeonsplatz in München prophezeit haben; das ist dieses Reich, über dem die Hakenkreuzflagge weht, das ist das Generalgouvernement, in welchem wir den Ostgotengau errichten und wo sich dann hochrassige deutsche Menschen ansiedeln werden, es ist das Reich, in welchem es wirklich alles das geben wird, was wir zur Lebensnotdurft unseres Volkes brauchen, und in diesem Reich wird von dieser spießbürgerlichen vermotteten und verrotteten Ideologie früherer Zeiten nichts mehr Geltung haben.

Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. Wenn die Wehrmacht Kirchen im Generalgouvernement hat, - zivile deutsche Kirchen wird es im Generalgouvernement nicht geben. Bis jetzt ist auch an mich noch kein Antrag gestellt worden. Wenn ein Deutscher künftig kirchliche Bedürfnisse hat, so soll er sich gefälligst in die Heimat begeben. Wir sind hier sozusagen ein glücklicher Garten, wir haben mit diesem Problem nicht zu rechnen.

Wir haben andere Probleme, z.B. das Problem, wie wir in den kommenden Monaten und Wochen die Transportlage meistern sollen. Ich habe mir vorgenommen, Sie alle zur nächsten Regierungssitzung einzuladen. Ich halte es für sehr zweckmäßig, daß das, was an sachlichen Einzelheiten in der Regierungssitzung besprochen wird, den Parteiführern bekanntgegeben wird; das erleichtert uns die Arbeit sehr.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir es nur mit einigen hunderttausend Deutschen zutun haben. Dieser Eindruck entsteht sehr stark, wenn man es innerhalb der Parteiarbeit nur mit Deutschen zutun hat. Uns Deutschen in der Regierung ist aber die Aufgabe gestellt, mit 16 oder 18 Millionen Fremdvölkischer fertig zu werden. Mit der sehr naiven Formel: den Polen gar nichts, den Deutschen alles, kann man es sehr gut machen. Diese Schwarz-weiß-Technik wird zu unserer großen Freude in Berlin geübt. Auf der anderen Seite wünscht man aber natürlich, daß das Generalgouvernement aus Eigenem lebt, daß unsere Fabriken in Betrieb sind, unsere Eisenbahnen laufen, unsere Straßen gebaut werden, daß wir Arbeiter ins Reich vermitteln. Wie das gemacht wird, überläßt man grundsätzlich uns. Wie soll ich ein Unternehmen wie die Ostbahn, die 110 000 Bedienstete, darunter nur 6- bis 7 000 Deutsche hat, durchbringen, wenn ich diesen Polen nicht wenigstens Essen und Kleidung gebe, um sie soweit zu stärken, daß sie diesen Dienst verrichten können. Wenn ich den Polen bei der Eisenbahn nun eine solche Verpflegung gebe, mit der sie gerade durchkommen, dann kommt wieder aus Berlin der Ruf: wie können Sie das tun? Und so ist es auf allen Gebieten. Wir produzieren hier Wodka. Davon gehen 376 000 Liter an die Front. Wodka wird an die Polen nur noch im freien Verkauf ausgegeben. Wenn wir den Wodka herstellen, so ist das selbstverständlich kein Luxus. Und wenn man in Berlin sagt: liefert die Kartoffeln lieber an das hungernde Sachsen, - so ist das eine üble Stimmungsmacherei. Und wenn man Galizien an das Generalgouvernement gibt, dann fordert man sofort am anderen Tage 5 to Fleisch je Woche für das Reich, ferner in jedem Monat soundsoviel Tonnen von Getreide usw.. Und wenn das dann nicht gleich

durchgeführt wird, dann fragt man sofort: wo bleiben die Schätze aus Galizien? In dieser Schwarz-weiß-Technik, mit der man alles auf die besetzten Gebiete abwälzen will, ohne ihnen irgendwie Hilfe zu gewähren, liegt das eigentliche Übel der Schwierigkeiten dieses Gebietes. Ich kann für uns alle in Anspruch nehmen, daß wir viel lieber an der Front wären. Aber wir sind aufgrund eines Befehls des Führers hier, und weil wir hier stehen, schämen wir uns dieser Aufgabe nicht, im Gegenteil, wir sind stolz, daß wir das geleistet haben. Ich möchte nochmals feststellen, was Reichsmarschall Göring einmal gesagt hat, daß das Generalgouvernement das einzige besetzte Gebiet ist, von dem das Deutsche Reich etwas hat.

Daher steht auch die Partei unter einem Siegeszeichen. Was Sie, Parteigenossen, heute berichtet haben, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Lassen Sie mich Ihnen aus übervollem Herzen danken. Ich weiß, was Sie in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben, ich weiß auch, was geschwätzt worden ist und was alles auf Sie auf einstürmt. Wir wissen es aus unserer eigenen Kampfzeit, wie die Horden unserer Feinde, wie die Gerüchtemacher und die Machtgierigen gegen uns angegangen sind, um irgendetwas auszuschlachten und unserer Bewegung eins auszuwischen. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß wir strahlend bestehen und weiter bestehen werden. Diese ganze Frage Partei - Staat spielt bei uns daher eigentlich als Problem keine Rolle.

Was haben wir in den zweieinhalb Jahren nicht alles aus dem Nichts, aus dem Dreck, aus dem Zerstörung, dem Chaos und dem völligen Verfall geschaffen! Wenn wir es heute übernehmen müßten, dann garantiere ich Ihnen, daß wir in zweieinhalb Jahren nicht mehr die Hälfte aufbauen könnten. Wir hätten weder die Baustoffe noch die Arbeitskräfte noch Transportmög-

lichkeiten noch irgendwelche Vorräte. In diesem Gebiet kann sich das Reich auf die Partei verlassen. Der Arbeitsbereich Generalgouvernement ist in seiner Struktur zu beachten, er war und ist der Versuch, eine einheitliche Bewegung durchzuführen. Wie ich im Staat einfach nicht davon abgehe, daß die Einheit der Verwaltung und Führung der Regierung gesichert sein muß - Generalgouverneur, Gouverneur, Kreishauptmann, - so muß auch in der Partei die Einheit des Nationalsozialistischen, des Parteigenössischen jeden Vorrang vor der Gliederungszugehörigkeit oder vor der Zugehörigkeit zu einem angeschlossenen Verband haben. Wir befinden uns hier zweifellos infolgender Situation: je stärker, je intensiver sich sozusagen die Angleichung unserer inneren Zustände an das Reich vollzieht, desto mehr werden wir uns auch in unseren Gesamteinrichtungen dem Reich annähern. Es ist klar, daß heute schon das Generalgouvernement für weite Bereiche in viel intensiverem amtlichen Zusammenhang mit der Reichszentrale stehen als 1939. Das ist unser Ziel, und gerade wir müssen darin unseren höchsten Ehrgeiz sehen. Andererseits muß ich Ihnen unmittelbar aus dem Mund des Führers sagen, daß dem Führer absolut nichts an einer Beschleunigung dieses Prozesses liegt. Der Führer weiß, daß erst nach dem Kriege die Möglichkeiten bestehen werden, die Siedlungsfrage in ganz großem Umfange zu klären. Aus den Besprechungen, die ich unlängst mit Reichsführer SS Himmler hatte, weiß ich auch, welche Termine er allein für die Zurückführung von Deutschen nach Westpreußen, Posen usw. gestellt hat. Das wird noch Jahre nach dem Kriege dauern.

Infolgedessen haben wir zunächst die Aufgabe, den Betrieb hier als solchen durchzuhalten und überhaupt dafür zu sorgen, daß Bahnen hier fahren, die Fabriken gehen, die Brücken gebaut werden, keine großen Seuchen entstehen, daß wir uns ernährungsmäßig

einigermaßen durchbringen. Diese Probleme müssen wir absolut aus eigener Kraft lösen. Hier hilft uns niemand, vor allem auch nicht die Kommissionen, die von Berlin kommen, besonders dann, wenn sie von unseren Parteigenossen und von Regierungsstellen zum Mittagessen eingeladen werden und dann hinterher über das Schlemmerleben im Generalgouvernement herziehen. Ich habe mir vorgenommen, in Zukunft nur noch Schwarzbrot und Wasser zu reichen.

Parteigenossen, Sie müssen mir nun auch helfen, hier die Deutschen in Ordnung zu halten. Das ist das wundeste Problem. In der Hauptsache handelt es sich ja wohl um die Treuhänder. Ich stelle mir oft die Frage: haben denn diese Kerle den ganzen Nationalsozialismus völlig mißverstanden? Da denke ich vor allem an diese Unternehmertypen. Bei ihnen handelt es sich vielfach gar nicht mehr um Privatunternehmer, sondern sie treten unter großen Firmennamen auf. Im Grunde genommen haben sie dieselbe Art der grauenhaftesten Ausbeuter. Vor kurzem kommt jemand zu mir und teilt mir mit, daß ein Großindustriëller in Leipzig für seinen Betrieb 2.000 polnische Arbeiter gestellt haben will. Er will diese Arbeiter und Arbeiterinnen so, wie sie gehen und stehen, in einen von uns zur Verfügung zu stellenden Transportzug, der auf dem Fabrikgleis stehen soll, verfrachten und unter peinlichster Bewachung sofort nach Leipzig transportieren lassen, damit diese Polen dann sofort am nächsten Tag die Arbeit aufnehmen können, ohne je wieder nach dem Generalgouvernement zurückzukommen. Solche Pläne werden mir vorgetragen, über solchen Unsinn muß man diskutieren. Auf einer solchen dilettantischen Ebene kann man natürlich die Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, nicht meistern. Dann wäre es ja das einfachste, zu sagen: hier sind 16 Millionen Polen, das sind 16 Millionen Nackenschüsse, - dann ist das Problem gelöst.

Ich weiß, welche Scheremien uns die Juden machen. Sie müssen weg; das ist klar. Aber andererseits ist es auch ausgeschlossen, daß man in dieser Weise, wie ich es eben schilderte, seine Arbeiten führen kann. Daher wird es auch Aufgabe der Partei sein, darauf zu achten, daß uns die Weltreichsaufgabe unserer Zeit zu anderen höheren, auch methodisch weiter reichenden Anschauungen zwingt, als sie etwa einer binnenstaatlichen Aufgabe gegenüber am Platze wären. Und hier müssenwir schon sagen: die Aufgaben, die uns gestellt werden, können nur Nationalsozialisten meistern. Als wir 1933 kaum die Macht übernommen hatten, da sind diejenigen, die uns bis dahin überhaupt nicht verstanden haben, die lautesten Schreier im Kampfe gegen die Reaktion gewesen. Und den Leuten, die früher gar kein Verständnis für das Volkstum gehabt haben, können wir gar nicht genug Polacken umbringen.

Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen vollkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht geringschätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden.

Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend. Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf. Im übrigen muß man das alles mit Vernunft und Ruhe betrachten. Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Millionenbevölkerung hier arbeiten, sich beschäftigen und dabei gesund bleiben kann. Das geschieht nicht im Interesse der Polen sondern der Deutschen in diesem Raum und des deutschen Volkes, was man im Reich meistens nicht erkennt.

Wir werden in sehr schwere Zeiten kommen und haben auch alles vorbereitet, um diesen schweren Zeiten zu entsprechen. Wir können in den kommenden Monaten weder aufbauen noch etwas großes durchführen, sondern müssen nur dafür sorgen, daß wir im Zusammenhang mit diesen Ereignissen nicht untergehen.

Zu dem Problem der Wehrschützenbereitschaften kann ich nur sagen: wenn die SS nicht mitmacht, dann nicht, - ich zwinge keinen. An einem Prinzip halte ich fest: für mich als Reichsleiter ist die SS eine Gliederung der Bewegung. Wenn sie ihren eigenen Laden aufziehen will, so habe ich nichts dagegen, - und wenn einer die Einheit der Partei sprengt, dann kann ich es nicht verhindern. Schließlich ist die Gesamtpartei aber auch etwas. Wenn die SS meint, sie könne es besser als wir, - ich kann es nicht verhindern. Wir wollen sie auch nicht daran hindern, einen SS-Sturmbann zu errichten. Wir wollen sehen, wie er sich entwickelt. Aber an den Wehrschützengemeinschaften wird unter allen Umständen festge-

halten. Sie hat die Aufgabe, zu schießen und schießbereit zu sein, und ich habe gehört, daß auch die Frauen schießbereit sein müssen. Diese Aufgabe ist von so ungeheurer Wichtigkeit, daß sie absolut den Inhalt unseres Kolonialpioniertums darstellen muß. In diesem Sinne sind wir Kolonialpioniere.

Eins soll man wissen: dieser Arbeitsbereich des Generalgouvernements der NSDAP fühlt sich unendlich stark. Wir haben eine tolle Aufgabe übernommen und werden sie meistern. Ich bin weniger denn je entschlossen, von diesem einmal als richtig erkannten Wege abzugehen. Und mich deckt dabei die volle Autorität des Führers. Daher ist auch für uns wichtig, daß sich jeder an seinem Platz in der gleichen Richtung weiter entwickelt. Der Tag und seine Sorgen werden den nicht überwinden, der in sich das Bewußtsein der Ewigkeit trägt. Schauen Sie sich in diesem Saal einmal um. Dieser Saal ist gebaut von polnischen Königen, bestimmt, einen Staat zu repräsentieren. Hier stand der Thron. Meine Absicht, gerade diesen Saal der Partei zur Verfügung zu stellen, entsprang dem Gedanken, daß da, wo der Staat ist, auch die Partei ihren Platz hat. Ich kenne da keinen Unterschied. Daher ist es klar, daß wir uns in diesem Saal auch voll innerster Bewegtheit als alte Nationalsozialisten zu einem großen Gemeinschaftswerk zusammengeschlossen finden. Was jetzt die, leider Gottes, recht bürokratisch werdende Entwicklung auch in der Partei mit sich bringt, bei der man nicht daran denken will, was draußen geschieht, und bei der das Ringen um den Einzelnen das Wichtigste zu sein scheint, darf bei uns nicht irgendwie Platz greifen. Wir müssen uns vielmehr des großen Wortes des Führers erinnern: wenn ich Sorgen habe, komme ich zu Euch, denn ich gehöre zu Euch.

Der Gegensatz zwischen Staat und Partei soll bei uns nicht einreißen. Der unmittelbare Kampf mit dem

Leben und seinen Problemen ist der Sinn der Bewegung und ihrer Initiative. Der Staat ist in diesem Sinne nur unser Mittel, eines der Mittel, mit denen wir unser Ziel zu erreichen suchen. Diesen Staat verdrängt man nicht mehr, in diesem Königssaal bleiben wir. Hier wird auch der Führer erscheinen, wie er mir gesagt hat; hier wird er einmal, wenn wir über den Berg sind, von uns die Rechenschaft für das entgegennehmen, was wir aufgebaut haben.

So, wie Sie hier um mich herumsitzen, sind Sie zu einer der wichtigsten Aufgaben zusammengerufen. Lassen Sie sich nie von Streiterei ankränkeln, bleiben Sie ruhig und gehen Sie Ihren Weg. Wenn jemand sich für eine Aufgabe besonders interessiert, - der eine für die Volksdeutschen, der andere für das Winterhilfswerk oder die Hitlerjugend oder den Sport, - er soll ruhig seine Aufgabe weitererfüllen. Aber was ich hier gesehen habe, das ist alles voll frischen Lebens. Hier sind Männer und Frauen am Werk, die etwas schaffen wollen und werden. Und wenn es sich um ein Problem handelt, dann soll man nicht gleich fragen: um Gottes willen, was ist da passiert? - nichts ist passiert, - eine Welle kommt, aber das Schiff fährt weiter.

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, daß auch in dem großen Krieg dieser Zeit unsere kleine bescheidene Arbeit trotz mancher Stürme bestehen wird. Sie dürfen glücklich sein, einmal zu sagen, daß Sie auch dabei gewesen sind.

Ich werde in absehbarer Zeit wieder eine Führertagung berufen, um Sie mit dem Ergebnis dessen vertraut zu machen, was bei den Besprechungen in den nächsten Tagen und Wochen erörtert werden wird. Vor allem interessiert mich hier die Frage der Volksdeutschen. Hier handelt es sich beispielsweise um das

Problem, ob man nicht vielleicht den Volksdeutschen in Tomaschow, die dort kleine Güter haben, größere Siedlungen geben könnte. Man müßte das wohl in Erwägung ziehen. Weiter wäre zu überlegen, ob und wie von der SA in Kombination mit dem Einheitsgedanken der Partei Sturmbanne errichtet werden könnten. Endlich müßte auch die Frage des Sportschießens irgendwie gelöst werden. Die zentrale Tätigkeit der Deutschen im Generalgouvernement muß das Schießen sein Die Zeitung darf als das erste volksdeutsche Blatt keine Konkurrenz für etwas anderes sein. Der Parteigenosse Professor Schweitzer-Mjölnir hat mir ein Plakat geschickt, mit dem Sie, wie ich höre, nicht ganz einverstanden sind. Ich würde trotzdem die Herausgabe eines solchen Plakats gerade von Mjölnir besonders begrüßen

Hauptabschnittsleiter Stahl schließt die Tagung mit folgenden Worten:

Reichsleiter! Parteigenossen! Zwanzig Amtsleitern der NSDAP., zwanzig Nationalsozialisten haben Sie, in Ihrer bekannten und klaren Weise Richtlinien gegeben. Zwanzig Nationalsozialisten scheiden aus diesem Saal mit dem Blick auf dieses schöne Land, das uns gehört und uns bleibt. Reichsleiter, Sie dankten uns für die Arbeit, die wir aus Pflichtgefühl verrichteten. Wir danken Ihnen, daß Sie uns in den Jahren, die wir hier arbeiteten, und wieder auch für das kommende Jahr Weisungen gegeben haben. Aber den Dank, den wir Ihnen sagen, müssen wir eigentlich dem Manne zollen, der Sie befruchtet, der Sie geholt, der Sie, Reichsleiter, zu seinen engsten Mitarbeitern berufen hat.

Aus den zwanzig Menschen, die der Führer damals um sich hatte, wurden Tausende, Hunderttausende, Millionen. Sie waren einer der ersten von den zwanzig Menschen, die hier sitzen und die Sie weiter kneten und bearbeiten mit den begeisterten Worten und Anschauungen, wie sie der Führer Ihnen gegeben hat. Diese zwanzig Nationalsozialisten erziehen auch diese 110 000 Deutschen im Generalgouvernement zum Nationalsozialismus, zur Idee des Führers, und das tun sie zum Wohle des Deutschen Volkes. Kameraden, lassen Sie uns am Schluß unserer Arbeitstagung des Mannes gedenken, der Deutschlands Zukunft vorwärts treibt. Wir wollen unserem Führer Adolf Hitler geloben, um der deutschen Zukunft willen ihm unser ganzes Herz und unser ganzes Sein zu widmen, nicht mit Worten, nein, mit Taten. Möge der Führer uns Nationalsozialisten immer vorangehen, in jeder Stunde, in jeder Minute! - Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Sieg Heil!

Die Tagung ist geschlossen.

(Schluß der Tagung 16,45 Uhr)

Arbeitssitzung

im Schloß Belvedere zu Warschau
am 30. Mai 1942

====

Ausgefertigt in 6 Exemplaren:
1. für den Herrn Generalgouverneur
2. zu d. Akten d. Kanzl. des GG.eurs
3. Staatssekretär Dr. Boepple
4. Dr. Wendler
5. Dr. Siebert
6. z. d. Akten d. Kanzl. des GG.eurs

Beginn der Sitzung 10 Uhr 30 Minuten.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Abteilungspräsident Dr. S i e b e r t
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Z ö r n e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r.
Präsident B a u d e r
Präsident N a u m a n n

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß das wichtigste Ereignis der letzten Zeit die restlose Bereinigung jener Frage gewesen sei, die die Regierung des Generalgouvernements viel beschäftigt habe, das Verhältnis der Polizei zum Staat. Er könne heute den General der Polizei Krüger als Staatssekretär für das Sicherheitswesen begrüßen. Die Einzelheiten der Vereinbarung, die er grundlegend mit Reichsführer Himmler getroffen habe, seien in einem Erlaß bekanntgeben worden. Auf Grund dieser Vereinbarung sei die grundsätzliche Zusammenarbeit in jeder Weise gesichert. Im Falle der Abwesenheit des Generalgouverneurs bzw. seines Stellvertreters werde er durch Staatssekretär Krüger vertreten. Der Höhere SS- und Polizeiführer unterstehe dem Generalgouverneur unmittelbar, die SS- und Polizeiführer unterständen den Gouverneuren. Weisungen, die Reichsführer SS Himmler im gesamtdeutschen Interesse an Staatssekretär Krüger gebe, dürften nur vollzogen werden, wenn der Generalgouverneur seine Einwilligung

gebe. Andererseits müßten im Rahmen der Reichspolizei notwendige Weisungen mit Reichsführer SS abgestimmt werden. Eine direkte Befehlsführung der Reichspolizei sei danach jedenfalls im Generalgouvernement nicht möglich. Damit sei ein Verhältnis hergestellt, das sich bislang schon in den Distrikten bewährt habe.

Er beabsichtige, die Amtschefs und die SS- und Polizeiführer der Distrikte zu einer Sitzung am 16. Juni zu berufen.

In der letzten Regierungssitzung habe Gouverneur Dr. Fischer eine generelle Erklärung dahin abgegeben, daß das Zusammenarbeiten mit der Regierung in Krakau sehr schwierig sei und hier zahlreiche Probleme aufträten. Auch die anderen Gouverneure hätten den Eindruck, daß ihre eigene Position von der Regierung oder von Regierungsstellen nicht genügend anerkannt, daß ihnen manchmal Maßnahmen vorgeschrieben würden, die für ihre Distrikte von größter Bedeutung seien, ohne daß sie dazu Stellung nehmen könnten.

Der Führer habe ihm, dem Generalgouverneur, die hohe Auszeichnung zuteil werden lassen, fast 2 Stunden lang über die Aufbauarbeit im Generalgouvernement und andere Probleme zu sprechen. Diese Aussprache habe gezeigt, welch' großes Interesse der Führer am Gesamtwerk des Generalgouvernements nähme. Er sei überrascht gewesen, über wieviel Einzelheiten des Generalgouvernements der Führer Bescheid wisse. Bei dieser Aussprache habe sich auch gezeigt, daß alle Versuche, aus Anlaß des Falles Lasch subversive Propaganda gegen die Arbeit im Generalgouvernement zu treiben, beim Führer zum Scheitern verurteilt seien. Wenn er vom Führer gelobt werde, dann müsse er ihm immer wieder erklären, daß die Aufbauarbeit im Generalgouvernement nur deshalb so vortrefflich gelungen sei, weil er, der Herr Generalgouverneur, in seinen Regierungsmitgliedern und Gouverneuren so hervorragende Mitarbeiter gefunden habe.

Er könne demnach in dieser Sitzung erklären:

1) Daß Aufbauwerk im Generalgouvernement sozusagen die Organisation des Nebenlandes des Deutschen Reiches ist durch den Schlußstein der Schaffung des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen abgeschlossen.

2) Die Gemeinschaftsarbeit, die im Generalgouvernement geleistet worden ist, findet die volle Anerkennung des Führers.

3) Die für die Behandlung großer Probleme aufgestellten Grundsätze haben das volle Einverständnis des Führers.

4) Die Einheitlichkeit der Verwaltung des Gebietes in Gestalt der vom Führer eingesetzten maßgebenden Persönlichkeit des Generalgouverneurs ist gewährleistet. Jeder Versuch, im Generalgouvernement eine Neben- oder Überregierung oder ein Hineinregieren der Berliner Ressorts herbeizuführen, ist von vornherein unmöglich gemacht.

Die Regierung des Generalgouvernements könne daher mit Stolz die Feststellung treffen, daß das Generalgouvernement eine einzigartige Staatsverwaltungs- und führungsrechtliche Position im großdeutschen Raum habe. Diese Stellung habe man sich gemeinsam erkämpft, und auf dieser Linie wolle und werde man auch die noch bevorstehenden schweren Aufgaben meistern.

.. Gesund-
..swesen

In der Aussprache nimmt zunächst Gouverneur Dr. Fischer das Wort. Er führt Beschwerde über das Verhalten des Hauptabteilungspräsidenten Obermedizinalrats Dr. Wallbaum. Er habe in der Angelegenheit der Ärzte Dr. Viehweg und Dr. Lamprecht verschiedene Anträge und Schriftsätze an Präsident Dr. Wallbaum geleitet, ohne eine Antwort zu erhalten. Dr. Wallbaum habe die Entscheidung getroffen, daß auch Dr. Lamprecht das Generalgouvernement verlassen müsse. Er empfinde diese Haltung des Präsidenten Dr. Wallbaum als eine große Unfreundlichkeit diesen Ärzten gegenüber. Ganz objektiv könne festgestellt werden, daß sowohl Dr. Viehweg wie auch Dr. Lamprecht zwei hervorragend tüchtige Ärzte seien. Dr. Lamprecht habe als Distriktsarzt eine Gesundheitsorganisation in Warschau aufgerichtet, die man wohl als einmalig bezeichnen könne.

..tabtl. Innere
..waltung

Bei einer Reihe von Einzelfällen, die in das Gebiet der Verwaltung gehörten, sei man in den Distrikten der Auffassung, daß sie besser dort geregelt würden. Er habe diese Einzelfälle in einem Schreiben zusammengestellt. Vor allem sei auf dem Gebiet der Personalien festzustellen, daß man im Distrikt oft gar nichts davon erfahre, wenn ein Beamter oder Angestellter dorthin versetzt werde. So sei z.B. ein Studienrat ohne Wissen der Distriktsverwaltung nach Zakopane versetzt worden. Aus diesem Vorgehen anderer Verwaltungen seien große Schwierigkeiten mit allen Hauptabteilungen entstanden. Aus all' dem könne man nur den Schluß ziehen, daß die Verwaltung noch mehr als bisher schon zentralisiert werden solle.

Gouverneur Dr. Wächter hat ebenfalls Gelegenheit genommen, zu der Frage der Vereinfachung der Verwaltung im einzelnen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu machen. Nach seinen Eindrücken im Distrikt Galizien

habe er es für notwendig erachtet, eine Reihe von grundsätzlichen Reformen durchzuführen. Es komme immer wieder vor, daß Hauptabteilungen wie diejenigen des Bauwesens oder der Ernährung und Landwirtschaft in unwichtigen Angelegenheiten Weisungen erteilten, während der Distrikt in großen grundsätzlichen Dingen ganz sich selbst überlassen sei. Wenn man z.B. in der Frage der Herabnahme eines Ballusters von einer Fassade eine Entscheidung treffen wolle, so sei man an die Zustimmung der Hauptabteilung Bauwesen gebunden. Eine solche Regelung könne man nur als absoluten Fehler in der Konstruktion dieser Dinge bei der Regierung empfinden.

...ptabtl.
...wesen

Ähnlich liege es auf dem finanziellen Sektor. Es sei festzustellen, daß der Zloty heute nicht mehr seine frühere Kaufkraft habe. Gleichwohl sei die Distriktsverwaltung nach wie vor verpflichtet, sich bei notwendigen Aufwendungen an die bisherige Grenze von 20 000 Zloty zu halten. Und so müßten denn auch kleinere Bauvorhaben oft wochen- und monatelang untersucht werden. Man empfinde in solchen Dingen immer einen schmerzlichen Autoritätsverlust der deutschen Führung. Wenn eine Distriktsverwaltung nicht ermächtigt sei, solche verhältnismäßig unwichtigen Angelegenheiten selbständig zu erledigen, dann werde das der Verwaltungsapparatur insgesamt zur Last gelegt. Er könnte eine Unmenge von Einzelfällen aufzählen, die besonders unangenehm seien, weil sie als Mangel der deutschen Führungsmaschine überhaupt ausgelegt würden. Seiner Überzeugung nach müßte im Gesamtinteresse des Generalgouvernements der Regierungsapparat insofern reformiert werden, als man diese Dinge kleineren und mittleren Formats nach unten abgebe und den Distrikten das Vertrauen schenke, daß sie solchen Aufgaben gewachsen seien. Nicht die Hauptabteilung Finanzen, sondern der Distrikt Krakau habe auf die Einführung der Gewerbesteuer gedrängt. Die Verzögerung der Einführung habe das Generalgouvernement eine Mindereinnahme von etwas 100 Millionen Zloty gekostet.

...ptabtl.
...anzen

ptabtl.
wesen

Andere Organisationen wie z.B. die L.Z. seien angesichts der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in der Lage, bei ihren Planungen und Aufwendungen weit höhere Summen als 20 000 Zloty auszugeben. Die Beschränkung auf die Summe von 20 000 Zl. mache sich vor allem bei den Kreishauptmannschaften fühlbar. Angesichts der Anforderungen, die an sie für die den Ausbau ihrer Dienstgebäude, für die Errichtung von deutschen Gaststätten usw. gestellt würden, seien sie vielfach dazu übergegangen, sich nicht mehr an diese Beschränkung zu halten. So sehr das auch zu begrüßen sei, so liege darin doch immerhin ein schwerer formeller Verstoß. Darin liege ein weiterer Autoritätsverlust. Aber die Kreishauptmänner seien eben der Überzeugung, daß sie mit ihren Eingaben an die Regierung keine Aussicht auf Erfolg hätten. In den letzten Wochen habe er zweimal mit Präsident Bauder über diese Dinge gesprochen, Präsident Bauder habe ihm auch gewisse Zusagen gemacht. Ob sie eingehalten würden, stehe dahin.

sonalamt

Was die Personalfrage angehe, so empfinde er den Niveauunterschied der einzelnen Beamten und Angestellten außerordentlich stark. Zwar gebe es eine Reihe äußerst leistungsfähiger Beamter und Angestellter, aber auch zahlreiche, die absolut nicht leistungsfähig seien. Sein Wunsch gehe deshalb dahin, daß mehr als bisher auf die Qualität der Beamten und Angestellten gesehen werde. Es müsse gelingen, auch im Distrikt Lemberg trotz seiner Größe mit einem zahlenmäßig kleineren Personal auszukommen. Das setze allerdings voraus, daß die Distriktverwaltung nicht mit Kleinarbeit wie etwa statistischen Erhebungen usw. überlastet werde.

Die Einrichtung der Wirtschaftskammern möge für Friedensverhältnisse sicherlich am Platze sein. In der jetzigen Zeit aber, in der überall der große Personalmangel beklagt würde, könne man eigentlich die Schaffung solcher Organisationen nicht verstehen.

tabtl.
schaft

Dabei falle vor allem die Tatsache ins Gewicht, daß es der Wirtschaftsabteilung des Distrikts nur schwer gelinge, tüchtige Kräfte für die staatliche Arbeit zu gewinnen, da diese zumeist angesichts der ihnen gebotenen wesentlich höheren Gehälter in die Kammerorganisationen gingen. Es sei auch verständlich, daß der Unterschied in den Gehältern, die vom Distrikt und andererseits von der Wirtschaft bezahlt würden, zu Mißstimmung führe. Auch die Abteilungen Arbeit, Forsten, Ernährung und Landwirtschaft wendeten sich mit Recht gegen das Bestehen dieser Wirtschaftskammern, deren Aufgaben nach ihrer Meinung in den Bereich dieser Abteilungen fielen. Ganz besonders werde dieser Standpunkt von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vertreten, die darauf hinweise, daß neben dem staatlichen Sektor noch die Organisation eine der L.Z., die Landinspektionen und die Genossenschaften ständen. Auch müsse man bedenken, daß diese Wirtschaftskörperschaften der Kammern doch im wesentlichen mit dem fremden Volkstum der Polen und Ukrainer arbeiteten. Dabei zeige sich dann zuweilen das groteske Bild, daß z. B. Rohstoffzuteilungen nicht über den Kreishauptmann, sondern über den polnischen Innungsmeister gingen. Das müsse selbstverständlich auf die Bevölkerung einen merkwürdigen Eindruck mahhen.

tabtl.
ng u.Land-
aft

Bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zeige sich eine starke Zentralisierungstendenz. Eine neue Verordnung sehe wieder die Regelung von Einzelfragen vor, die er als Distriktsgouverneur den Kreishauptmännern überlassen würde. Dahin gehöre z.B. eine Anordnung über die Bewirtschaftung und Registrierung von Vieh und die Errichtung von Schlachtviehmärkten.

abtl.
schaft

Daß die Frage der Zulassung von Gewerbebetrieben zentral von der Hauptabteilung Wirtschaft bearbeitet werde, halte er nicht für notwendig; denn ihre Regelung könne man sehr wohl den Distrikten und Kreisen überlassen. Jetzt seien 18 Behörden eingeschaltet, die bei der Zulassung eines Gewerbebetriebes mitzusprechen hätten. Daß dadurch starke Verzögerungen in der Erledigung von Anträgen entständen, sei begreiflich.

Die Regierung beabsichtige jetzt, die Elektrizitätswerke zusammenzufassen, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, da es sich hier um einen der wichtigsten Rohstoffe handle und das Gemeininteresse zweifellos überwiegt. Er bitte jedoch, daß bei dieser Neuordnung den örtlichen Interessen vor allem durch Einschaltung der Stadthauptleute Rechnung getragen werde. Gerade unter den Kriegsverhältnissen lasse die Einschaltung einer Zentralinstanz die Praxis in den unteren Instanzen nicht vorwärts kommen.

Gouverneur Zörner kann sich im großen und ganzen den Wünschen und Beschwerden der Vorredner anschliessen. Nachdem der Führererlaß über die Vereinfachung der Verwaltung ergangen sei, sei bei der Regierung in Krakau der Fehler gemacht worden, daß man sich nicht auf das Regieren beschränke, sondern verwalte. Verwalten aber sei Sache der Unter- und Mittelinstanz.

Was die Selbstverwaltung der Wirtschaft angehe, so bedeute sie eigentlich im Generalgouvernement in der Praxis eine polnische oder ukrainische Selbstverwaltung. Darüber hinaus führe sie zu einer Herrschaft der Syndizi, die man in der Kampfzeit auf's schärfste bekämpft habe. Sein Antrag, den Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Lublin in Personalunion zum Kommissar bei der Distriktskammer zu machen, sei noch nicht erledigt worden. Im übrigen habe er auch die Erfahrung machen müssen, daß Mitar-

abtl.
schaft

beiter der Distriktsverwaltung zu wesentlich höheren Gehältern von der Wirtschaftsorganisation wegengagiert worden seien. Maßgebend sei aber vor allem der Gesichtspunkt, daß unmöglich irgendein Pole oder Ukrainer in der Kammer über die Zuteilung von Rohstoffen entscheiden könne. Weiter gehe es auch nicht an, daß die Durchführung gewisser wirtschaftlicher Maßnahmen an die Zustimmung der Wirtschaftskammer gebunden sei, wenn im Reich nur die Anhörung verlangt werde. Er habe deshalb die stärksten Bedenken gegen einen Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in diesem Ausmaß und in der jetzigen Zeit.

Für die Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft in der Ost-Energie-A.G. habe er als alter Kommunalpolitiker das größte Verständnis. Aber im Generalgouvernement gehe man in dieser Beziehung auch wieder weiter als im Reich: im Reich blieben die Elektrizitätswerke selbständig, im Generalgouvernement sollten sie einheitlich zusammengefaßt werden. Das könne leicht dazu führen, daß rein privatwirtschaftliche Gedankengänge in den Vordergrund träten und die Erzielung einer recht hohen Rente maßgebend wäre.

...ptabtl. ...schaft

Befremdend sei die Tatsache, daß z.B. der Leiter der Abteilung Forsten im Distrikt sich die Genehmigung für einen Urlaub von der Hauptabteilung Forsten holen müsse, obgleich der Abteilungsleiter von einem anderen Forstbeamten des Distrikts vertreten werde.

...ptabtl. ...sten

Angesichts der Papiernot wäre zu erwägen, ob nicht von der Forderung, gewisse Schreiben in vierfacher Ausfertigung bei der Regierung einzureichen, Abstand genommen werden könnte.

Für die Holzwirtschaft im Generalgouvernement seien einige deutsche Einsatzfirmen von der Hauptabteilung Forsten herangezogen worden, die übergroße Gewinne machten. Von einer dieser Firmen solle jetzt ein Sägewerk erworben werden, das zu einem größeren Gut gehöre, wodurch dann dieser wirtschaftlich

...ptabtl. ...rsten

zusammenhängende Betrieb auseinandergerissen würde.

Gouverneur Kundt stellt fest, daß die Einheit der Verwaltung insofern bis zu einem gewissen Grade wieder aufgehoben werde, als sich einzelne Hauptabteilungen mit Referenten bei Abteilungen im Distrikt unmittelbar in Verbindung setzten. Das sei sogar so weit gegangen, daß manchmal rekommandierte Briefe in schwierigen Angelegenheiten direkt an einen Referenten gerichtet worden seien, ohne daß der Gouverneur bzw. der Abteilungsleiter davon Kenntnis erhalten hätten. Er habe dagegen entsprechende Schritte unternommen. Augenscheinlich gebe es manche Beamte in der Regierung, die nur ressortmäßig zu arbeiten gelernt hätten. Er sei in dieser Auffassung dadurch bestärkt worden, daß im Zusammenhang mit dem Stellenplan die Beförderung oder Übernahme von Beamten von der Zustimmung der entsprechenden Hauptabteilung abhängig gemacht werden solle.

…eilung …ndheits-…en

Ein Beispiel für diesen Ressortstandpunkt biete das Verhalten des Präsidenten Dr. Walbaum. Er halte sich für berechtigt, den Distriktsärzten unmittelbar Weisungen zu geben. Ärzte, die aus sachlichen Gründen anderer Meinung seien oder sich in dieses System nicht einfügen wollten, machten sich mißliebig; es werde mit allen Mitteln gegen sie gearbeitet. So habe Präsident Dr. Walbaum den Distriktsarzt Dr. Weizenäcker aus seinem Amt entfernen wollen. Eine von ihm, dem Gouverneur, geführte Untersuchung habe bisher nichts Nachteiliges für Dr. Weizenäcker erkennen lassen.

Aus allen solchen Vorkommnissen ergebe sich für die Beamten eine gewisse Unsicherheit, da sie ja nicht wüßten, ob sie ihrem Gouverneur oder ihrem fachlich Vorgesetzten bei der Hauptabteilung folgen sollten. Er, Gouverneur Kundt, habe nach alledem den Eindruck, daß der Erlaß des Führers über die Vereinfachung der

Verwaltung von gewissen Hauptabteilungen der Regierung systematisch ignoriert werden.

Eine weitere Tendenz, die bei manchen Hauptabteilungen bestehe, laufe darauf hinaus, gewisse Angelegenheiten in das Gebiet der Selbstverwaltung zu verweisen. Er habe seinerzeit selber den Gedanken der Selbstverwaltung unterstützt, allerdings in dem Gedanken, daß es sich dabei um eine wirkliche Ergänzung der staatlichen Verwaltung handle. Die Kammerorganisation dürfe aber unter keinen Umständen dahin führen, daß polnische Innungsmeister über die Zuteilung von Rohstoffen verfügen könnten. Daß der volksdeutsche Trafikant von dem polnischen Großverteiler gegenüber polnischen Trafikanten benachteiligt werde, sei kein Wunder. Solche Vorkommnisse seien in allen Wirtschaftszweigen zu beobachten.

...erorganisation

Die Hauptabteilung Arbeit habe einen Erlaß herausgegeben, nach welchem im deutschen Interesse arbeitenden Juden sozialversichert werden müßten. Überhaupt hätten die Fachabteilungen der Wirtschaft die Tendenz, sich staatsverwaltende Funktionen anzueignen. So würden auch verwaltungsstrafrechtliche und verwaltungspolitische Entscheidungen getroffen. Es gehe sogar so weit, daß der Kreislandwirt Strafen in unbegrenzter Höhe verhängen dürfe, während der Kreishauptmann eine solche Befugnis nicht habe. Eine Verwaltungsstrafe wegen Nichteinhaltung der Bewirtschaftungsbestimmungen könne nur vollzogen werden, wenn die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zustimme. Die fachlichen Hauptabteilungen schienen zu einer Entwicklung treiben zu wollen, die man als eine Umwandlung aus dem politischen Verwaltungsstaat in den Ständestaat bezeichnen könne.

Es bedürfe einer ganz klaren Entscheidung darüber, ob und inwieweit Firmen, Häuser oder Güter entsprechend der Anordnung desReiches für Kriegsteilnehmer aufgehoben werden sollten. In einem

bestimmten Fall solle eine von einem ausgezeichneten Treuhänder geleitete Firma unter der Hand verkauf/t werden.

Vor mehr als einem halben Jahr habe er den Antrag gestellt, daß die Kommunalverbände des Distrikts in einen Distriktsverband zusammengefaßt würden, der von dem Leiter der Abteilung Innere Verwaltung geführt werde. Die Schaffung eines Distriktsausgleichsfonds wäre für seinen Distrikt besonders wichtig, weil dann die Überschüsse der reicheren landwirtschaftlichen Gebiete entsprechend herangezogen und die Volksdeutschen besser versorgt werden könnten.

Gouverneur Dr. Wendler führt Beschwerde darüber, daß Beamtenernennungen ohne sein Wissen vorgenommen würden. Ebenso führt er Klage darüber, daß einige Hauptabteilungen direkte Berichte von den Abteilungen im Amte des Distriktes verlangten.

In Zakopane bestehe ein Elektrizitätswerk, das unbedingt ausgebaut werden müsse. Die Ostenergie-A.G. weise aber darauf hin, daß ein von ihr geplantes großes Projekt durchgeführt werden müsse. Seiner Ansicht nach sei die Durchführung eines solchen Projektes unmöglich, und es könne entsprechend dem Bedarf von Zakopane nur ein kleineres Projekt durchgeführt werden. Durch diese Haltung der Ostenergie werde nun auch der im kleinen Rahmen vorgesehene Ausbau verzögert.

btl.
chaft

Für die breiten Massen der volksdeutschen Arbeiter sei bisher nichts getan. Gleichwohl sei einem Arbeitergeber verboten worden, einen Lohntarif für diese Arbeiter zu schaffen.

btl.

Daß nach einem Erlaß des Amtes für Preisbildung verschiedene Maßnahmen eingestellt werden sollten, weil angeblich der Schleichhandel erheblich nachgelassen haben soll, sei ihm unverständlich.

ildung

Der Herr Generalgouverneur dankt den Gouverneuren für ihre Berichte. Er selber habe auch den Eindruck, daß die Frage des Verhältnisses von Regierung zu Gouverneuren einmal einer grundsätzlichen Bereinigung entgegenführt werden müsse. Er habe im übrigen schon oft betont, daß an der Spitze der Regierung der Generalgouverneur mit den totalen Vollmachten stehe, die der Führer ihm gegeben habe, und daß als Vertreter des Generalgouverneurs der Gouverneur und als dessen Vertreter der Kreishauptmann zu wirken hätten. Andererseits sei es selbstverständlich notwendig, daß irgendeine Zentrale im Generalgouvernement vorhanden sei, die als die Behörde des Generalgouverneurs für die Durchführung sämtlicher Maßnahmen sorge. Die Regierung des Generalgouvernements sei die Dienststelle, die dem Generalgouverneur helfe, sie sei dem Amt beim Distrikt zu vergleichen. Sein Auftrag an die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple wie auch an den Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert gehe dahin, diese Dinge so ernst wie nur möglich zu nehmen. Er müsse hier auch im vollen Umfange den Gouverneuren beistimmen, wenn sie sich gegen gewisse Praktiken der Hauptabteilungen wendeten. Er werde nicht dulden, daß das von ihm so schwer erkämpfte Prinzip der Einheit der Verwaltung durch solche ressortmäßigen Anschauungen wieder Schaden leide. Aus Regierungskreisen kämen Stimmen, der eine oder andere Distrikt solle überhaupt nicht mehr neu besetzt werden. Wenn er aber als Generalgouverneur einen Distrikt aufhebe, dann verliere ein Gebiet des Generalgouvernements eine deutsche Zentrale. Andererseits sei auch die Verstrickungen der Wirtschaft des Generalgouvernements mit der Betriebswirtschaft des Reiches so gewaltig, die Durchsetzung einer einheitlichen Ernährungs- und Währungspolitik gegenüber der Gesamtbevölkerung so wichtig, daß nicht Gesichtspunkte der Distrikte, sondern unter allen Umständen solche des

Generalgouvernements in den Vordergrund zu treten hätten. Gleichwohl habe sich an dem Grundsatz nichts geändert, daß heute die örtlich verantwortliche Instanz auch nach dem Willen des Führers entscheidend sei.

Das einmütig geradezu als Gefahr angesehene Verhalten der Wirtschaftskammerorganisationen mit ihren Tendenzen werde ihn veranlassen, so schnell wie möglich diese Frage in einer Sondersitzung in Krakau zu behandeln. Weiter müsse auch in dieser Sitzung die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Zentralstelle einer Prüfung unterzogen werden.

Was den Einzelfall Dr. Walbaum angehe, so seien diese Dinge ja schon öfter erörtert worden. Wenn ein verantwortlicher Mann der Meinung sei, daß an irgendeiner Dienststelle im Distrikt ein unfähiger Vertreter vorhanden ist, und wenn der Gouverneur eine andere Meinung hege, so müsse er sich die Entscheidung vorbehalten. Er behalte sich vor, in einem jeden solchen Fall Befehle und Weisungen zu erteilen. Die Regierung sei nun einmal die Behörde des Generalgouverneurs. Er müsse manchmal in einem Konflikt zwischen Gouverneur und Regierung aus objektiver Erkenntnis die Partei der Regierungsinstanz ergreifen. Das liege nicht daran, daß er mehr Sympathie für die/eine oder andere Stelle habe, sondern daran, daß er aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten des Raumes zu einer Entscheidung kommen müsse.

An den weiteren Beratungen nehmen die inzwischen erschienenen Präsidenten Bauder und Naumann teil.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt einen Überblick über die Tätigkeit und die Aufgaben der Wirtschaftskammern.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert verwahrt sich auch im Namen seiner Abteilungsleiter gegen den Vorwurf, daß sie bestrebt seien, die Stellung der Gouverneure bewußt zu untergraben. Für sich und wohl auch für seine Kollegen könne er in Anspruch nehmen, daß ihnen solche Tendenzen vollkommen fernlägen.

Gouverneur Dr. Fischer betont, daß er von jeher den Grundsatz der Dezentralisation der Verwaltung vertreten habe. Er stehe auf dem Standpunkt, daß man den Gouverneuren eine ganze Anzahl weiterer Gebiete der Inneren Verwaltung überlassen könne.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert bemerkt, daß das Ausbleiben einer solchen Regelung mit dem Aufbau zusammengehangen habe. - Was die von Gouverneur Zörner hervorgehobenen Tendenzen der Ostenergie-A.G. angehe, so sehe auch er in dieser Frage für die Gemeinden sehr schwarz.

sundheitswesen

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert nimmt dann zu dem Verhalten des Präsidenten Dr. Walbaum gegenüber den Ärzten Dr. Viehweg, Dr. Weizenäcker und Dr. Lamprecht Stellung. Er habe im Falle Weizenäcker den Gouverneur Kundt gebeten, eine Untersuchung durchzuführen. Diese Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Aus einem Bericht gehe aber hervor, daß gewisse Verfehlungen des Dr. Weizenäcker keinen Anlaß geboten hätten, ihn aus dem Dienst zu entlassen. Das Vorgehen des Präsidenten Dr. Walbaum gegen Dr. Lamprecht habe seinen Grund in dessen Haltung gegenüber dem Hebammengesetz gehabt. Präsident Dr. Walbaum habe eine Untersuchung dieser Fälle ohne seine, des Präsidenten Dr. Siebert, Kenntnis eingeleitet und eine Entscheidung dahin herbeizuführen gewußt, daß die drei Ärzte das Generalgouvernement zu verlassen hätten; er habe von Staatssekretär Dr. Conti, mit dem er sehr enge Berührung habe, verlangt, daß die Ärzte anderswo untergebracht würden.

Inzwischen seien Dr. Weizenäcker und Dr. Lamprecht nach dem Ostministerium, Dr. Viehweg nach Wiesbaden abberufen worden. Nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub habe dann Staatssekretär Dr. Bühler auf Wunsch der Gouverneure Dr. Fischer und Kundt dem Staatssekretär Dr. Conti mitgeteilt, daß er mit der Abberufung von Dr. Lamprecht und Dr. Weizenäcker nicht einverstanden sei. Für Dr. Lamprecht sei mittlerweile ein Nachfolger eingetroffen, der nach seinem Wunsch durch Präsident Dr. Walbaum bei der Regierung Verwendung finden solle.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß Dr. Viehweg auch als Standortführer der Partei vorbildlich gearbeitet habe. Die Frage seiner früheren kommunistischen Einstellung sei durch ein gerichtliches Urteil erledigt. Dagegen, daß man ihm heute aus seiner kommunistischen Vergangenheit einen Vorwurf machen wolle, müsse er sich mit aller Entschiedenheit verwahren.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert schließt sich hinsichtlich der Schaffung eines Distriktsausgleichsfonds grundsätzlich der Auffassung des Gouverneurs Kundt an und ist der Meinung, daß eine solche Maßnahme ohne weiteres durchgeführt werden könne. Allerdings mache die Hauptabteilung Finanzen gewisse Schwierigkeiten. - Im übrigen bitte er die Gouverneure, ihm von Fällen, in denen sie Anlaß zur Beschwerde zu haben glaubten, Bericht zu erstatten. Er werde dann die notwendigen Schritte unternehmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt hierauf dem Präsidenten Bauder Kenntnis von den durch die Gouverneure gegen die Hauptabteilung Bauwesen erhobenen Vorwürfen, die darauf hinausliefen, daß die Baubehörde sich völlig außerhalb des allgemeinen Aufbaues bewege, daß die Gouverneure keinerlei Möglichkeiten hätten, etwas auf dem Gebiete des Straßenbaues

des Wohnungsbaues usw. zu erfahren.

Gouverneur Dr. Fischer führt als Beispiel an, daß er auf dem Gebiete des Straßenbaues nicht wisse, wer der Leiter der Außenstelle in Warschau sei. Von einer Zusammenarbeit der Baubehörde mit seinem Amt sei überhaupt keine Rede. Daß man bei Bauvorhaben nur über eine Summe bis zu 20 000 Zloty verfügen dürfe, sei ein unmöglicher Zustand. Auch für kleine Bauvorhaben bedürfe es einer Meldung nach Krakau. Die Eröffnung des Technikums in Warschau könne angesichts der Haltung der Baubehörde nicht zu dem vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden. Überhaupt bestehe ein generelles Verbot für bauliche Planung. Dagegen sei die Hauptabteilung Arbeit in der Lage, z.B. Siedlungsplanungen in großer Anzahl durchzuführen.

Auch Gouverneur Dr. Wächter beklagt sich darüber daß die Durchführung von Straßenbauten, an der der Distrikt außerordentlich interessiert sei, unmöglich gemacht werde. Im Distrikt Lemberg komme es vor allem darauf an, die Zufahrtsstraßen in einen verkehrsmäßigen Zustand zu bringen. Für solche Straßenbauten sei auch das Steinmaterial vorhanden. Man habe fast den Eindruck, als werde jegliches Bauvorhaben verhindert, wenn es auch wesentlich wäre, ohne daß das Material an einer anderen Stelle praktisch verwertet werden könne. Das führe zu einem Prestigeverlust der Hauptabteilung Bauwesen.

Auch Gouverneur Kundt unterzieht das Wirken der Hauptabteilung Bauwesen einer scharfen Kritik. Wenn seinerzeit nach der Verordnung ~~der~~ über die Einheit der Verwaltung der Straßenbau angesichts der strategischen Notwendigkeiten und des Aufmarsches gegen die Sowjetunion außerhalb der Distriktsinstanz gelegen habe, so sei das gewiß ein wichtiges

Argument. Nach Wegfall dieses Arguments habe man den Antrag gestellt, daß die Straßenbaustellen ebenfalls in die bestehende Abteilung Bauwesen eingliedert werde. Auch sei der gesamte Stellenplan, der mit den Reichsinstanzen vereinbart sei, schon so aufgebaut, daß eine Abteilung Bauwesen mit sämtlichen Planstellen vorhanden sei. Präsident Bauder habe aber darauf bestanden, daß eine Abteilung Bauwesen gebildet werde, die der Distriktsbehörde nur angegliedert sei. Er, Gouverneur Kundt, halte das für unzweckmäßig und unbegründet.

Präsident Bauder teilt mit, daß dem Staatssekretär ein Entwurf über die Neuorganisation der Bauverwaltung vorliege, über den noch nicht entschieden sei. Die Ausführungen des Gouverneurs Kundt stimmten insoweit mit diesem Entwurf überein, als dort die Eingliederung vorgeschlagen werde. Die Reichsstellen bzw. der Generalinspekteur undReichsminister für Waffen und Munition verträten hinsichtlich der Eingliederung eine andere Auffassung.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß auch die Bauverwaltung nur im Rahmen der allgemeinen Verwaltung ihre Tätigkeit ausüben könne. Das gehe auch daraus hervor, daß der Führer ihm als dem Generalgouverneur die volle Verantwortung für die gesamte Verwaltung übertragen habe. Auch die Hauptabteilung Bauwesen müsse sich deshalb an die Weisungen des Generalgouverneurs halten. Deshalb müsse der vorliegende Entwurf mit dem Staatssekretär und dem Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung nochmals durchgesprochen und dafür Sorge getragen werden, daß bis zum 1. Juli 1942 die Bauverwaltung des Generalgouvernements entsprechend der Struktur der anderen Hauptabteilungen organisiert werden. Er habe z.B. mit dem Führer über den Umbau

des Staatstheaters gesprochen und dabei das Wort fallenlassen: "Schließlich sei ja alles, was im Generalgouvernement geschehe, kriegswichtig; denn das Generalgouvernement als solches sei eine kriegswichtige Einrichtung". Wenn Wohnungsbauten für Beamte und Angestellte errichtet würden, so geschehe das zu dem Zwecke, um dem Deutschen würdige Wohnstätten zu bereiten und weitere Deutsche nach dem Generalgouvernement zu ziehen. Es müsse endlich einmal aufhören, daß seine Gouverneure ihm immer wieder berichteten, daß die Hauptabteilung Bauwesen ein Hemmnis für die Durchführung ihrer Pläne darstelle. Er sei gern bereit, die Verantwortung für eine Neuordnung dieser Dinge zu übernehmen, und ersuche den Präsidenten Bauder, sich darauf zu berufen, daß der Generalgouverneur die volle Verantwortung übernehme. Andererseits sei es Pflicht des Präsidenten Bauder, der Regierung des Generalgouvernements ihre Aufgabe zu erleichtern, nicht aber die Regierungsdienststellen und Gouverneure in die Zwangslage zu versetzen, einen mehr oder minder illegalen Zustand hinnehmen zu müssen und Autoritätskonflikte herbeizuführen. Er beauftrage deshalb den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Summe von 20 000 Zloty für Durchführung von Bauvorhaben entsprechend erhöht werde. Andererseits müßten auch die Regierungsmitglieder darauf hingewiesen werden, daß eine gewisse Beschleunigung der Aktenvorgänge zu erfolgen habe. Auch sie müßten dem Generalgouverneur die Möglichkeit geben, sich durchzusetzen, und die schwierige Lage des Präsidenten Bauder berücksichtigen.

Präsident Bauder begrüßt es, daß er endlich einmal aus seiner Zwitterstellung herauskommen solle. Voraussetzung für die Durchführung dieser Neuordnung sei allerdings, daß nicht irgendwelche Dienststellen des Generalgouvernements ihm bei der Berliner Zentrale Schwierigkeiten machten. Er sei darauf gefaßt, daß

es zu harten Kämpfen kommen werde.

Der Herr Generalgouverneur sichert dem Präsidenten Bauder seine volle Unterstützung zu, verlangt aber von allen beteiligten Stellen, daß sie nunmehr jedes Bauvorhaben einer gemeinsamen Prüfung unterzöger

Gouverneur Dr. Wächter bezeichnet es als notwendig, daß eine möglichste Stärkung der Stellung des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt gegenüber den anderen Einrichtungen, die der Abteilung irgendwie angegliedert seien, wie der L.Z. und der Liegenschaftsverwaltung herbeigeführt werde. Der Leiter der Abteilung sollte eigentlich auch Leiter der anderen Einrichtungen sein. Weiter müßten die starken Zentralisierungstendenzen, die sich immer noch in der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch nach dem Führererlaß zeigten, abgebaut werden. Gerade bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zeige sich im starken Maße das Bestreben, auch kleinste Angelegenheiten in die Zentrale zu ziehen. Das zeige z.B. die Anordnung über die Registrierung und Bewirtschaftung von Vieh und die Errichtung von Schlachtviehmärkten, für die die Zustimmung der Regierung erforderlich sein solle. Für diese und andere unwichtigen Angelegenheiten würde nicht einmal die Distriktsinstanz eine Zuständigkeit beanspruchen, sondern man könne ohne weiteres erwarten, daß der Kreishauptmann genügendes Verständnis dafür habe, wobei ja immer zu bedenken sei, daß die Regierung bzw. der Distrikt die Möglichkeit habe, als Aufsichtsinstanz einzugreifen.

abtl.
ng u.
tschaft

Hauptabteilungspräsident Naumann kann in Aussicht stellen, daß für die größte Zahl der vom Vorredner angeführten Fälle demnächst eine befriedigende Neureglung stattfinden werde. Wennman jetzt zu einer Dezentralisierung übergehe, dann müßten aber

auch unter Hintanstellung der Versorgungslage der Distrikte die Weisungen der Hauptabteilungen unverzüglich befolgt werden. Angesichts der Notwendigkeit, Lieferungen an die Wehrmacht oder sonstige Dienststellen zu tätigen, müsse unter Umständen ein Distrikt von seinen Beständen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen etwas an einen anderen Distrikt abgeben. Man habe am 16. Mai die Kontingente der entscheidenden Nahrungsmittel für dieses und das nächste Jahr den einzelnen Distrikten auferlegt und ihnen freie Handgelassen, wie sie in den Besitz dieser Kontingente kommen. Auch hinsichtlich der Einrichtung der Anbauflächen habe man den einzelnen Distrikten die Verantwortung überlassen. Auch für Fett und Butter würden in jedem Distrikt Aufbringungskontingente festgelegt werden. Es könne unmöglich bei dem Zustand bleiben, daß sich ein Distrikt zunächst immer selber versorge, ohne die Bedürfnisse anderer Distrikte zu berücksichtigen.

Die L.Z. sei eine Staatsgesellschaft. Der Staat habe für die Errichtung dieser Organisation seinerzeit 20 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt. Man habe der L.Z. gewisse Aufgaben übertragen. Das Wirken der L.Z. werde von allen Dienststellen anerkannt, und, von einigen Schwierigkeiten abgesehen, die der Aufbau einer so großen Organisation immer im Gefolge habe, habe sich diese Organisation im großen und ganzen so bewährt, daß sie auch für den weiteren Aufbau im Osten beispielgebend geworden sei.

Was die Stärkung der Stellung des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt angehe, so sei festzustellen, daß dieser Abteilungsleiter sowohl die Liegenschaftsverwaltung wie auch die Landinspektion vollständig in seiner Abteilung habe.

Die <u>Weidenerfassung</u> habe die Hauptabteilung im kriegswirtschaftlichen Interesse übernommen, da die Weiden für die Herstellung von Geschoßkörben dringend gebraucht würden.

Bekanntlich sei der Raps im vergangenen Winter fast restlos ausgewintert. Im vorigen Jahre habe man immerhin fast 3000 t Öl herstellen können, rund 1/3 des gesamten für das Generalgouvernement benötigten Fettes. Man müsse nun eine Vorratswirtschaft treiben, um über die Schwierigkeiten des Erntejahres 1942/43 hinwegzukommen. Wenn man jetzt die Rapsmengen, die in Dschabors lägen, von dort nach Bielitz transportiert habe, so deshalb, weil es im Generalgouvernement nur eine einzige Margarinefabrik gebe.

Gouverneur Dr. Fischer gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß dem Distrikt Warschau wesentlich höhere Kontingente auferlegt worden seien als den übrigen Distrikten, und bittet um Auskunft, nach welchem Schlüssel die Verteilung vor sich gehe.

Hauptabteilungspräsident Naumann erwidert, daß man bei der Aufstellung der Kontingente die Anbaufläche je Distrikt, die Versorgungsberechtigten, die Selbstversorger und die mutmaßlichen Ernteergebnisse zu Grunde gelegt habe. Er müsse allerdings zugeben, daß genaue Unterlagen nicht zur Verfügung ständen. Hinsichtlich des Getreides müßten jedenfalls die Kontingentsmengen als vollkommen gerechtfertigt angesehen werden. Ein Vergleich des Distrikts Warschau mit dem Distrikt Krakau sei fehl am Platze; denn der Distrikt Krakau sei ein Viehzuchtdistrikt mit zahlreichen Wiesen und Weiden. Der Distrikt Warschau dagegen sei ein Distrikt, der Ackerland für Getreide und Kartoffeln besitze.

Abschließend faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Beratung zusammen. Er erklärt, daß er den von den Gouverneuren vorgebrachten Argumenten

immerhin einiges Gewicht beilegen müsse .

Der Herr Generalgouverneur beraumt für Sonnabend den 6. Juni 1942, eine Sitzung an, in der behandelt werden sollen:

1. Die Frage der Kammerorganisation
2. Die Frage der landwirtschaftlichen Zentralstelle
3. Die Fragen der Hauptabteilung Bauwesen
4. Einzelfragen, die den Gegenstand der heutigen Beratung gebildet haben.

Gouverneur Dr. Wendler wird beauftragt, in dieser Sitzung die anderen Gouverneure zu vertreten.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 50 Minuten.

Arbeitsbesprechung über die Zentralkammer

im Königsaal der Burg

am 6. Juni 1942.

Ausgefertigt in 2 Exempl

1. z.d.A. der Kanzlei
   des Generalgouv.
2. H. O.L.G.R.Dr.Weh

Anwesenheitsliste

für die Arbeitsbesprechung: Zentralkammer der gew. Wirtschaft

am 6. Juni 1942

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
[illegible]		
[illegible]		
Dr. Senkowsky		
Naumann		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. Boepple		

Beginn der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur weist zu Beginn der Sitzung darauf hin, daß ihm verschiedene Beschwerden der Gouverneure anläßlich der letzten Gouverneurssitzung in Warschau Anlaß dazu gegeben hätten, einmal das ganze Problem der Kamrerorganisation zum Gegenstand einer Besprechung zu machen. Leider fehle bei der heutigen Besprechung der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft.

Er habe geglaubt, daß es möglich sein müsse, alle Belange des die Gemeinschaft Interessierenden im Wege Generalgouverneur - Regierung - Gouverneure-Kreishauptmann und deren Ämter und Behörden sich vollziehen zu lassen. Im Laufe der Jahre habe es sich aber herausstellt, daß es notwendig sei, für die Aufgaben der Verwaltung autonome Gebilde einzuschalten. So entwickelte sich das Wirtschaftskammerwesen, das wider Erwarten einen sehr weitreichenden Einfluß auf die Staatsverwaltung genommen habe. Die plötzliche Blüte dieser Organisation habe ihn sehr erschreckt. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß z. B. der Kreishauptmann in die Lage kommen könne, am Sitz seines Kreises von einem polnischen Handwerker die Auskunft einholen müsse, ob die für einen vorgesehenen Zweck benötigten Materialien vorhanden seien. Weiter werde geklagt darüber, daß die Beiträge für diese Organisation sehr hoch seien und daß durch diese Kammern eine Verunklärung der staatlichen Zuständigkeit eintrete. Ziel der heutigen Sitzung solle sein, Klarheit darüber herbeizuführen, ob der Weg, den die Entwicklung der Kammerorganisation beschritten habe, gutgeheißen werden könne, oder ob dieser Weg da und dort einer Korrektur bedürfe; Ziel solle nicht sein, etwa die Auflösung der Kammern zu betreiben, denn was er einmal gegründet habe, wolle er nicht wieder auflösen. Er bitte also die

Gouverneure, kurz zu wiederholen, was sie an Hauptargumenten gegen die Kammerorganisation vorzubringen hätten, und anschließend Staatssekretär Dr. Boepple in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar der Zentralkammer und Frhr von Gregory um ihre Stellungnahme.

Gouverneur Kundt geht davon aus, daß er sich zum starken Befürworter der Einrichtung der Kammern gemacht und wesentlichen Anteil an der Formulierung der ersten Verordnung über die Zentralkammer gehabt habe. Im Gegensatz zum größten Teil der Regierung mit gegenteiliger Einstellung habe er die Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung immer wieder betont.

Ein wesentlicher Teil der Ursachen für die Unzufriedenheit der Gouverneure in ihrer Eigenschaft als Regierungskommissare der Distriktskammern - Gouverneur Zörner habe in der letzten Sitzung in Warschau sogar die Auflösung angeregt - sei darauf zurückzuführen, daß im Herbst vorigen Jahres eine Veränderung der ersten Verordnung durchgeführt und damit dem Streben nach Zentralismus großer Raum gegeben worden sei. Er mache darauf aufmerksam, daß damals entgegen der sonstigen Übung dieser Verordnungsentwurf den Gouverneuren nicht zur Stellungnahme vorgelegt worden sei.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erklärt, daß hier ein Irrtum vorliegen müsse. Gouverneur Wächter habe den Entwurf dieser Veränderungsverordnung als Vertreter sämtlicher Gouverneure in Krakau mit seinem Amtschef Wolsegger bei Staatssekretär Dr. Boepple durchberaten und ihm im Namen der Gouverneure zugestimmt.

Bei dieser Gelegenheit spricht sich der Herr Generalgouverneur dagegen aus, daß ein Gouverneur

im Namen der übrigen einem Verordnungsentwurf allein zustimmte. Er ersucht Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh um genaue Feststellung des damaligen Vorgehens.

Gouverneur Kundt führt weiter aus, daß die Firmen zwar Mitglieder der Zentralkammer und der Distriktskammern seien, ihre Beiträge aber allein an die Zentralkammer zu leisten hätten. Die Distriktskammer wisse nicht, wieviel Mitglieder und welche Mitglieder in ihrem Bereich vorhanden seien und was die einzelnen bezahlen müßten. Nicht einmal die Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft im Distriktsgebiet sei davon unterrichtet. Die Beitragszahlung sei also für das ganze Generalgouvernement bei der Zentralkammer zentralisiert. Er kenne keinen Staat von der Größe des Generalgouvernements mit einer derartigen Zentralisation. Die Distriktskammer habe an unmittelbaren Einnahmen lediglich einige Gebühren zur Verfügung.

Durch die zweite Verordnung sei auch der Einfluß des Vorsitzenden der Distriktskammern wesentlich herabgedrückt. Er habe in wesentlichen Dingen der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft überhaupt nichts mitzureden. Genau gesehen sei der Vorsitzende der Distriktskammern eine Person, von der lediglich der Titel existiere. Von den verschiedenen Anordnungen erfahre er überhaupt nichts. Er habe in den letzten dreivierteln Jahren keine Abschrift über die Absichten der Wirtschaftspolitik der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bekommen. Die Hauptabteilung Wirtschaft erteile Anrodnungen an die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft, die nach unten im Distrikt wirksam würden, und der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt erhalte davon nicht einmal eine Abschrift.

Man habe den Anschein gelassen, als ob der Gouverneur etwas zu sagen hätte. Das sei aber praktisch z.B. bei der Ernennung des Leiters oder der Genehmigung des Haushaltes nicht der Fall. Bei Akutwerden der Veränderungsverordnung im Herbst vorigen Jahres habe er an Freiherrn von Gregory geschrieben; in der Antwort sei dieser aber nicht auf den Inhalt der geplanten Veränderung eingegangen. Eine persönliche Fühlungnahme sei nicht erfolgt. Es wäre zweckmäßig gewesen, darüber zu sprechen umso mehr, da er und Freiherr von Gregory in der ersten grundlegenden Besprechung über die Einrichtung der Kammer sich darüber klar gewesen seien, daß eine allzustarke Zentralisation nicht Platz greifen dürfe.

Ein dritter wesentlicher Punkt sei die stillschweigende und allmähliche Übertragung behördlicher Zuständigkeiten auf die Kammer. In den Vorbesprechungen über den Zweck der Kammerorganisation sei nie davon die Rede gewesen, daß die Kammerfunktionäre behördliche Zuständigkeiten erhalten sollen, sondern nur davon, daß die Kammern eine fachliche Beratung und Betreuung für die Ziele der Regierung in einer Ergänzungsfunktion zur Behörde ausüben sollten. Die Verwaltungsorganisation erhalte davon nicht einmal Mitteilung, sodaß sich vor allem in der Rohstoffbewirtschaftung groteske Zustände ergäben. Die Bewirtschaftungsstellen hätten Kontingentierungen und Verteilungen von Rohstoffen an die Kammern abgegeben, ohne daß die Distriktsstellen davon unterrichtet worden seien. Es sei sogar vorgekommen, daß eine Bewirtschaftungsstelle sich geweigert habe, derartige Vereinbarungen zwischen der Bewirtschaftungsstelle und der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bekannt zu geben. Bei der Wirtschaftsbesprechung in Krynica sei die Besprechung dieses Problems boykottiert worden. Sämtliche Leiter der Abteilungen Wirtschaft aller Gouverneure erklärten, daß ihre Tätigkeit all-

mählich unmöglich werde, denn sie seien einesteils wie ihr Gouverneur für die Wirtschaftspolitik ihres Distrikts verantwortlich, auf der anderen Seite aber in sehr wesentlichen Dingen, die die Kammer an sich gerissen habe, beiseite geschoben.

Weiter habe auf Grund der Verordnung der Leiter in der Zentralkammer ein Strafrecht bis zu einer Höhe von 20 000 Zloty, während die Gouverneure ein solches nur bis zu einer Höhe von 3 000 Zloty besäßen. Sie würden nicht einmal davon Kenntnis erhalten, daß eine Firma in ihrem Gebiet bestraft worden sei.

Man müsse die Frage aufrollen, ob es richtig sei, den beruflichen Selbstorganisationen eine polizeihoheitliche Funktion dieser krassen Art zu gewähren. Es würde absolut genügen, wenn die betreffende Kammerorganisation einen Antrag auf Bestrafung bei der zuständigen Polizeiinstanz stellen würde.

Viel stärker habe sich in der letzten Zeit diese Tendenz der Strafrechtsbefugnis-Erlangung bei der Landwirtschaft zu entwickeln versucht. Das sei sogar so weit gegangen, daß der Kreislandwirt in unbegrenzter Höhe bestrafen könne, aber nicht der Kreishauptmann und der Gouverneur. Die Gouverneure und Kreishauptleute hätten das Recht, Strafen in unbegrenzter bzw. bestimmter Höhe zu verhängen, dringend nötig, da nur eine solche schnell ausgesprochene Strafe einen Erfolg zeitige.

Ein weiterer grundsätzlicher Punkt sei folgender: während zwischen der Regierung des Generalgouvernements und der Zentralkammer das gegenseitige Verhältnis so sei, daß die Zentralkammer im Wege der Verwendung des Stellvertreters des Staatssekretärs in gewissem Sinne der Regierung unterstellt sei, sei das Verhältnis beim Distrikt, in dem lediglich die Personalunion durch den vorsitzenden Gouverneur

gegeben sei, schon lockerer; ein Weisungsrecht des Abteilungsleiters Wirtschaft auf die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft bestehe nicht. Während im Distrikt der Leiter der Abteilung Forsten und der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gleichzeitig der Leiter der Kammer sei, bestehe beim Gewerbe leider die Trennung. Es wäre ausgezeichnet, wenn der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft zugleich der Leiter der Distriktskammer wäre.

Eine starke Verbitterung in das gesamte Personal der Abteilungen Wirtschaft in den Distrikten und bei den Kreishauptleuten bringe die Tatsache, daß ihre Bezüge viel niedriger seien als der in der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft beschäftigten Personen. Es bestehe ein großer Gehaltsunterschied zwischen den Bezügen der Leiter der Abteilungen Wirtschaft der Distriktsbehörden, die doch die Gesamtverantwortung für die Wirtschaftspolitik trügen und mindestens die gleichen Fähigkeiten wie die Leiter der Kammern besitzen müßten, und dem Geschäftsführer der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft in den Distriktskammern. Durch diese Tatsache würde das Personal, das in den Abteilungen Wirtschaft der Distriktsbehörden arbeitete, in die Kammern weggelockt

Während in der Distriktsebene zwischen Kammer und Behörde infolge der Personalunion des Regierungskommissars noch eine lockere Verbindung bestehe, sei in der Ebene der Kreishauptleute überhaupt keine Regelung getroffen. Lediglich auf landwirtschaftlichem Sektor sei nach Kampf der Gouverneure und Kreishauptleute mit Landesbauernführer Körner erreicht worden, daß der Kreislandwirt dem Kreishauptmann unterstehe. Jedoch habe der Kreishauptmann oder sein Amt für Wirtschaft überhaupt keiner/lei Einfluß auf die örtlichen Gliederungen der sogenannten Selbstverwaltung. Das sei von besonderer Bedeutung, da im Gegensatz zur Regierungs- und Distriktsebene in der lokalen Ebene meist polnische Leute die oberste Spitze darstellen. Man könne eben Einrichtungen

aus dem Reich nicht einfach in Gebiete mit fremdvölkischen Bewohnern übertragen. Die Auswirkungen könnten derart werden, daß z.B. ein polnischer Innungsmeister von einem deutschen Frisör die Vorweisung des Meisterbriefes verlangen könne. Auch könne vorkommen, daß der Kreishauptmann gewisse benötigte Materialien, die bewirtschaftet würdan, vom polnischen lokalen Repräsentanten der Gewerblichen Selbstverwaltung anfordern müsse. Er sehe nicht ein, warum nicht der Kreishauptmann der lokale Verteiler von bewirtschafteten Gütern sein könne. Daraus ergebe sich die Frage, in welche Rechtsstellung der Kreishauptmann bzw. sein Amt für Wirtschaft gegenüber den lokalen Faktoren der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gebracht werden solle. Auch sei es zweckmäßig, die da und dort vorhandenen Außenstellen der Kammern formell und vorschriftsmäßig in ein Verhältnis zum Kreishauptmann zu bringen. Desgleichen sei von Bedeutung, daß zumindest der Gouverneur wenn nicht auch der Kreishauptmann von Verhandlungen mit großen Betrieben zwecks Stillegung, Einschränkung oder Förderung der Produktion unterrichtet werde. Die ganze politische Leitung des Distrikts wäre eine mechanische Aktenschreiberei, wenn ~~der~~ [illegible] nicht die gewerbliche Wirtschaftspolitik zu einem Hauptpunkt seines täglichen Interesses machen könne. Gerade in dieser Beziehung werde aber ~~Der~~ [illegible] Einfluß immer mehr und mehr ausgeschaltet.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> faßt die Hauptbeschwerdepunkte von Gouverneur Kundt folgendermaßen zusammen:

All zu starke Zentralisierung der Mitgliederschaft;

Stellung der Gouverneure als Regierungskommissare der Distriktskammern nur fiktiv und nicht in Erscheinung tretend (Ehrenposition);

Zu starke Übertragung behördlicher Zuständigkeiten auf die Kammer;

Totalbetrachtung der Struktur der Kammern und Konstruktion beim Kreishauptmann.

Gouverneur Dr. Wendler schließt sich im großen und ganzen den Ausführungen von Gouverneur Kundt an, erklärt aber ebenfalls, daß er kein Feind der Kammerorganisation sei. Auch nach seiner Erfahrung hätten die Zentralisierungsbestrebungen grossen Umfang angenommen. Die Abteilungen in den Distrikten würden vielfach ausgeschaltet werden. In der Zentralkammer werde z.B. entschieden, was kriegswichtig ist; so sei angeordnet worden, daß im Gebiete des Generalgouvernements die Erfassung sämtlicher Hausverwaltungen zu geschehen habe, während die Bestimmung der Großhändler heute noch nicht erledigt sei. Auch werde direkt in die Wirtschaft hineinregiert, ohne daß der zuständige Kreishauptmann gehört werde. Seine Hauptbedenken richteten sich gegen die übersteigerte Zentralisierung.

Staatssekretär Dr. Boepple räumt in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar der Zentralkammer ein, daß die unteren Stellen der Zentrale die Neigung zeigten, von sich aus in die Distrikte und Kreise hineinzuregieren. Diesen Bestrebungen müsse selbstverständlich entgegengetreten werden. Leider hätten gerade die tüchtigsten Beamten die größte Neigung, sich nach dieser Richtung zu betätigen.

Klar sei, daß die Zentralisierung bei einem eben entstandenen Gebilde zu Anfang stärker sei als nach Einspielung des aufgebauten Apparates. Die Gouverneure hätten aber in ihrer Eigenschaft als Regierungskommissare der Distriktskammern dieselben Rechte wie der Regierungskommissar der Zentrale.

Wer in ihrem Bereich nicht pariere, könne von ihnen gepackt werden. Er werde bei jeder Gelegenheit die Hauptabteilungen, vor allem die Hauptabteilung Wirtschaft aufmerksam machen, daß sie im engsten Kontakt mit den Gouverneuren zu arbeiten hätten; es gehe nicht an, daß der Distriktschef keine Mitteilung von den Anordnungen der Hauptabteilungen bekomme.

Bezüglich der Strafbefugnis gibt der Herr Generalgouverneur seinem Willen Ausdruck, daß das Recht auf Verhängung von Strafen grundsätzlich beim staatlichen Sektor, also bei der Polizei liegen müsse und er gibt diese Erklärung Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh offiziell zur Kenntnis. Weiter weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß es ein unerträglicher Zustand sei, wenn der Kreishauptmann zwecks Erlangung von bewirtschafteten Gütern sich an den zuständigen polnischen Innungsmeister wenden müsse.

Staatssekretär Dr. Boepple kommt dann auf die Betriebsstillegungen zu sprechen. Sie würden in Zusammenarbeit mit der Rüstungsinspektion verfügt. Es sei begreiflich, daß das Vorgehen in dieser Beziehung unbedingt zentral gesteuert werden müsse. Auf Antrag sagt er den Gouverneuren zu, daß sie davon jeweils rechtzeitig Mitteilung erhalten würden.

Gouverneur Kundt erklärt in diesem Zusammenhang, daß nicht einmal die vollständige Unterrichtung der Staatssekretäre von seiten der Hauptabteilungsleiter gepflogen werde. Es würden Erlasse herausgegeben, von dennen die Staatssekretäre nichts wüßten.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet dahingehend, daß die Unterrichtung der Gouverneure auf allen Gebieten durch einen direkten Brief zu geschehen habe, da sie jeder Zeit im Bilde darüber sein müßten, was sich in ihrem Gebiet ereigne. Er for-

dert größere kameradschaftliche Aufgeschlossenheit. Auch müßten alle Hauptabteilungen von sämtlichen Anordnungen in Kenntnis gesetzt werden.

Im Gegensatz zu einer Behauptung von Gouverneur Fischer, daß in seinem Distrikt ohne sein Wissen ein Studienrat versetzt worden sei, erklärt Staatssekretär Dr. Boepple, daß dieser Studienrat in seiner alten Stelle in Warschau Dienst tue.

Bezüglich der von den Gouverneuren gerügten Überbezahlungen in der Kammerorganisation müsse er feststellen, daß die Schreibkräfte absolut korrekt nach der Tarifordnung bezahlt würden. Nur die Bezahlung der leitenden Kräfte sei höher als bei den Beamten des Distrikts. Der Grund hierfür liege darin, daß man die dafür benötigten Fachkräfte aus hochbezahlten Stellungen der deutschen Wirtschaft engagieren müsse.

Die Zulassung von Gewerbebetrieben sei zentral geregelt worden, obwohl es wünschenswert sei, daß der Distriktschef und der Kreishauptmann solche Zulassungen von sich aus machen könnten. Maßgebend dafür sei gewesen, daß im Generalgouvernement sehr viele Handwerksbetriebe gar nicht erwünscht seien; es dürfe z.B. nicht der Fall eintreten, daß ein deutscher Frisör aus Mangel an deutscher Kundschaft Polen bedienen müsse. Daher sei die zentrale Lenkung dieser Angelegenheit nötig.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Anschauung Ausdruck, daß es genügen müsse, wenn die Zentrale den Distriktsstellen allgemeine Anweisungen gebe, daß sie z.B. erkläre, so und soviele Betriebe könnten zugelassen werden. Auf diese Weise könne sie sich von sehr viel Kleinkram befreien.

Zur Frage der Mitgliedsbeiträge (nach Ansicht von Gouverneur Wendler hat ein Mitglied Beiträge an 2 verschiedenen Stellen zu entrichten) äussert Staatssekretär Dr. Boepple , dass zwischen der Wirtschaft und der Ernährung und Landwirtschaft ein Abkommen getroffen worden sei, dem zufolge in Fällen, in denen ein Betrieb bei Beiden verankert sei, nur ein Beitrag bezahlt werden müsse. Er werde Nachforschungen über die Einhaltung dieser Abmachung anstellen. Für die Festsetzung der Höhe der Beiträge schalte er den Preiskommissar, die Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilung Wirtschaft, ein, sodass 3 Kontrollinstanzen darüber bestimmen würden.

Staatssekretär Dr. Boepple verspricht, eine nochmalige zusammenfassende Darstellung der Aufgaben der Zentralkammer an die Gouverneure zu übersenden.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh regt die Verkündung der Beitragsordnung im Amtlichen Anzeiger an, der der Herr Generalgouverneur befürwortend zustimmt.

Dr. Freiherr von Gregory nimmt dann in eingehenden Ausführungen Stellung zu der Organisation der Zentralkammer und zu den von den Gouverneuren vorgebrachten Beschwerden.

Einleitend spricht er sich für die Notwendigkeit der Kammerorganisation aus. Im Generalgouvernement benötige der Staatsapparat ebenfalls eine Ergänzung durch eine Hilfsorganisation , wie sie die Selbstverwaltungskörperschaft darstelle. Diese müsse alle kleinen Aufgaben durchführen, damit sich der Staatsapparat unbelastet seinen richtigen hoheitlichen Aufgaben widmen könne. Eine fremdvölkische Wirtschaft bedürfe in viel stärkerem Masse als eine rein deutsche Wirtschaft der Erziehung und Betreuung. Man müsse

nur dafür sorgen, dass diese Organisation restlos mit dem Staatsapparat zusammenspiele und nicht ihren eigenen Weg gehe und dass der Staatsapparat über alle Geschehnisse den genügenden Überblick habe. Er sei sich darüber klar, dass bei demm schwierigen Aufbau der Kammerorganisation Reibungen und unerfreuliche Zustände aufgetaucht seien, hoffe aber ebenso sehr, dass sich diese Reibungen zusehends würden beseitigen lassen. Man habe im Generalgouvernement eine ganz moderne Organisation aufgezogen, die für das Reich Vorbild gewesen sei; denn die Gauwirtschaftskammern des Reiches seien letzten Endes eine Nachahmung der Organisation, die man vor einem Jahr im Generalgouvernement ins Leben gerufen habe.

Nach seiner Überzeugung sei diese Organisation als Erziehungsorgan für die Polen notwendig. Zweckmässig sei es , im Generalgouvernement in einer auf die politischen Verhältnisse abgestimmten Organisation ein Instrument in der Hand zu haben, das auch von der Front her dem Regierungsapparat Meldung erstatten könne, auf Schwierigkeiten hinweisen würde, die durch staatliche Massnahmen entstanden seien, und auch eine gewisse treuhänderische Fürsorge für die Wirtschaftsorgane gegenüber dem Staat darstelle. Im besonderen Masse müsse das für die im Lande lebenden deutschen Unternehmer zutreffen. Auch für die polnischen und sonstigen Unternehmer müssten die in dieser Organisation stehenden Deutschen in gewissen Grenzen sorgen; das dürfe freilich niemals in der Öffentlichkeit geschehen. Selbstverständlich hätten nur die Regierungsorgane das Recht, die Brechtigung von Beschwerden bezw. die Abstellung anzuerkennen oder zu verfügen.

Während im Reich noch immer die Gauwirtschaftskammern bis zu einem gewissen Grade neben der Fachorganisation herliefen, habe man hier den Zustand

erreicht, dass die Distriktshauptgruppe eine Einheit darstelle, aber doch in zwei Teile geteilt sei, nämlich einen, der die gesamtwirtschaftlichen Aufgaben zu vertreten habe, und einen fachlichen Teil, der als Unterorganisation der zentralen Fachorganisation in der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft in der Distriktskammer, die grösstenteil zentral zu lösenden fachlichen Dinge auszuführen habe. Die meisten Schwierigkeiten kämen davon her, dass unten in den Distrikten dieser fachliche Teil mit dem gesamtwirtschaftlichen Teil in der Distriktshauptgruppe noch nicht genügend zusammenspiele. Die Hauptaufgabe der Leiter der Distriktkammern müsse die Erreichung des Zusammenspielens der fachlichen und gesamtwirtschaftlichen Organisation sein.

Der Distriktsleiter habe die Pflicht, den Regierungskommissar (Gouverneur) ständig auf dem Laufenden zu halten. Sache des Regierungskommissars sei es, diese Unterrichtung selbst unter Androhung der Absetzung vom Distriktsleiter zu erreichen. Die Tätigkeit von Dr. Wenischnigger in Krakau und Dr. Gurski in Lemberg gäben in dieser Beziehung zu keinen Beanstandungen Anlass.

Die Schwierigkeiten, die gesamtwirtschaftlichen und fachlichen Aufgaben in Gleichklang zu bringen, rührten vor allem davon her, weil im Generalgouvernement bislang eine Fachorganisation nicht bestanden hätte; sie sei erst im März 1941 durch Verordnung geschaffen worden und müsse sich erst einspielen. Verzichten könne man auf diese Fachorganisation nicht, da fachliche Aufgaben, die im Wesentlichen nur zentral mit der Hauptabteilung Wirtschaft gelöst werden könnten, nicht in den 5 Distrikten verschiedenartig angepackt werden dürften. Die Aufgabe der Distriktskammern sei es, die gesamtwirtschaftlichen Interessen des Distriktes zu wahren und daneben auch die fach-

lichen Aufgaben, deren Lösung zentral geschehen müsse, durchzuführen. Die Zentralkammer gebe die fachlichen Weisungen, die in der Distriktshauptgruppe mitausgeführt würden. Selbstverständlich sei es, dass der Hauptleiter in der Distriktsgruppe unterrichtet sein müsse. Er habe auch die Pflicht, den Gouverneur als den Distriktskommissar in allen Dingen zu unterrichten.

Im Gegensatz zur Meinung von Gouverneur Kundt müsse festgestellt werden, dass die Distriktshauptgruppe einen eigenen Haushalt zur Verfügung habe. Die Zentrale stehe auf dem Standpunkt, dass ebenso wie der Staatshaushalt auch der Haushalt der gesamten Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine Einheit darstellen müsse, in der für die 5 Distrikte Unterhaushalte beständen. Dieser Unterhaushalt werde vom Distriktsgruppenleiter aufgestellt, der ihn mit dem Distriktskommissar abstimmen müsse. Der Distriktskommissar habe ihn nach Bewilligung dem Regierungskommissar der Zentralkammer vorzulegen; er könne also bei der Aufstellung des Distriktshaushaltes jederzeit seinen Einfluss geltend machen.

In der Beitragsfrage habe man im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich einen Fortschritt insofern erzielt, dass im Generalgouvernement ein Mitglied nur einen Beitrag zu leisten habe. Der Beitrag werde nicht zentralistisch und willkürlich erhoben. Im Ganzen seien im Gebiete des Generalgouvernements 168 500 Betriebe erfasst. Die Beiträge würden mit Ausnahme derjenigen der Industriebetriebe und der wenigen Banken-und Versicherungsbetriebe (41) in den übrigen Gruppen dezentral, in den Distrikten eingezogen. Sie würden in die Kasse der Distriktskammern fliessen, die sich davon die Mittel für ihren Haushalt zurückbehalten können und nur den Rest an

die Zentrale abzuführen hätten. Die Zentrale ziehe also vielleicht ein Drittel der Beiträge ein. Für die zentrale Einziehung der Beiträge in der Gruppe Industrie habe die Überlegung der Beshhaffung der nötigen Geldmittel für die Zentrale eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Ausserdem verfügten die Distriktsgruppen als Rechtsnachfolger der Polnischen Industrie-und Handelskammern noch über zusätzliche Einnahmen. In den nächsten Tagen werde dem Regierungskommissar der Zentralkammer, Staatssekretär Dr. Boepple, eine Gebühren-und Beitragsordnung vorgelegt werden, über die dann die Regierung ihre Entscheidung treffen könne. Mit diesem elastischen Verfahren sei der Finanzhoheit der Distriktsgruppen genügend Rechnung getragen.

Erstaunt sei er über die Beschwerde, dass der Distriktsgruppenleiter nicht wisse, wer bei ihm Mitglied sei. Jedes erfasste Mitglied werde in der Zentralkartei und in den 5.Teilkarteien der Distrikte geführt; die Erfassung der Betriebe geschehe über den Distrikt; nur bei der Gruppe Industrie sei das Verfahren umgekehrt, da eine zentrale Erfassung dieser Betriebe an Hand der Bewirtschaftungsstellen leicht durchgeführt werden könne. In diesem Falle mache die Zentrale aber Meldung an dem für diesen Betrieb zuständigen Distrikt.

Auch nach dem Sinne der Verordnung sei der Einfluss der Regierungskommissare in den Distrikten gewährleistet. Der Regierungskommissar könne sich fortlaufend durch den Hauptgruppenleiter im Distrikt unterrichten lassen. Denkbar sei, dass der Distriktsgruppenleiter nicht immer über die Geschehnisse in den Fachgruppen orientiert sei. Sobald ihm ein solcher Mangel bekannt würde, würde er durchgreifen, wie er immer den Herren zur Pflicht mache, ihre Hauptgruppenleiter zu unterrichten.

Dr.Freiherr von Gregory bittet dass Gouverneur Kundt um Entschuldigung dafür, dass er eine persönliche Fühlungnahme mit ihm unterlassen habe und erklärt diese Tatsache mit grosser Arbeitsüberlastung beim Aufbau der gesamten Apparatur. Beim Besuch eines Distrikts werde er immer dem Gouverneur und dem Distriktsleiter der Abteilung einen Besuch abstatten.

Übertragung von Behördenfunktionen an die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung:

Auch im Reich habe man zur Entlastung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung Bewirtschaftungsmassnahmen (Verteilung von Klein-und Kleinstmengen) weitgehend den Bewirtschaftungsstellen übertragen. Selbstverständlich sei es, dass die Unterabteilung Distrikt über eine solche Massnahme unterrichtet werde. Wenn gesagt worden sei, dass der Kreishauptmann beim polnischen Innungsmeister um Zuteilung von bewirtschafteten Material einkommen müsse , so weise er darauf hin, dass das nicht ganz zutreffend sei, denn diesen Weg habe nur der polnische Handwerker, dem der Kreishauptmann einen Auftrag erteilt habe, zu gehen.

Das Strafrecht sei vielleicht in seiner jetzigen Höhe nicht nötig. Bis jetzt habe man es auch noch nicht angewandt. Im Reich betrage die oberste Grenze 5000.-RM. Bei der Festsetzung der Höhe im Generalgouvernement sei davon ausgegangen worden, dass es viel schwieriger sei, fremdvölkische Unternehmer in Ordnung zu halten. Er würde die Befreiung von dieser Strafbefugnis nur begrüssen.

Zu der Forderung " Verbindung zwischen dem Leiter der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft in den Distrikten und dem Leiter der entsprechenden Distriktsabteilung" müsse er sagen, dass die Arbeit bei der Herren soviel Arbeitskraft beanspruche, dass ein Einziger beide Arbeitsgebiete nicht bewältigen könne. Darüber hinaus sei es wünschenswert, dass eine gewisse Polarität be-

stehe. Auch er betrachte es als einen unerwünschten Zustand, dass deutsche Betriebsführer polnischen Innungen angehörten. In vielen Kreisen gäbe es aber so wenig deutsche Handwerker, dass man dafür nicht eine besondere Organisation schaffen könne. Gelöst sei diese Frage an Orten, an denen der Deutsche der Leiter der polnischen Innung sei. Man plane die Zusammenfassung aller deutschen Unternehmer in Distrikts-bezw.Kreisinnungen.

Dr.Freiherr von Gsregory geht zum Schluss noch auf einige kleinere Beschwerden der Gouverneure (Anstellung von Untersuchungen der Fachgruppe Steine und Erde, Betriebsstillegungsfragen usw.) ein und erklärt dabei, dass diese Arbeiten von der Zentralkammer nur im Auftrage des entsprechenden Referats der Hauptabteilung Wirtschaft durchgeführt würden. Die Zentralkammer fälle in diesen Dingen keine Entscheidung , sondern behandle sie nur vorbereitend und gutachtlich. Mit noch nicht 120 deutschen Angestellten müsse die Kammer für 168 500 Betriebe einstehen.

Der Herr Generalgouverneur dankt Freiherrn von Gregory für seine eingehende Stellungnahme und ersucht die Vertreter der Regierung um Abgabe ihres Standpunktes.

Ministerialrat Plodeck erklärt, dass die Organisation der gewerblichen Wirtschaft grundsätzlich zu begrüssen ist. Sie müsse dazu da sein, die Mittelstellung zwischen der rein staatlichen Führung der Wirtschaft und der eigentlichen Wirtschaft herstellen. Vermieden müsse aber, was in dieser Besprechung überzeugend zum Ausdruck gekommen sei, das zunehmende Abgleiten von behördlichen Aufgaben auf die wirtschaftliche Selbstverwaltung. Ansätze dazu müssten radikal beseitigt werden. Den Anregungen der Gouverneure werde man weitgehend folgen müssen. Daher seien Überlegungen anzustellen, inwieweit

die Gouverneure und ihre Wirtschaftsabteilungen mit mehr Durchschlagskraft als bisher in die Abwicklung der Arbeit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft einzuschalten seien. Er sei der Auffassung, dass immer noch die Führung bei der staatlich organisierten Wirtschaft liegen müsse und dass daher die Organisation der gewerblichen Wirtschaft nur ein Hilfsorgan darzustellen habe. Auch von Gregory habe die gleiche grundsätzliche Auffassung; er habe zugegeben, dass sich Dinge ereignet hätten, die nicht seine Billigung fänden. Nach seiner Meinung würden sich diese Reibungen in internen Besprechungen beseitigen lassen.

Ministerialrat Dr.Siebert sieht die 3 ihm interessierenden Fragen " Strafrecht, Verhältnis der Kammer zum Kreishauptmann und Verhältnis der Polen zu den Deutschen " als geklärt an.

Bankdirigent Paersch stellt Vergleiche mit der Wirtschaftorganisation des Reiches an und kommt zu dem Schluss, dass die im Generalgouvernement gefundene Form im Grunde richtig sei. Jetzt drehe es sich nur darum, die innerhalb des eineinhalbjährigen Ablaufes dieser Einrichtung gesammelten Erfahrungen der Organisation anzupassen. Für diese Zwecke schlage er die Einsetzung eines kleinen Ausschusses, in dem der Regierungskommissar, der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, ein Gouverneur und eventuell andere vertreten sein sollten, vor.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky schliesst sich den Ausführungen seines Vorredners an. Auch er habe in der Finanzverwaltung die besten Erfahrungen gemacht. Zweckmässig scheine ihm die Herstellung einer gewissen örtlichen Nähe und die Verlagerung der Probleme

in die Distriktsinstanzen auf dem Gebiete der Kammerorganisation. Durch die Zentralkammer könnten Erfahrungen und allgemeine Richtlinien in die Distrikte hinausgegeben werden. Vom Standpunkt der Finanzverwaltung müsse er grössten Wert darauf legen, dass in der Beitragsleistung nicht zu starke Belastungen der Wirtschaft einträten; Man müsse erreichen, dass der Zweck mit den geringsten finanziellen Mitteln erreicht werde. Gleichzeitig müsse er aber vor der Gefahr warnen, die darin liege, dass Erhebungen zur Erlangung von Entscheiduhgen, was kriegswichtig sei, bis nach unten in die Kreise gingen. Aus diesem Sektor heraus könnten wertvolle Nachrichten an die polnische Widerstandsbewegung fliessen. Polnische Organisationen auch im Kleinen ohne unmittelbare deutsche Aufsicht und Führung stellten immer eine gewisse Gefahr dar.

Der Herr Generalgouverneur ersucht am Schluss der Sitzung Staatssekretär Dr. Bühler, alle beachtlichen Mommente der beiden Parteien, die in der vorangegangenen Aussprache vorgetragen worden sind, zusammenzuschmelzen und in einer Ergänzung zur Zentralkammerverordnung niederzulegen, und spricht sein Vertrauen darüber aus, dass eine gesunde Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Regierungsinstanzen und der Kammer stattfinden wird.

Schluss der Sitzung 12.05

Polizeisitzung

im Königssaal der Burg zu Krakau

am 18. Juni 1942.

Ausgefertigt in 2 Exempl.

1. Z.den Akten d. Kanzl. des GG.eurs.

2. Staatssekr. Dr. Bühler

Anwesenheitsliste

für die Polizeisitzung

am 18. Juni 1942 Vorm. 10 Uhr

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]		
[illegible]		
Boepple		
[illegible]	SS u. Pol.-Führer [illegible]	
[illegible]	– " –	
[illegible]	Amtschef	Generalgouverneur Lublin
[illegible]	SS u. Pol. F. Krakau	
[illegible]	" " Radom	
[illegible]	BdS Krakau	
[illegible]	SS-Polizei St. Arzt	
[illegible]	Befehlsh. d. Ordn. Pol.	
[illegible]	Amtschef	Lublin

IV/9

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Losacker	Amtschef	Lemberg.
[illegible]	Amtschef	Warschau
[illegible]	Abt. Leiter Inn. Verw.	Radom
Dr. Weh	Leiter d. Amts für Gesetzgebung	Regierung
Siebert	Min. Rat	Hauptabtl.
Bühler		Regierung

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren! Ich freue mich sehr, daß ich Sie in der heutigen Sitzung begrüßen kann und mir und uns allen Gelegenheit gegeben ist, im Zusammenhang über die großen Fragen, die sich aus der allgemeinen Verwaltung des Generalgouvernements und der Sicherheitslage ergeben, zu sprechen.

Die Situation des Generalgouvernements in ihrem äußeren Aufbau hat in den letzten Wochen einen entscheidenden Abschluß dadurch erfahren, daß zwischen dem Reichsführer SS Himmler und mir eine endgültige Vereinbarung über die Position des Sicherheitswesens im Generalgouvernement getroffen wurde, die auch die Billigung des Führers gefunden hat. Auf Grund dieser Vereinbarung wird im Generalgouvernement ein Staatssekretariat für das Sicherheitswesen errichtet, mit dessen Leitung der Höhere SS- und Polizeiführer Parteigenosse Krüger beauftragt worden ist. Im Zusammenhang damit habe ich dann mit Reichsführer SS Himmler eine Vereinbarung getroffen, die gewisse Streitfragen, die öfter aufgetaucht sind, bereinigt.

(Der Herr Generalgouverneur verliest den Text dieser Vereinbarung).

Wichtig ist in dieser Vereinbarung vor allem die Regelung der Befehlsgewalt: der Reichsführer SS kann dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen Befehle erteilen, vor deren Vollzug allerdings mein Einverständnis einzuholen ist. Andererseits habe ich mich verpflichtet, Polizeiverordnungen nur im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler zu erlassen.

Damit sehe ich nun den Aufbau des Generalgouvernements als eines Nebenlandes des Großdeutschen Reiches äußerlich für abgeschlossen an. Danach haben die inneren organisatorischen Probleme für die Dauer des Krieges ganz allgemein hinter die großen uns beschäftigenden Probleme zurückzutreten. Diese großen Probleme werden in der nächsten Zeit manche Schwierigkeiten für uns bringen.

Ich habe nun den Plan gefaßt, die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger um die Einberufung dieser Sitzung zu bitten, weil es meine Absicht ist, eine solche Sitzung mit den unmittelbaren Sachbearbeitern der Distrikte zu wiederholen. Das Maß der Arbeit, die auf den Herren der Ämter wie der Sicherheit liegt, ist mir wohl bekannt. Ich weiß, welche ungeheure Verantwortung sie draußen in den Distrikten zu tragen haben; das wissen auch die Herren der Regierung und des Staatssekretäriats für das Sicherheitswesen. Ich möchte den Herren daher von seiten der Verwaltung und auch der SS-Führung meinen herzlichsten Dank für die wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die sie leisten. Damit verbinde ich aber auch die Erwartung, daß im Verfolg dieser Neuregelung gewisse persönliche Schwierigkeiten, die sich vielleicht gezeigt haben, zurückgestellt werden. Trotz der bedrohlichen Situation, in der sich doch manchmal gewisse Bereiche des Generalgouvernements bis jetzt befunden haben, ist es geglückt, hier eine Ordnung aufzurichten. Wir können feststellen, daß die allgemeine Situation im Generalgouvernement wesentlich günstiger ist als die in anderen Gebieten. Dem unermüdlichen und tapferen Zugreifen unserer Sicherheitsorgane, dem vernünftigen und logischen Gefüge des Regierungssystems ist zu danken, daß wir die Riesenaufgabe meistern konnten, 18 Millionen Fremdvölkischer unter deutscher Autorität zusammenzufassen. Ganz allgemein gesehen ist diese Aufgabe

bisher von niemandem in einer solchen Form gelöst worden.

Wenn wir die Kriterien und kritischen Stimmen, die sich in den letzten Monaten da und dort, etwas künstlich aufgebauscht, gegenüber dem Generalgouvernement gehäuft haben, prüfen, so können wir sie auf betrübliche Einzelerscheinungen zurückführen, die liquidiert sind oder liquidiert werden können. Ich muß aber doch auch feststellen, daß sich die weitaus überwiegende Masse der Deutschen im Lande wirklich hervorragend bewährt hat. Man muß das immer wieder sagen, weil es ja viel leichter ist, von außen her über uns mit Fehlvorwürfen herzufallen, als das nachzumachen, was wir aus Schmutz, Unordnung und Verwahrlosung aufgebaut haben. Vor allem darf ich feststellen, daß hinsichtlich der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements, abgesehen von einer traurigen Ausnahme, doch eigentlich in keiner Weise irgendwie der Schatten eines Verdachtes über uns geworfen werden könnte. Abgesehen von jenen Erscheinungen, die mir einige Sorge bereitet haben, kann ich doch zu meiner Freude erklären, daß die Gesamthaltung des Staates und dieses Landes gerade angesichts dieser Schwierigkeiten überraschend gut war.

Das Verhältnis zur Wehrmacht ist im allgemeinen sehr gut. Allerdings muß ich in diesem Kreise sagen, daß sich für uns im Hinblick auf die Wehrmacht zur Zeit zwei Umstände sehr unangenehm bemerkbar machen. Zunächst einmal muß man bei der Truppe eine Schwächung der allgemeinen Disziplin, vor allem bei ihrem Verhalten in Lokalen, Gaststätten usw. ~~zeigt~~. Ich habe fast den Eindruck, daß Offiziere der Wehrmacht eine Scheu haben, unmittelbar einzugreifen, aus der Befürchtung heraus, sie könnten sich nicht genügend durchsetzen. Ob das

nun alles Frontsoldaten sind, die diese Disziplinlosigkeit zeigen, möchte ich noch bezweifeln; ich glaube beinahe, daß manchmal sehr viel Etappe dabei ist. Auf diese Frage werde ich vielleicht noch zurückkommen, weil ich Sie bitten möchte, mir Berichte darüber zu erstatten.

Der zweite Umstand, der sich unangenehm bemerkbar macht, liegt darin, daß wir hier verschiedene <u>Militärbefehlsbereiche</u> haben, einmal in Gestalt des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement, zum anderen in Gestalt des eigentlich schon friedensmäßig aufgezogenen Luftgaukommandos, endlich in Gestalt der unmittelbaren Truppenführung der durchmarschierenden Kolonnen, die weder von der einen noch der anderen Stelle abhängig sind und, da sie nur kurze Zeit im Generalgouvernement bleiben, meistens nicht so diszipliniert sind, daß sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung besonders brauchbar wären. Diese Entwicklung macht mir Sorge, weil die Anforderungen, die seitens des Reiches für Bereitstellung von Öl, Nahrungsmitteln, Pferden, Unterkunft, Verpflegung an das Generalgouvernement gestellt werden, ununterbrochen steigen. Trotz aller Hinweise auf die völlige Erschöpfung unseres Gebietes erhalte ich fast jeden Tag von einer Berliner Zentrale einen Brief, wir sollten mit Pferden aushelfen oder das und das zusätzlich liefern. Neuerdings kam wieder ein Hilferuf aus Lublin, wo für die Wehrmacht 4000 t Kartoffeln verlangt wurden.

Wir werden also in den kommenden Monaten in große Schwierigkeiten geraten. Das ist nun allerdings auch das Zentralproblem insofern, als Sie bedenken müssen, daß man, ohne uns zu fragen, einfach von Berlin aus den Sold der Truppe im Osten verdoppelt. Jeder Soldat erhält jetzt 4 Zloty je Mark, die er hier ausgeben oder nach Hause schicken oder mit denen er etwas kaufen will. Weiter hat mir das Reich nunmehr ganz offiziell mitgeteilt, wie dort

die Schwierigkeiten eingeschätzt werden und daß aus dem Generalgouvernement unbedingt auch noch Lebensmittel ins Reich geschafft werden müßten. Sie sehen also, vor welchen massierten Schwierigkeiten wir in den nächsten Monaten stehen werden. Das gemütliche Leben im Generalgouvernement ist vorbei, und Sie, Herr General Becker, werden wohl auch bestätigen, daß es früher hier gemütlich war.

Ich hatte Gelegenheit, am 23. Mai dieses Jahres zu einer entscheidenden Besprechung vom Führer empfangen zu werden und mit dem Führer die gesamten Probleme des Generalgouvernements eingehend zu erörtern. Dabei war die Feststellung sehr beachtlich, daß der Führer voller Anerkennung für die Leistungen des Generalgouvernements ist. Er hat das in schönsten Worten zum Ausdruck gebracht und gesagt: "Es ist doch eine großartige Arbeit, daß es geglückt ist, aus diesem Lande in zweieinhalb Jahren einen so wertvollen Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen." Und das ist ja auch spürbar. Denken Sie nur einmal daran, daß eine halbe Million Liter Wodka und 150 Millionen Zigarretten an die Ostfront aus dem Generalgouvernement geliefert worden sind. Wenn man weiter bedenkt, daß zusätzlich noch große Ernährungslieferungen für die Ostfront von seiten des Generalgouvernements getätigt worden sind, wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement verstärkt worden ist, daß wir 750 000 Arbeiter trotz alledem ins Reich vermittelt haben, daß die Ostbahn imstande war, ihre Transportleistungen restlos zu erfüllen usw., so darf man wohl zufrieden sein, daß es von einigen Sabotagefällen abgesehen geglückt ist, die Ordnung und den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten.

Alles das wird vom Führer anerkannt, und er verpflichtet uns zu weiteren Leistungen. Ich bin stolz und froh über diese Anerkennung des Führers

und möchte nicht verfehlen, an Sie den Ihnen gebührenden Anteil an dieser Anerkennung des Führers weiterzuleiten. Diese Anerkennung gilt nämlich unserer Gemeinschaftsarbeit. Ich nehme hier keinen aus, wenn auch manchmal Schwierigkeiten persönlicher Art aus der Nervenkrise dieser Zeit emporsteigen. Jeder, auch der mit den stärksten Nerven gewappnete wird im Laufe der Zeit doch von den dauernden Sorgen und Nöten angegriffen. Wenn man das alles in Rücksicht zieht, dann können wir mit Stolz an unsere Arbeit denken.

Bevor ich den Herren aus den Distrikten zu Ihren Berichten das Wort gebe, möchte ich noch eine Frage erörtern, die mit der Sicherheitslage im Distrikt Lublin zusammenhängt. Darüber sind mir verschiedene Nachrichten zugegangen.

Staatssekretär Krüger führt aus, daß die Sicherheitslage im Generalgouvernement auf den ersten Blick natürlich ernst erscheine, wenn man die zahlreichen Meldungen von Gewalttaten, Raubüberfällen und allen möglichen anderen Ereignissen dieser Art höre, die sich vor allem in den letzten Monaten zugetragen hätten. Solche Erscheinungen seien ja letzten Endes nicht nur Kriegserscheinungen, sie seien eigentlich im polnischen Raum früher immer bekannt gewesen. Man habe ihnen seinerzeit nicht so starke Beachtung geschenkt, sei dazu auch nicht genötigt gewesen, da man mit den Truppen der Ordnungspolizei jede Maßnahme habe ergreifen können. Er persönlich bedauere im Rückblick auf diese Zustände, daß man sich seiner Zeit doch wohl zu stark mit der Frage der Dislozierung der Gendarmerie befaßt, weniger an die Zukunft gedacht und sich nicht die Polizeibataillone erhalten habe, die heute praktisch fehlten. Heute werde jedes Polizeibataillon dringend gebraucht. Ostwärts vom Generalgouvernement seien die Verhältnisse noch viel schlimmer

als im Generalgouvernement.

Trotz alledem bestehe grundsätzlich kein Anlaß, infolge dieser schwierigen Sicherheitslage im Generalgouvernement überbesorgt zu sein. Er bitte deshalb vor allem die Distriktschefs bzw. die Amtschefs der Distrikte, dafür zu sorgen, daß nicht unnötig Unruhe in das Gebiet hineingetragen werde und vor allem durch Gerüchtemacherei nun der Eindruck entstehe, als ob man sich heute auch bei Tage gar nicht mehr irgendwie in dem Gebiet bewegen könne. Die nun seit Monaten schon bestehende Unruhe sei praktisch dadurch entstanden, daß im Herbst vorigen Jahres Hunderttausende von russischen Kriegsgefangenen in Lagern Unterkunft fanden und die Kräfte der Wehrmacht für die Bewachung der Kriegsgefangenen zu schwach waren. Angesichts der Tatsache, daß man für die Ernährung der Kriegsgefangenen nicht genügend Vorsorge getroffen habe, seien die Kriegsgefangenen aus den Lagern ausgebrochen. Diese Elemente hätten sich dann zu vielen Hunderten während des Winters in Gegenden verzogen, in die man verkehrsmäßig nicht gelangen könne. Sie hätten sich mit der Bevölkerung verständigt oder die Bevölkerung gezwungen, ihnen während des Winters Unterkunft, Nahrung usw. zu geben.

Im Frühjahr sei dann die Unruhe etwas stärker geworden. Man habe zunächst im Gebiet des <u>Distrikts Lublin</u> zugegriffen. Die Partisanen würden nach den Beobachtungen der Sicherheitspolizei irgendwie zentral geführt und gelenkt, was naturgemäß ihre Bekämpfung erschwere. Andererseits verfüge man nicht mehr über die Zahl von Polizeikräften, deren es bedürfte, um ein solches Gebiet planvoll durchzukämmen und die Partisanen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Tatsächlich seien auch in dieses Gebiet Fallschirmabspringer gekommen, die in Verbindung mit dem Ausland, d.h. mit Moskau ständen und nun versuchten, durch Sabotageakte die Verbindungen und rückwärtigen Linien des Nachschubs für die

Wehrmacht zu stören. Angesichts der Vorgänge der letzten drei Wochen könne man jedoch zufrieden sein, daß es den Partisanen nicht gelungen sei, ob mit oder ohne Hilfe der polnischen Bevölkerung, das durchzuführen, was sie geplant hätten. Man habe weiter festgestellt, daß sich infolge des Eingreifens der Polizei diese Banden und Partisanen, unruhig geworden, aus dem Lubliner Gebiet langsam nach Süden verzogen hätten. Er habe einige Meldungen aus dem Distrikt Galizien, daß in der Gegend von Rawa Ruska und Sokal die ersten Partisanen aufgetreten seien. Er habe zunächst als vorbeugende Maßnahme dem Befehlshaber der Ordnungspolizei den Auftrag erteilt, in Gemeinschaft mit den zuständigen Polizeiführern dafür zu sorgen, daß die Partisanen keine Unruhe in den Distrikt Lublin brächten und möglichst nach Süden abgeriegelt würden. Wahrscheinlich werde vielleicht in 14 Tagen eine größere Aktion durchgeführt werden, für die weitere Polizeibataillone vorübergehend zur Verfügung gestellt würden. Auch habe ihm Generalleutnant Moser, der Stellvertreter des MiG, seine ganze Unterstützung für die Partisanenbekämpfung zugesagt. Voraussichtlich werde im südlichen Teil von Lublin und im nördlichsten Teil des Distrikts Lemberg ein Großeinsatz durchgeführt werden. Man hoffe, mit dem Einsatz dieser Polizeikräfte und von Truppenteilen die Partisanen nach Osten abdrängen zu können. Wesentlich sei aber zunächst, daß die Hauptstraßen Lublin - Lemberg und Lemberg - Osten gesichert seien und keine Überfälle auf Lastautos usw. mehr stattfänden. Es sei natürlich nicht möglich, in einem Raum von dieser Ausdehnung eine Aktion durchzuführen, wie man sie seinerzeit im Frühjahr 1940 bei Konskie durchgeführt habe. Damals habe er zur Überwältigung von einigen hundert Männern Regimenter der Waffen-SS und der Polizei einsetzen können. Eine solche Aktion könne man heute nicht durchführen, ganz abgesehen

davon, daß eine wirksame Bekämpfung der Partisanen ganz andere Mittel voraussetze.

Von größter Bedeutung sei es, daß nicht infolge der Vorgänge in diesem Gebiet unnötige Unruhe entstehe und die erschütternsten Märchen und Gerüchte weiterverbreitet würden. Aus Meldungen gehe hervor, daß angesichts der Unsicherheit im Distrikt Lublin kaum noch ein Auto zu sehen sei. Aber die SS-Führer seien zu Tage und zu Nacht hinausgefahren, ohne daß ihnen etwas geschehen sei. Mit Überfällen auf Autos müsse man selbstverständlich immerrechnen. Es sei sehr schwer, jede einzelne Partisanengruppe zu erfassen. Man müsse vor allem die Führer der Partisanen aus ihren Schlupfwinkeln herausholen, und die Taktik der Polizei, der Gendarmerie und der Wehrmacht müsse dahin zielen, die beabsichtigten Gewalttaten der Partisanen nach Möglichkeit zu vereiteln.

Er habe mit dem Militärbefehlshaber auch darüber gesprochen, daß in den kommenden Wochen 450 000 Kriegsgefangene durch das Gebiet des Generalgouvernements hindurchgeschleust werden sollten; sie würden dann entlaust und weitertransportiert werden. Darin liege natürlich auch ein erhöhtes Gefahrenmoment. Der Militärbefehlshaber wolle aber dafür sorgen, daß das Ausladen, das Umladen, der Marsch zu den Lägern und der Aufenthalt der Kriegsgefangenen so gesichert und bewacht werde, daß man hoffen könne, diese Kriegsgefangenen, die als Arbeiter ins Reich verschickt werden sollten, ordnungsgemäß weiterzutransportieren.

Amtschef Oberregierungsrat Engler berichtet von den im Distrikt Lublin durch Partisanen und Banditen verübten Überfällen. Besonders in den Kreisen Samocz und Rubieszow habe sich die Lage so verschärft, daß sogar die Leiter der Kreisgüter zurückgezogen werden mußten und bei den Außenstellen der Forstämter die Arbeit vielfach nicht mehr geleistet werden kann.

SS-Brigadeführer Globocznik betont demgegenüber, daß die Forstproduktion in keiner Weise behindert sei. Die Tatsache, daß Leiter von Liegenschaftsgütern ihre Posten verlassen hätten, zeige nur, daß es sich bei ihnen nicht um beherzte Menschen handle, die die Pflicht in sich fühlten, auf ihrem Posten bis zum letzten auszuharren. Man müsse die Lage insgesamt betrachten und könne dann feststellen, daß bei solchen Überfällen lediglich einige Sägewerke und einige Höfe abgebrannt seien.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem darauf gesehen wissen, daß die Autorität der Behörde unter allen Umständen aufrecht erhalten werde. Für die Autorität des Staates wäre es selbstverständlich unerträglich, wenn von seiten der Behörden irgendwelche Positionen aufgegeben würden.

Oberregierungsrat Engler stellt fest, daß sich bisher behördliche Stellen wie etwa Kreishauptmannschaften nicht von ihren Posten zurückgezogen hätten. Immerhin sei aber zu bedenken, daß solche Ereignisse auch eine politische Bedeutung insofern hätten, als bei der polnischen Bevölkerung langsam der Gedanke aufkommen könne, die deutsche Verwaltung sei nicht imstande, gegen das Banditenunwesen wirklich durchgreifende Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erkennt die schwierige Situation an, besteht aber darauf, daß diese Schwierigkeiten mit aller Energie bekämpft würden. Er müsse unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Autorität des Staates mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde. Wenn es nicht anders möglich sei, müsse eben eine Art deutschen Landsturms aufgestellt werden. Es dürfe unter gar keinen Umständen dahin kommen, daß eine deutsche Dienststelle sich von ihrem Posten sich zurückziehe. Das würde eine Niederlage der deutschen Autorität gegenüber der polnischen Bevölkerung bedeuten, die ja nur auf solche Gelegenheiten warte.

SS-Brigadeführer Globocznik weist in diesem Zusammenhang auf die unschlüssige Haltung der polnischen Bevölkerung hin, die zunächst nicht gewußt habe, ob sie sich den Banditen anschließen sollte. Heute könne aber ~~schon~~ erfreulicherweise festgestellt werden, daß sich die Polen vielfach schon selber gegen die Banditen zur Wehr setzten, daß sie auch dem Nachrichtendienst sich gern zur Verfügung stellten.

Der Umstand, daß Oberregierungsrat Engler noch von verschiedenen Überfällen auf Beamte und Reichsdeutsche zu berichten weiß, veranlaßt Staatssekretär Krüger zur Feststellung, daß angesichts der gegenwärtigen Lage eine Gewähr für absolute Sicherheit nirgends gegeben sei.

Der Herr Generalgouverneur betont nochmals, daß die Staatsautorität niemals in Gefahr kommen dürfe. Mit dieser Gefahr müsse man aber rechnen, wenn sich etwa Behörden von ihren Posten zurückzögen. Er müsse deshalb von den Beamten und allen anderen Reichsdeutschen verlangen, daß sie ihren Platz hielten. Hier stehe der Beamte dem Soldaten gleich, der auch auf seinem Posten bleiben müsse.

Oberregierungsrat Engler geht nunmehr auf die allgemeine Lage im Distrikt Lublin ein. Die Felderbestellung, so führt er aus, sei durchgeführt. Die Ernte werde voraussichtlich besser ausfallen als im letzten Jahre, wenn sie auch immerhin angesichts des Banditenunwesens gefährdet sei. Allerdings müsse die Einbringung der Ernte sehr schnell vor sich gehen.

Die Verwaltung des Distrikts Lublin komme mit den ihr zur Verfügung stehenden Beamten aus. Auch mit der Leistung der Beamten könne man im allgemeinen zufrieden sein. Der Gesundheitszustand habe sich wesentlich gebessert, das Fleckfieber sei sehr zurückgegangen. Die Wohnungslage sei für die Deutschen in Lublin sehr beschränkt, und es sei sehr schwierig, sie entsprechend unterzubringen. Aber angesichts der guten Arbeit des Wohnungsamtes sei es bis jetzt immer noch gelungen, den deutschen Beamten und Angestellten den notwendigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Für die kulturellen Belange der Reichsdeutschen sei durch Theatervorstellungen, Konzerte und Kinovorführungen gesorgt.

Die Situation auf dem Gebiete des Straßenwesens sei zum Teil gut, zum Teil aber auch schlecht. Manche Straßen würden zur Zeit ausgebessert, jedoch gingen die Arbeiten nicht recht voran.

Die Judenfrage sei in der Stadt Lublin geklärt. Man habe das bisherige Judenviertel evakuiert und die arbeitsfähigen Juden außerhalb der Stadt in einem besonderen Bezirk untergebracht. Im übrigen seien im Distrikt Lublin die Juden in Ghettos zusammengefaßt. Man habe den Eindruck, daß infolge der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Juden eine wesentliche Besserung der Verhältnisse insbesondere auf dem Gebiet des Schleichhandels eingetreten sei.

Was die Ernteerfassung angehe, so überlege man sich, ob man, wenn die Kontingente zu 100 % eingebracht seien, den Rest den Bauern belassen könne.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage für alle Distrikte gemeinschaftlich geregelt wissen. Die Grundsätze für eine ganz große Entaktion würden bereits ausgearbeitet.

Oberregierungsrat Engler wendet sich dann dagegen, daß die städtischen Elektrizitätswerke zu sehr unter den Einfluß der Ostenergie-A.-G. kämen. Man müsse bedenken, daß diese Werke für die Städte finanziell von größter Bedeutung seien.

Weiter bemängelt Oberregierungsrat Engler die große Zersplitterung auf dem Gebiete des Genehmigungsverfahrens und überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Zusammenstellung der für das gewerbliche Genehmigungsverfahren getroffenen Bestimmungen. Hier müßte wohl eine Vereinheitlichung stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für eine Änderung und Vereinfachung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen.

Oberregierungsrat Engler berichtet sodann über die Forstwirtschaft. Sie funktioniere im allgemeinen im Distrikt Lublin gut, wenn man auch leider immer noch Schwierigkeiten mit der Gespanngestellung habe. - Wenn es auch noch verhältnismäßig zahlreiche Pferde im Distrikt gebe, so sei doch im allgemeinen der Gesundheitszustand der Pferde schlecht, da sie vielfach an Unterernährung litten. Für die Pferdezucht beständen im Distrikt zwei Gestüte.

Was die Vermittlung von polnischen Arbeitskräften ins Reich angehe, so finde man jetzt erfreulicherweise keinen Widerstand mehr bei der pol-

nischen Bevölkerung. Vielfach habe sich schon die Einsicht durchgesetzt, daß polnische Arbeiter nicht schlecht führen, wenn sie ins Reich gingen. Allerdings habe man die Beobachtung gemacht, daß die polnischen Arbeiter kein Geld aus dem Reich an ihre Angehörigen schicken könnten und daß dann die Gemeinden mit Unterstützungen zu schnell bei der Hand seien. Diese Frage bedürfe einer Überprüfung, da ein zu starkes Anwachsen der Unterstützungslast der Gemeinden zu befürchten sei.

Die im Distrikt Lublin bestehenden Kriegsgefangenenlager brächten gewisse Übelstände mit sich, da sie nicht genügend bewacht seien.

SS-Brigadeführer Globocznik befürchtet keine Schwierigkeiten für die allgemeine Lage im Distrikt, da Produktion und Ernte gesichert seien. Unangenehm bemerkbar mache sich immer noch der Wohnraummangel. Für die Behebung dieses Notstandes schlage er als wirksame Maßnahme vor, daß die Polen, die nicht arbeiteten, aus ihren Wohnungen entfernt würden.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß immer noch zahlreiche junge Polen auf den Straßen herumlungerten und es nicht gelinge, diese Elemente zu erfassen. Mit der Musterung zum Baudienst würden leider immer nur einige Jahrgänge erfaßt. Auch bedürfte es zur Durchführung entsprechender Maßnahmen überall der notwendigen Exekutivorgane und Transportmittel, über die man leider nicht verfüge. Eine wirksame Maßregel würde vielleicht in einer Beschränkung des Wohnraums und der Lebensmittelzuteilung liegen. Man könnte etwa eine Bestimmung des Inhalts treffen, daß vom 1. September an nur noch an jene Polen Lebensmittelkarten gegeben würden und nur jene Polen ein Wohnrecht hätten,

die die Bestätigung einer deutschen Behörde vorweisen könnten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Engler, daß im Mai 1942 die Stadt Lublin 96000 Einwohner gezählt habe.

Amtschef Losacker nimmt zunächst zur Frage der Reprivatisierung Stellung. Im Anschluß an die Sitzung, die im April stattgefunden habe, habe Bankdirigent Dr. Paersch einen ausführlichen Entwurf eingereicht. Dieser Entwurf habe die Veranlassung gegeben, sich nochmals mit diesem Problem zu beschäftigen. Nach Prüfung der Dinge sei die Distriktsverwaltung im wesentlichen zu den Grundlagen des ursprünglichen Entwurfs zurückgekehrt. Dr. Paersch habe vor allem Wert darauf gelegt, daß der Zustand wieder hergestellt werde, der am 1. Aug. 1939 geherrscht habe. Die Distriktsverwaltung sei dagegen der Auffassung, daß es politisch unzweckmäßig sei, rückwirkend zu arbeiten und die Polen vergessen zu lassen, daß sie den Krieg verloren hätten. Deshalb könne man nicht zulassen, daß die Polen sich auf Eigentum beriefen, das sie angeblich am 1. August 1939 gehabt hätten. Die Frage der Wiederherstellung auch der Schuldrechte habe man angesichts der damit verbundenen Arbeit bewußt ungeregelt gelassen, da man von dem Standpunkt ausgehe, daß nur grundbuchrechtlich gesicherte Forderungen in Betracht kämen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß über die Verordnung zur Zeit noch debattiert werde. Er erwarte einen Schlußbericht darüber. Im übrigen sei er auch der Ansicht, daß man nicht ohne weiteres das reprivatisieren könne, was die Polen in Galizien besessen hätten oder worauf sie Anspruch erhöben.

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß er bei seiner Stellungnahme zum ersten Entwurf den Standpunkt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums dargelegt habe. Reichsführer SS Himmler würde es lieber sehen, wenn von einer Reprivatisierung zur Zeit abgesehen würde; es würde genügen, den Ukrainern die Landnutzung zu überlassen. Gegen den Vorschlag des Gouverneurs Dr. Wächter, den Ukrainern schon jetzt ihr Eigentum an Grund und Boden zurückzugeben, da sie dann mit größerem Erfolg arbeiten und die Kontingente sich erhöhen würden, habe er Einspruch erhoben, weil man nicht wisse, wieweit Galizien in den Siedlungsraum einbezogen werde. Jedenfalls wäre es verfrüht, jetzt schon den Ukrainern den Grund und Boden in die Hand zu geben. Bei fachlicher Eignung und loyaler Einstellung gegenüber der deutschen Staatsautorität könne ihnen die Möglichkeit des späteren Erwerbs von Grund und Boden vorbehalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, vor seiner endgültigen Entscheidung alle vorgebrachten Gesichtspunkte gerecht zu prüfen und jede Meinung zu Worte kommen zu lassen, besteht aber darauf, daß der Verordnungsentwurf seine endgültige Erledigung findet.

Amtschef Losacker berichtet sodann, daß die Felderbestellung im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei. Leider hätten aber 20 % der Ackerfläche wegen des großen Saatgutmangels nicht bestellt werden können. Von den geforderten 15 000 t Saatgetreide habe man nur 2500 t erhalten, zum Teil wegen der Transportverhältnisse, zum Teil wegen des absoluten Mangels an Saatgut. Bei Kartoffeln habe man statt 49 000 t nur 3 000 t Saatgut bekommen.

Die Ernährungslage im Distrikt Galizien sei im allgemeinen überaus schlecht. Man müsse gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1939 eine um ein Vielfaches überhöhte Sterblichkeit vor allem in den südlichen Kreishauptmannschaften feststellen. Auch die Ungunst der Verkehrsverhältnisse beeinflusse die Versorgungslage nachteilig.

Die Distriktsverwaltung habe sich veranlasst gesehen, außerhalb der eigentlichen Arbeit der Hauptabteilung Bauwesen ein Straßenbauprogramm durchzuführen. Unter Heranziehung der gesamten Bevölkerung lasse man Straßen im Scharwerk bauen und ausbessern, man lasse Steine heranfahren usw.. Für diese Arbeiten werde auch der Baudienst eingesetzt.

Leider müsse das Bestehen eines großen Schleichhandels festgestellt werden. Die Preise, die im Distrikt Galizien im Schleichhandel gezahlt würden, hätten die Schleichhandelspreise von Warschau schon um 50 % bis 100 % überflügelt: für ein Kilogramm Butter würden schon 140 Zloty gezahlt. Man hoffe, daß sich die Verhältnisse nach der neuen Ernte bessern würden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Juden entfernt würden. Aber auch andere Umstände spielten hier eine bedeutsame Rolle, so vor allem die von der Wehrmacht gestellten Forderungen, die über die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an den Distrikt Galizien gerichtet worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß von den Distriktsverwaltungen direkt mit der Wehrmacht solche Verhandlungen geführt werden. Diese Frage müsse zentral bei der Regierung in Krakau geregelt werden.

Amtschef Losacker teilt weiter mit, daß im Distrikt Galizien 105 000 t Getreide erfasst worden seien, an sich verhältnismäßig viel, absolut dagegen gesehen sehr wenig. Immerhin könne man feststellen, daß das ganze Generalgouvernement im Jahre 1939/40 weniger erfaßt habe als der Distrikt Galizien im ersten Jahre. Gleichwohl sei die erfaßte Menge besonders mit Rücksicht auf die Anforderungen der Wehrmacht bei weitem nicht ausreichend.

In letzter Zeit habe die Distriktsverwaltung einen Fernschreibewechsel mit der Regierung wegen der Kürzung der Rationssätze in den Städten gehabt. Man habe bisher in Lemberg und Tarnopol der Bevölkerung nicht einmal die herabgesetzten Rationen geben können, sondern nur einen kleinen Bruchteil. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der Erscheinungen von Hungersnot könne man die Rationssätze unmöglich herabmindern. Wenn die neue Ernte erfaßt sei und man eine einigermaßen ausreichende Ernährung der städtischen Bevölkerung durchführen könne, wäre es vielleicht auch nach Ansicht des SS- und Polizeiführers Katzmann an der Zeit, mit den Sätzen herunterzugehen.

Große Schwierigkeiten bereite der Distriktsverwaltung die Getreidekontingentierung. Man habe kürzlich feststellen müssen, daß die Kontingente unmöglich erfüllt werden könnten. Für die Aufrechterhaltung der deutschen Autorität wirke es sehr ungünstig, wenn Kontingentsforderungen gestellt würden, die sich nicht erfüllen ließen. Lieber solle man mit den Kontingenten heruntergehen, dann aber darauf sehen, daß sie restlos erfüllt würden.

Die Frage des Generalgouverneurs, ob die Kontingentsbestimmungen im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Distrikt Galizien erlassen worden seien, wird von Amtschef Losacker bejaht.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß solche Kontingente immer eine Ungewißheit in sich trügen. Obwohl man im Reich seit 10 Jahren an diesem Problem arbeite, könne man heute noch nicht die Kontingente mit absoluter Gerechtigkeit verteilen. Hier spielten zahlreiche Momente der Unsicherheit eine Rolle, so vor allem die Ergebnisse der Ernte. Nur lange Erfahrung könne Ungerechtigkeiten vermeiden lassen.

Amtschef Losacker stellt fest, daß man im vergangenen Jahre 110 000 t Getreide erfasst habe und für die neue Ernte von der Regierung eine Auflage von 317 000 t erhalten habe. Mit den radikalen Erfassungsmethoden werde man wohl das Doppelte, nicht aber das Dreifache der vorjährigen Erfassung erreichen.

Staatssekretär Krüger ist der Ansicht, daß der Gemeinde die Verantwortung für die Aufbringung des Solls auferlegt werden müßte.

Amtschef Losacker weist demgegenüber auf die schon bestehenden Erfassungsausschüsse hin. Er sieht in dem Anwachsen der Schleichhandelspreise ein sicheres Anzeichen dafür, daß an sich nennenswerte Mengen nicht mehr vorhanden seien. Im übrigen sei man noch in der Erfassung der letzten Ernte. Jedenfalls habe der Distrikt Galizien das nur irgendwie Mögliche herausgeholt.

Amtschef Losacker wendet sich dann der Frage der Vereinfachung der Verwaltung zu. Auf Grund des von Staatssekretär Dr. Bühler herausgebenen Erlasses habe die Distriktsverwaltung eine größere Denkschrift zu diesem Thema verfasst. Vor allem auf dem Gebiet der gewerblichen Genehmigung bestehe eine große Unordnung: 18 verschiedene Stellen im Generalgouvernement seien für die Gewerbezulassung zuständig. Auch auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft lähme die zentralistische Auffassung vielfach die Schlagkraft der Mittelinstanz. Die Bestimmung der Wurstsorten, die nach einer Verordnung Sache der Regierung des Generalgouvernements, könne sehr wohl in die Hand des Kreishauptmanns oder Landkommissars gelegt werden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß im Reich die Frage der Wurstsorten auch zentralistisch durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geregelt sei. Eine solche Regelung könne daher nicht wohl anders als zentral erfolgen.

Auf den Hinweis des Amtschefs Losacker, daß auch sonst viele Angelegenheiten wie z.B. die Errichtung von Baumschulen, die Belieferung mit Karpfen durch die Zentralinstanz bearbeitet würden, erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, daß bei der Hauptabteilung Innere Verwaltung das Bestreben bestehe, im Laufe der Zeit weitgehend zu dezentralisieren.

r Amtschef Losacker spricht sich dann für eine Lockerung der Bestimmungen für den Baumarkt aus und bittet, wenn möglich, angesichts der Dringlichkeit mancher Bauvorhaben Ausnahmen von der allgemeinen Bausperre zu gestatten.

Die Verschickung von Arbeitern ins Reich sei auch im Distrikt Lemberg durchaus zufriedenstellend und gehe eigentlich ohne jede Zwangsmaßnahme vor sich. Gauleiter Sauckel habe bei seinem neulichen Besuch in Lemberg nochmals die Gestellung von 100 000 Arbeitern aus dem Distrikt Galizien für das Reich verlangt, was angesichts der bisher an den Distrikt gestellten Forderungen nur schwer durchführbar sein werde.

Die wissenschaftlichen Institute in Lemberg seien noch nicht in Betrieb genommen, da noch gewisse politische Sicherungen gegeben werden müßten.

Zu beklagen sei die sehr verzögerte Zuweisung von Betriebsmitteln für die Kreishauptmannschaften. Die Beträge würden zumeist nur zu einem Viertel oder Drittel ausgezahlt, wodurch naturgemäß die Arbeit der Kreishauptmannschaften sehr behindert werde. Aus diesem Grunde müßten häufig wichtige Vorhaben auf den nächsten Monat verschoben werden. An sich müßten doch die Summen zur Verfügung stehen, da ja der Haushalt genehmigt sei.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Prüfung dieser wichtigen Frage an, kann dabei aber feststellen, daß in den anderen Distrikten zu einer solchen Beschwerde kein Anlaß gegeben sei.

Amtschef Losacker kommt dann auf die Frage der Stellvertretung der Kreishauptmänner zu sprechen. Hier zeigten sich gewisse unangenehme Erscheinungen. Man unterscheide nämlich zwischen formeller und materieller Vertretung. Der formelle Vertreter sei zumeist Leiter einer Fachbehörde, während der materielle Vertreter nach außen überhaupt nicht hervortrete; zumeist handle es sich bei ihm um einen Oberinspekteur oder einen jüngeren Regierungsassessor. Es sei eigentlich unerträglich, daß die politischen Funktionen des Kreishauptmannes auf

Persönlichkeiten übertragen würden, die nur vom Standpunkte ihres Fachressorts aus die angenehmen Seiten der Vertretung des Kreishauptmannes genießen wollten, sonst aber kaum gewillt seien, die schweren Pflichten dieses Amtes zu übernehmen. Die Distrikts-verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß materielle und formelle Vertretung zusammenfallen müßten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Amtschef Losacker, daß die Situation hinsichtlich der Grenzziehung gegenüber Ungarn zur Zeit günstig sei. Die Delegation wolle der Regierung vorschlagen, auf eine Neuregelung dieser Grenzfrage zu verzichten, insbesondere nachdem die für den Distrikt z.B. aus der Hochwassergefahr sich ergebenden Folgen geschildert worden seien. - Andererseits bestehe bei der Distriktsverwaltung der Wunsch nach Wiederherstellung der alten galizischen Nordgrenze gegenüber Lublin.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Erörterung der Grenzfrage der Distrikte Galizien und Lublin für notwendig.

SS- und Polizeiführer Katzmann macht Ausführungen über die Sicherheitslage im Distrikt Galizien und erklärt, daß sie im allgemeinen zu keinen Beunruhigungen Anlaß gebe. Im Distrikt seien zur Zeit zwei Polizeibataillone stationiert. Nur im Norden des Distrikts zeigten sich einige Unruheherde, die aber bald befriedet sein würden.

Die ukrainische Polizei erfülle noch nicht die in sie gesetzten Erwartungen, wie man überhaupt habe feststellen müssen, daß die polnischen Polizisten viel brauchbarer seien. Die Schulung in der neuen Lemberger Polizeischule zeitige zwar schon Erfolge, doch kämen immer noch Übergriffe vor, die bei einem Polizisten nicht vorkommen dürften.

Die Stimmung der Bevölkerung sei immer noch deutschfreundlich. Er bitte, die geplante Herabsetzung der Lebensmittelrationen vorerst nicht durchzuführen.

Juden habe man bereits in ziemlich großer Anzahl evakuiert. Zur Zeit lebten in Lemberg noch 85 000 Juden, von denen 45 000 in den Arbeitsprozeß eingegliedert seien. In den nächsten Wochen würden weitere Juden ausgesiedelt.

Die Grenzüberwachung zwischen dem Distrikt und dem Reichskommissariat Ukraine funktioniere noch sehr schlecht. Es würden viele Klagen über Schmuggler an der Grenze erhoben und die Polizei sei nicht in der Lage, diese Erscheinungen zu verhindern. Eine Besserung ließe sich vielleicht durch eine gemeinsame Abmachung mit der dortigen Grenzpolizei erzielen.

Amtschef Dr. Hummel referiert über die Verhältnisse im Distrikt Warschau. Das Bild der Stadt Warschau werde weitgehend durch das Verhalten der Wehrmachtangehörigen bestimmt. Dieses Verhalten wechsle je nach der starken Hand des am Platze befehlenden Mannes und nach der Jahreszeit. Im Winter und im Sommer stiegen die Exzesse in starkem Maße an. Besonders im letzten Winter sei die Lage sehr unerfreulich gewesen. Warschau komme immer mehr in den Ruf einer Etappenstadt und eines Sündenbabels. Ein Fliegergeneral habe seinen Truppen sogar verbieten wollen, im Urlaub die Stadt Warschau zu berühren.

Die Distriktsverwaltung tue alles in ihren Kräften Stehende, von Warschau den Ruf der Etappenstadt abzuwenden. Auch der neue Oberfeldkommandant greife stark durch, indem er gewaltige Strafen wegen Gefährdung des Ansehens der Wehrmacht ausspreche. Für die Wehrmachtangehörigen stünden genügend deutsche Gaststätten zur Verfügung, die jedoch um 9 Uhr abends bereits leer seien. Die Soldaten zögen diesen Wehrmachtslokalen die polnischen Lokale vor. In ihnen würden dann die unerhörten Preissteigerungen die Soldaten zu delikten Handlungen anreizen. Man plane jetzt die Eröffnung eines getarnten polnischen Lokals, in dem die Soldaten zu erträglichen Preisen Speisen und Getränke erhalten könnten. Im allgemeinen habe sich aber die Haltung der Wehrmachtsangehörigen gebessert.

Weiter werde das Bild der Stadt durch die deutsche Beamtenschaft bestimmt. Von kleinen Auswüchsen abgesehen sei ihr Verhalten gut. Man habe in den deutschen Lokalen die Barhocker verboten und greife bei Trunkenheit scharf durch. Die Distriktsverwaltung habe für die Beamten alles getan, habe sie gut untergebracht und sorge für anständige und verbilligte Verpflegung. Auch für die polnische Beamtenschaft habe man einer Weisung

des Herrn Generalgouverneurs entsprechend gesorgt und gebe täglich für 8 000 polnische Angestellte mittags eine kräftige Suppe aus. Infolge Mangels an Lebensmitteln sei es noch nicht möglich gewesen, auch für die Familienangehörigen dieser polnischen Angestellten zu sorgen. Die Nurverpflegung des Familienvaters bringe den Nachteil mit sich, daß er seine Ration mit nach Hause nehme und der durch die Verabreichung einer Suppe verfolgte Zweck nicht erreicht werde. Die gleiche Erscheinung zeige sich übrigens auch in den Werksküchen der Industrie.

Die Ernährungslage habe sich in diesem Frühjahr gegenüber den Verhältnissen im vorigen Jahr gebessert. Die Gemüseversorgung sei gut, da 50 % des Gemüseanbaues zwangsweise erfaßt würden. Die Lockerung der Schleichhandelsbekämpfung habe einen starken Sog in die Großstadt hervorgerufen und Mengen von Kartoffeln und Getreide mobilisiert, die der deutschen Erfassung unzugänglich gewesen seien. Dadurch sei in den letzten Wochen eine gewisse Preissenkung eingetreten, die bei Brot zweieinhalb Zloty und bei Kartoffeln eineinhalb Zloty pro Kilo ausmachte. Diese Maßnahme der Lockerung der Schleichhandelsbekämpfung sei im vergangenen Jahr ausprobiert worden, ohne daß, wie die Regierung befürchtet habe, eine Minderung der deutschen Autorität eingetreten sei. Der Verwaltung sei es gelungen, trotzdem 95 % der Kontingente der letzten Ernte zu erfassen, und er hoffe, auch bei der diesjährigen Ernte das auferlegte Soll zu erreichen. Die Lockerung trage viel zur Familienverpflegung bei, sodaß jetzt die Prozentzahl der von den Arbeitsstellen fernbleibenden Arbeiter viel niedriger sei.

Die Felderbestellung könne als 100 %ig abgeschlossen angesehen werden. Leider ergebe sich bei Raps eine 100 %ige Auswinterung und bei Körnerfrüchten eine solche von 20 %. Die betreffenden Felder habe man aber mit Kartoffeln neu bestellen können.

Im Gegensatz zu früheren Gutachten sei es gelungen, das Ghetto wirtschaftlich so zu aktivieren, daß staatliche Zuschüsse bisher nicht notwendig gewesen seien. Im Ghetto arbeiteten ungefähr 25 000 Juden in kriegswichtigen Betrieben, während im externen Einsatz 3 000 Juden beschäftigt würden. Die zweitgrößte Pelzfirma, die den überwiegenden Wehrmachtsbedarf an Pelzen anfertige, habe ihre Betriebsräume im Ghetto. Der monatliche Umsatz zwischen Ghetto und arischem Wohnbezirk betrage zur Zeit 6 Millionen; dazu trete ein nicht erfaßter Umsatz von vielleicht noch 2 bis 3 Millionen. Von diesem Umsatz lebten die Insassen des Ghettos recht und schlecht. Er hoffe, daß die Stadt Warschau in absehbarer Zeit von der arbeitsunfähigen Judenlast befreit werde.

Ein bestimmender Faktor im Bild der Stadt Warschau sei die fluktuierende Masse von sich unbeschäftigt herumtreibenden Menschen. Auch er sei dafür, die Zuteilung von Wohnraum und Lebensmitteln vom Nachweis einer geordneten Beschäftigung abhängig zu machen, denn es sei sicher, daß Tausende von Polen in einem Scheinarbeitsverhältnis stünden, also nicht arbeiten würden. Bei einer Polizeiaktion auf dem sogenannten Diebesmarkt in Warschau habe man tausend Polen festgenommen, von denen nur 200 ohne Beschäftigung gewesen seien. Obwohl die Aktion in der Zeit von 10 bis 15 Uhr stattgefunden hätte, hätten die restlichen 800 den Nachweis ihrer Beschäftigung erbringen können. Dies sei ein Zeichen, daß viele in einem Scheinarbeitsverhältnis ständen. Auf der anderen Seite zähle man etwa 300 000 Sozialversicherte, während es vor dem Krieg etwa 400 000 gewesen seien.

In der Stadt würden immer wieder überraschende Aktionen durchgeführt, um die herumlaufenden Faulenzer festzunehmen und einer geordneten Beschäftigung zuzuführen. Diese fluktuierende Masse schädige das Ansehen des Generalgouvernements und vor allem Warschaus, denn jeder Besucher aus dem Reich wundere sich über die vielen Menschen auf den Straßen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet Warschau als das Hauptzentrum aller Fälscherkünste. Man müsse zur Erfassung der arbeitsunlustigen Menschen eine große blitzartige Gemeinschaftsaktion vorbereiten und jeden Erfassten sofort in Waggons zum Transport ins Reich verladen.

Amtschef Dr. Hummel weist darauf hin, daß der Distrikt Warschau bisher 45 000 Arbeitskräfte für das Reich gestellt habe. Eine Änderung der Werbemethoden sei zweckmäßig; bisher arbeite man ziemlich ungeschickt, da man gleich brutal vorgehe. Vielleicht käme man weiter, wenn man bei den Werbungen mehr darauf hinweise, daß im Reich für sie große Möglichkeiten zur Erlernung moderner Bewirtschaftungsmethoden gegeben seien. Bei Anwendung dieser Methoden nach der Rückkehr in ihre Heimat würden den Arbeitern dann diese Kenntnisse zugute kommen.

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß die Methode der Freiwilligenwerbung versagt habe. Präsident Dr. Frauendorfer habe ihn um polizeiliche Unterstützung angegangen.

Auch der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß die Arbeitskräfte, die sich freiwillig zur Arbeit im Reich gemeldet hätten, bereits abgeschöpft seien. Nunmehr könne man mit dem System der freiwilligen Meldung nichts mehr erreichen.

Amtschef Dr. Hummel trägt einen Vorschlag der Kreishauptleute des Distriktes Warschau vor, demzufolge wenigstens auf dem Lande die Freiwilligenwerbung von Arbeitskräften weiter mit Hilfe von Aufrufen duchgeführt werden solle. Dadurch werde sich ein ziemlich gerechtes Vorgehen erreichen lassen. Es könne dann nicht vorkommen, daß von einem Hof der einzige Mann weggenommen würde, während auf einem anderen gleich zwei Männer zurückblieben. In der Stadt müsse man jedoch mit Zwang vorgehen.

Eine andere Frage sei die Bewirtschaftung der Güter auf dem industriellen Sektor. Man mache die Erfahrung, daß die Polen im Gegensatz zu den Deutschen ohne Bezugschein in den Besitz aller bewirtschafteten Güter kämen. Das könne nur möglich sein, weil viele bewirtschaftete Waren u. Gegenstände gleich bei der Urproduktion oder am ersten Eingangspunkt ins Generalgouvernement in den Schleichhandel abflössen. Ein Kreishauptmann, der heute z.B. Eisen brauche, schicke einen seiner Beamten mit etwas Lebensmitteln in die Stadt, um sich dieses Eisen dafür einzuhandeln. Mit den Bezugscheinen könne er häufig nichts anfangen. So könne man z.B. mit Bezugscheinen nur einen Zinkeimer bekommen, während zur gleichen Zeit Hunderte von Eimern im Schleichhandel natürlich zu entsprechenden Preisen angeboten würden. Es müsse da irgendwo ein Loch vorhanden sein Wie wäre es sonst z.B. möglich, daß man im Schleichhandel riesige Mengen Kohlen bekommen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß der Herr Generalgouverneur die Ermächtigung zur Bewirtschaftung aller Waren gegeben habe. Grundsätzlich müsse gesagt werden, daß amtliche Stellen sich zum Erwerb solcher Gegenstände des Schleichhandels nicht bedienen sollten. Dadurch würden die Schleichhandelspreise einen gewaltigen Stoß erleiden.

Eine Behinderung in der Aufbauarbeit werde sicherlich nur übergangsweise eintreten.

Staatssekretär Dr. Boepple hält die Durchleuchtung der ganzen gewerblichen Wirtschaft für notwendig. Das sei Aufgabe der Zentralkammer. In wenigen Monaten werde diese Aufgabe von ihr beendet werden.

Amtschef Dr. Hummel bringt zum Schluß noch einige Wünsche wegen des Sonderdienstes vor. Da die Polizei- und Gendarmeriekräfte in den Kreisen äußerst gering seien, brauche man unbedingt für den Sonderdienst. Leider habe das Verhalten seiner Angehörigen draußen zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Er bitte, die Einflußmöglichkeiten des Kreishauptmanns auf den Einsatz des Sonderdienstes bei Verwaltungsaufgaben zu verstärken. Gleichzeitig sei das Verhältnis des Kreishauptmanns zum Sonderdienstführer zu klären. Sehr nachteilig habe der Kreishauptmann in Ostrow die Anordnung empfunden, daß der Sonderdienst vom Freitag bis zum Sonntag zu keiner Aktion zur Verfügung stehen könne. Diese Anordnung sei vom Sonderdienstführer erlassen worden. Es erweise sich als notwendig, die Hand des Kreishauptmanns dem Sonderdienst gegenüber möglichst stark zu machen.

Staatssekretär Krüger erklärt, daß der Sonderdienst an sich dem Staatssekretariat für das Sicherheitswesen unterstellt sei, er aber auf Grund der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs, nach der der Sonderdienst dem Generalgouverneur persönlich unterstellt ist, keinen Einfluß ausüben könne. Der Sonderdienst sei dem Staatssekretariat nur verwaltungsmäßig unterstellt.

Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, daß der Sonderdienst für den Kreishauptmann und seine Verwaltungsarbeit eine unentbehrliche Hilfe darstelle; darum werde an seiner jetzigen Stellung nichts geändert. Bekomme er polizeiliche Befugnisse, dann erhalte er sie vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen, gebietsmäßig gesprochen vom zuständigen SS- und Polizeiführer. Von einer Anordnung, daß der Sonderdienst vom Freitag bis Sonntag den Kreishauptleuten nicht zur Verfügung stehen könne, sei ihm nichts bekannt. Er lege steigenden Wert darauf, daß der Sonderdienst polizeiliche Aufgaben in den Distrikten nur von den zuständigen Polizeiführern erhalten dürfe. Keine Zweifel beständen aber darüber, daß der Kreishauptmann dem Sonderdienst entsprechende Verwaltungsaufgaben übertragen könne. Bei polizeilichen Maßnahmen habe der Sonderdienst nach den Weisungen des jeweiligen Polizeioffiziers zu handeln. In erster Linie solle der Sonderdienst aber die Verwaltungsaufgaben erledigen, die früher die Gendarmerie durchgeführt habe.

Auf das Ersuchen von Amtschef Dr. Hummel nach Verstärkung des Sonderdienstes erwidert Staatssekretär Krüger, daß laufend Musterungen vorgenommen würden. Nach den Aussagen des Inspekteurs des Sonderdienstes müsse ständig stark gesiebt werden, da charakterlich Untaugliche den Aufgaben des Sonderdienstes nicht gewachsen seien. In Krakau bestehe ein Ersatzbataillon, das ständig neue Leute ausbilde.

Auch Staatssekretär Dr. Bühler sieht die Hauptaufgabe des Sonderdienstes in der Unterstützung des Kreishauptmanns bei seinen vielfältigen Verwaltungsaufgaben. Auch zur Überwachung des Arbeitseinsatzes der fremden Bevölkerung müsse er in stärkerem Maße herangezogen werden. Im übrigen freue er sich, daß der Sonderdienst auch zur Durchführung von polizeilichen Aufgaben herangezogen werden solle.

Wegen der Beibehaltung der drei Tage, an denen der Sonderdienst dem Kreishauptmann nicht zur Verfügung stünde, sollten Dr. Hummel und Oberregierungsrat Engler sich mit dem Inspekteur des Sonderdienstes in Verbindung setzen.

SS- und Polizeiführer von Sammern berichtet, daß die Sicherheit im Distrikt Warschau im allgemeinen gewährleistet sei. Im Kreise Sokolow trieben einige Banden ihr Unwesen; erst am Vortage habe man wieder zwanzig russische Kriegsgefangene festnehmen können. Bei Bekämpfung dieser Banden wolle sich die Wehrmacht einschalten, er glaube aber, daß ein Eingreifen der Wehrmacht überflüssig sein werde. Im allgemeinen würde in den Meldungen vom Auftreten von Banden sehr stark übertrieben: wenn man 40 oder 50 Banditen melde, dann seien es in Wirklichkeit nur 5 oder 6.

Auf eine Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob es polizeilicherseits erwünscht sei, die polnischen Waldheger mit Waffen zu versorgen, erklärt SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß ein solches Vorgehen nicht verantwortet werden könne. Die Sicherheitspolizei könne keine Garantie dafür übernehmen, daß die bewaffneten polnischen Waldhüter nicht zur polnischen Widerstandsbewegung stießen und evtl. unter Führung eines polnischen Offiziers gegen die deutsche Ordnung vorgingen; denn innerlich stünden sie auf der Gegenseite. Es wäre ja zu begrüßen, daß die weit verstreut diensttuenden Angestellten und Arbeiter der deutschen Verwaltung mit Waffen versehen würden. Man habe aber schon die Erfahrung gemacht, daß die in ~~unseren~~ deutschen Diensten stehenden Polen sich die Waffen von den Banditen freiwillig abnehmen ließen. Vielleicht könne man die Leute verpflichten, mehr als bisher Meldungen über das Auftreten von Banden an die deutschen Dienststellen zu

leiten.

SS- und Polizeiführer von Sammern wendet sich dann der Lage in Warschau zu. Die Stadt müsse von der Polizei immer wieder durchgekämmt werden. Bei einer Aktion vor einigen Tagen habe man unter 2 500 angehaltenen Personen 44 Devisenschieber und einige hundert Nichtbeschäftigte festgestellt, die sofort dem Arbeitsmarkt zugeführt worden seien. Die Einsetzung einer motorisierten Streife an der Ghettomauer habe sich sehr bewährt.

X Auf die Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob eine Aussicht auf eine schnellere Verminderung der Ghettobevölkerung bestehe, erwidert Staatssekretär Krüger, daß man darüber wohl im Laufe des August einen Überblick haben werde. Das Problem der Judenaussiedlung dränge zu einer Entscheidung. Die jetzigen Maßnahmen hätten gezeigt, daß die Ausschaltung von Juden Preissenkungen der Schleichhandelspreise im Gefolge habe. Der Erfolg einer möglichst günstigen Ernteerfassung habe die Beseitigung des Schleichhandels und dieser wiederum die Ausschaltung der Juden zur Voraussetzung. Für die Durchführung einer solchen Aktion sei die Gestellung von ausreichenden Transportzügen notwendig. X Trotzdem für die nächsten 14 Tage eine restlose Zugsperre verordnet sei, habe er in Verhandlungen mit Präsident Gerteis erreicht, daß für den Abtransport von Juden ab und zu Züge bereitgestellt würden. Nach Ablauf der Sperrfrist müsse die Judenaktion verstärkt durchgeführt werden.

Stellvertretender Amtschef Oswald äußert sich über derzeitige Lage im Distrikt Radom. In der Finanzverwaltung bestehe allgemein die Bestimmung, daß bis zur Genehmigung des Haushalts nur über 1/15

des Jahresbetrags des letztjährigen Haushaltvoranschlages verfügt werden dürfe. Diese Übung werde so schematisch gehandhabt, daß auch in Fällen, in denen für laufende Arbeiten viel Geld notwendig sei, davon nicht abgewichen werde. Das wirke sich sehr nachteilig z.B. bei den Forstarbeiten aus. Die Forstverwaltung müsse Wege bauen, um das geschlagene Holz abführen zu können. Die Arbeiten würden aber infolge der Unmöglichkeit, genügend Mittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, sehr behindert.

Über die Sicherheitslage im Distrikt Radom werde der SS- und Polizeiführer sprechen; er wolle nur auf folgendes hinweisen: im Kreis Opatow im Weichselbogen herrsche ein starkes Banditenunwesen. Man habe jedoch festgestellt, daß die polnische Bevölkerung bei der Bekämpfung dieser Banditen auf seiten der deutschen Verwaltung stehe. In jeder Dorfgemeinde sei nun aus den sechs wohlhabendsten Polen ein Dorfrat gebildet worden, der mit seinem Besitz dafür verantwortlich sei, daß jeder ins Dorf kommende Fremde sofort gemeldet werde, da bisher auf dem Dorfe die Meldeordnung noch außerordentlich schlecht funktioniere. Gleichzeitig habe man in jedem Dorf eine Nachtwache von vier Männern aufgestellt. Die Erfahrungen aus diesen Einrichtungen müßten noch abgewartet werden.

Im Distrikt seien zwei Reichsdeutsche an Fleckfieber erkrankt. Von seiten des Amtsarztes in Petrikau Dr. Henndorfer werde sehr geklagt, daß die Wirkung des sogenannten Behring'schen Serums sehr schlecht sei. Im Vordergrund müsse darum eine Belehrung der mit diesem Serum gegen Fleckfieber geimpften Personen stehen, damit sich diese Leute nicht zu sehr auf den Impfschutz verließen.

In der Judenumsiedlung sei der Distrikt Radom etwas ins Hintertreffen geraten. Im Distrikt habe man im Laufe des letzten Jahres jüdische Wohnbezirke gebildet, in die man nun die 15 000 Juden aus Radom umsiedeln wollte. Der Verteilungsplan sei bereits aufgestellt gewesen, als die Umsiedlung nach dem Distrikt Lublin akut geworden sei. Diese Aussiedlung der Juden hänge jetzt nur noch von dem Transportproblem ab und hier sei erklärt worden, daß der Distrikt noch 6 bis 8 Wochen warten müsse. Dieser Zeitpunkt liege aber zu spät für die Ernteerfassungsaktion.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß von seiten der Polizei die Judenaktion bis in alle Einzelheiten vorbereitet sei und daß ihre Durchführung nur eine Frage des Transportes sei. In Radom und Tschenstochau müßten jüdische Arbeiter für die Rüstungsindustrieen zurückgehalten werden. Natürlich müsse man auch die unmittelbaren Familienangehörigen dieser Arbeiter zurücklassen, alles andere aber würde ausgesiedelt.

Stellvertretender Amtschef Oswald kommt dann auf den starken Zuzug der Familienangehörigen der im Distrikt beschäftigten deutschen Beamten und Angestellten zu sprechen. Es zögen Familien mit vier und mehr Köpfen zu und belasteten den Ernährungshaushalt. Nach seiner Meinung sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, dieses Land mit deutschen Frauen und Kindern zu füllen.

Der Herr Generalgouverneur und Staatssekretär Krüger sprechen sich für den Zuzug von deutschen Familien aus. Ernährungsschwierigkeiten müßten eben beseitigt werden.

Eine vom Stellvertretenden Amtschef Oswald vorgebrachte Beschwerde, daß im Arbeitseinsatz im Reich stehende Volksdeutsche wie Polen behandelt werden, leitet der Herr Generalgouverneur an Ministerialrat Dr. Siebert zur Erledigung durch die Polizei weiter.

Weitere Ausführungen des Stellvertretenden Amtschefs Oswald beschäftigen sich mit Wünschen, die volksdeutsche Bürgermeister nach Zuteilung besserer Böden geäußert haben. Gouverneur Kundt habe ihnen erklärt, daß eine solche Aktion wegen der damit für die polnischen Bauern verbundenen Unruhen während des Krieges nicht vorgenommen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur steht auf dem Standpunkt, daß ein solches Problem gründlich überlegt und zentral angepackt werden müsse. An seine Durchführung könne man während des Krieges aus dem oben angeführten Grunde nicht denken.

Staatssekretär Krüger erklärt, daß er in seiner Eigenschaft als Kommissar für die Festigung deutschen Volkstums bereits Unterlagen für eine spätere Verwirklichung dieser Aktion sammeln lasse.

Der Herr Generalgouverneur sagt die vom Stellvertretenden Amtschef Oswald gewünschte Tarnoscheck-Ecke zwischen San und Weichsel dem Distrikt Radom zu.

Zum Schluß berichtet Stellvertretender Amtschef Oswald von den Erfahrungen, die der Distrikt mit den sogenannten Verwaltungsstraflagern gemacht habe, in die sämtliche Schleichhändler eingewiesen würden. Der Sonderdienst habe für seine Zwecke ein eigenes Straflager eingerichtet, dessen Wirksamkeit für die vollständige Erfassung der Baudienstpflichtigen von großer Wichtigkeit sei.

SS- und Polizeiführer Dr. Böttcher sieht die Sicherheit im Distrikt Radom als gewährleistet an. Lediglich im Kreise Opatow sei es zu einem Überfall gekommen. Der Kreis Opatow sei von jeher auch in polnischer Zeit ein Herd der Unruhe gewesen, weil man dort seinerzeit Zuchthäusler angesiedelt habe. Für den gesamten Distrikt Radom sei die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß innerhalb der ersten Hälfte des Monats Juni fast genauso viel Raubüberfälle stattgefunden hätten wie insgesamt im Monat Mai. Ob das damit zusammenhängt, daß Splitter von Banditengruppen aus Lublin nach Radom gegenüber- hinübergewechselt seien, habe er noch nicht feststellen können. Neuerdings habe eine Gruppe von 16 Mann einen gemeinsamen Überfall auf einen polnischen Polizeiposten gemacht. Ob es sich dabei um politische oder rein kriminelle Beweggründe handelt, stehe noch nicht fest.

Die Volksdeutschen Industriearbeiter verdienten nach seinen Ermittlungen so wenig, daß sie nicht einmal in der Lage seien, ihre Lebensmittelkarten voll auszunutzen, und sie deshalb an die Polen verkauften. Wenn im Generalgouvernement ein verschiedenes Recht für die Nationalitäten bestehe, so sei nicht einzusehen, weshalb dieses unterschiedliche Recht sich nicht auch auf die Löhne erstrecken solle.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt in diesem Zusammenhange mit, daß die Regierung des Generalgouvernements von der Berliner Zentrale wegen ihrer Haltung zu einer Besserstellung der Volksdeutschen schwer angegriffen worden sei. Das Reichsfinanzministerium stehe solchen Bestrebungen offensichtlich ablehnend gegenüber.

SS- und Polizeiführer Dr. Böttcher bemerkt dann weiter, daß sämtliche Umsiedlungspläne im Distrikt Radom vom Gouverneur Kundt vorläufig zurückgestellt worden seien. Was die Sicherheits- und Ordnungspolizei im Distrikt Radom angehe, so verfüge sie neben dem Einzeldienst über 4 Kompanien und 5 Schutzpolizei-Dienstabteilungen in den einzelnen großen Städten. Man könne feststellen, daß weder der Straßenverkehr gefährdet sei noch auch sonst irgendein Anlaß zur Beunruhigung bestehe.

Amtschef Dr. Eisenlohr behandelt zunächst die Beamtenfrage. Die Beamten, so führt er aus, seien vielfach angesichts der Verteurung aller Bedarfsartikel in eine Notlage geraten. Die Ostzulage werde als zu gering bezeichnet.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß während des Krieges eine abschließende Regelung der Ostzulage nicht werde getroffen werden können.

Auch der Herr Generalgouverneur verkennt die auf diesem Gebiet obwaltenden Schwierigkeiten nicht. Vorläufig könne man nichts anderes tun als einfach die bisherigen Beträge weiter auszuzahlen. Das Reich erhebe auch dagegen scharfe Einwendungen und wolle überhaupt nur eine Zulage von 10 % des Heimatgehalts als gerechtfertigt ansehen. Im übrigen werde ja über die Frage der Ostzulage dauernd verhandelt.

Amtschef Dr. Eisenlohr behandelt sodann im Zusammenhang mit dem Problem der Vereinfachung der Verwaltung die Frage einiger Grenzberichtigungen in den Kreisen Przemysl und Jaroslau. Die bisherige Grenzziehung sei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht tragbar, und eine entsprechende Grenzberichtigung wäre umso mehr durchzuführen, als es sich hier

nur um eine kleine Fläche handle.

Der Herr Generalgouverneur sagt eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zu.

Amtschef Dr. Eisenlohr nimmt hierauf zur Frage des Baudienstes Stellung und stellt dabei fest, daß die für die Inhaftierung von Baudienstpflichtigen eingerichteten Strafläger ihren Zweck nicht erreichten, da es Angehörigen des Baudienstes vielfach gelinge, trotzdem dienstflüchtig zu werden. Er schlage deshalb vor, ganz strenge Maßnahmen zu ergreifen, flüchtige Baudienstpflichtige als Deserteure zu behandeln und zu erschießen.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß ein solches Verfahren bereits nach der Verordnung vom 1. März 1942 möglich sei.

Amtschef Dr. Eisenlohr beklagt dann auch das Bestehen der Bausperre. Sie mache sich besonders für die Kreishauptmannschaft Miechow angesichts des dort bestehenden großen Wohnraummangels unangenehm bemerkbar.

Im Distrikt Krakau sei über starke Winterschäden zu klagen. - Die Kontingente der zu erfassenden landwirtschaftlichen Produkte seien entschieden zu hoch gesetzt. Gleichwohl werde von seiten des Distrikts alles geschehen, um ein Höchstmaß an Leistungen zu erzielen. Die Milchanlieferung befinde sich in einer erfreulichen Steigerung. So seien z.B. im Kreise Jaroslau 3 Millionen Liter gegenüber 1 Million im Januar 1941 und 500 000 Litern in der polnischen Zeit geliefert worden. Entsprechend stark sei natürlich auch die Buttererzeugung. Die LZ habe sich sogar geweigert, unter Hinweis auf die

Transportschwierigkeiten die Butter abzunehmen.

SS- und Polizeiführer Scherner gibt einen kurzen Bericht über die Sicherheitslage im Distrikt Krakau. Sie sei im allgemeinen gewährleistet, und zu besonderen Gewalttaten sei es abgesehen von einem Angriff auf eine Brücke im Kreise Nisko nicht gekommen. - In Krakau befänden sich 11 ooo Juden, die als Arbeiter bei der Wehrmacht, der Rüstungsinspektion, verschiedenen Dienststellen und Firmen beschäftigt seien. Im Zuge der Verkleinerung des Ghettos sei ein Teil bisher von Juden bewohnter Wohnungen den Polen zur Verfügung gestellt worden. Auch könne jetzt endlich an die Schaffung eines deutschen Viertels herangegangen werden. - Von den bisher in Tarnow lebenden 32 ooo Juden ständen 8ooo jetzt in Arbeit. Leider müsse man diese Arbeit jetzt abstoppen, da die Ostbahn keine Transportmittel mehr stellen könnte. Von größter Wichtigkeit sei die endgültige Liquidierung des jüdischen Landbesitzes. In Krakau-Land gebe es 3oo jüdische Landbesitze, im Kreise Przemysl 9oo. Auf diesen jüdischen Landbesitzen säßen die Judenfamilien mit 15 bis 2o Menschen, und sie seien in der Lage, bei den benachbarten Bauern Eier und Butter zu erfassen.

Auch er müsse über die schlechte Bezahlung der Volksdeutschen klagen. In einer Glasfabrik seien z.B. volksdeutsche Mädchen im Alter von 18 bis 2o Jahren beschäftigt, sämtlich Angehörige des BDM, und sie erhielten im Monat 8o Zloty.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouveneurs erwidert SS- und Polizeiführer Scherner , daß infolge Überfüllung mit Soldaten die unteren Räume des Hauses Krakau einfach nicht mehr zu betreten seien.

Staatssekretär Krüger führt die Tatsache, daß sämtliche Lokalitäten und Gaststätten Krakaus von Soldaten überfüllt seien, darauf zurück, daß sich die Soldaten in den für sie bestimmten Heimen nicht wohlfühlten; sie wollten eben einmal etwas anderes erleben. Das Haus Krakau z.B. sei wirklich zu einem unmöglichen Ausschank geworden, stets überfüllt von Wehrmachtsangehörigen, die mit allen Mitteln versuchten, in eine solche Gaststätte hineinzukommen.

SS- und Polizeiführer Scherner führt diese Mißstände auch darauf zurück, daß auf der Langen Wiese zu Hunderten die Kraftwagen der Nachschubkommandos ständen. Die Fahrer dieser Kolonnen zeichneten sich vielfach durch besonders rüpelhaftes Benehmen aus. So komme es auch dauernd zu Zusammenstössen mit der Polizei. Auch das Staatskasino sei häufig Schauplatz unliebsamer Szenen, da sich die Soldaten den Eintritt einfach erzwängen. Streifen des Sicherheitsdienstes könnten auch nicht viel an diesen Zuständen ändern.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß Generalleutnant von Höberth als Oberfeldkommandant bzw. der Stadtkommandant von Krakau für eine Beseitigung dieser Übelstände zu sorgen habe.

Staatssekretär Dr. Boepple bringt einen Fall zur Sprache, in welchem ein Beamter oder Angestellter von einem Soldaten schwer angegriffen worden sei. Er habe sich um Schutz an die Polizei gewendet, dieser Schutz sei ihm aber verweigert worden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Untersuchung solcher Fälle an. Da das Publikum offenbar den randalierenden Soldaten nicht gewachsen sei, müsse von der Wehrmacht energisch durchgriffen werden. Gegebenenfalls müßten für die Soldaten entsprechende Unterkünfte geschaffen werden.

Amtschef Engler wirft die Frage auf, ob es möglich sei, einem Angestellten, der sich kriminell vergangen habe und deswegen verurteilt worden sei, die Berechtigung zum Tragen des ihm verliehenen Kriegsverdienstkreuzes zu entziehen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß hinsichtlich der Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes leider eine gewisse Inflation eingetreten sei. Da diese Auszeichnung nicht entwertet werden dürfe, müsse man mit der Verleihung fürderhin etwas vorsichtiger sein.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei Schöngarth berichtet über den gegenwärtigen Stand der Widerstandsbewegung und stellt dabei fest, daß sich die Lage nicht wesentlich geändert habe. In den Monaten Februar bis April dieses Jahres seien verschiedene große Aufstände vorbereitet gewesen, es sei aber immer gelungen, durch Agenten rechtzeitig diese Pläne zu enthüllen. Zur Zeit gebe eine kommunistische Propaganda und Organisation zu Befürchtungen Anlaß. Die nationalpolnische Organisation versuche offenbar, dem Kommunismus gewisse Gewalttaten zur Last zu legen, um sich selber zu schonen. Durch eine straffe Zusammenfassung in den Ostgebieten habe man es erreicht, daß alle Meldungen aus diesem Gebiet zentral nach Krakau kämen und so die gesamte Bekämpfung zentral gesteuert werden könne. Der Mittelpunkt der gesamten polnischen kommunistischen Bewegung liege in

Warschau. Er glaube jedoch versichern zu können, daß man ernsthafte Störungen nicht zu befürchten brauche. Der Umstand, daß die rein-nationalpolnische Widerstandsgruppe in einem gewissen Widerspruch zu der kommunistischen Gruppe stehe, müsse selbstverständlich ausgenutzt werden. Trotzdem bleibe die Lage ernst. So seien zum Beispiel Pläne über Attentate auf führende Männer bekannt geworden. Äußerste Vorsicht sei deshalb unter allen Umständen geboten. Es gebe eben keinen absolut sicheren Schutz für einen Deutschen. Deshalb müsse jeder Einzelne der Sicherheitspolizei von irgendwelchen Beobachtungen sofort Meldung machen, damit rechtzeitig eingegriffen werden könne. Zur Zeit brauche man jedoch keine Sorge zu haben, daß im Generalgouvernement irgendwelche Aufstände aufflackern werden. Die harten Sühnemaßnahmen, zu denen man greifen müsse, schreckten doch immer noch einen Teil der polnischen Bevölkerung ab. Bei der Beurteilung dieser Dinge dürfe man keine Rücksicht auf die Ansichten irgendwelcher Reichsdienststellen nehmen. Der Sicherheitsdienst führe eine sorgfältige Prüfung aller Personen durch. Wenn man überzeugt sei, daß jemand gefährlich sei, müsse er entfernt werden. Er könne nur mit Leuten arbeiten, die dem polnischen Volkstum ablehnend gegenüber ständen. Wenn Geiseln ergriffen würden, dann blieben sie im Gewahrsam und alle Einwendungen würden geprüft. Eine Anzahl von ihnen sei auch entlassen worden.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> hält es für zweckmäßig, daß sich der Befehlshaber der Sicherheitspolizei mit den Regierungsinstanzen in Verbindung setze. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei sei ihm unterstellt, und infolge dessen werde er nicht davor zurückschrecken, in geeigneten Fällen entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Er müsse sich dagegen wenden, daß, wenn sein Stellvertreter

einen Wunsch äußere, dieser Wunsch nicht berücksichtigt werde.

Generalleutnant Becker teilt mit, daß die Frage der Polizeiunterkunft geklärt sei, daß die Unterkunftsbauten weitergingen und alles, was in dieser Beziehung von der Polizei gefordert werde, berücksichtigt sei.

Abteilungspräsident Dr. Siebert stellt fest, daß sich der Übergang der polizeilichen Angelegenheiten auf das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen glatt vollziehe. Analog dieser Regelung müßten nun aber auch Bestimmungen für die Distrikte erlassen werden. Im Einverständnis mit Staatssekretär Krüger bitte er die Amtschefs der Distrikte, vorläufig in dieser Beziehung nichts zu unternehmen, bis eine Weisung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen ergehe.

Staatssekretär Krüger will vor allem bei der Übernahme der Aufgabengebiete jegliche Störung oder Stockung vermieden sehen. Für das Sachgebiet des Staatssekretariats brauche er, um nicht in Schwierigkeiten zu kommen, das notwendige Personal. Die Befehlshaber der Sicherheits- und der Ordnungspolizei seien ersucht worden, sich mit dem Leiter der Inneren Verwaltung in Verbindung zu setzen, sodann je nach Können ein Gebiet nach dem anderen zu übernehmen. Das würde dann den Gouverneuren bekanntgegeben werden, damit sie Bescheid wüßten, welches Gebiet übernommen worden sei. Soweit der Wunsch bestehe, Beamte, die bisher bei den Distrikten gearbeitet haben, in das Sachgebiet des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen zu übernehmen, falls die gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen, müßte für ihre Freigabe gesorgt werden, selbstverständlich mit

ihrer Einwilligung.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es mit der Dezentralisation bzw. Vereinfachung der Verwaltung stehe, erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, es sei damit zu rechnen, daß ein wesentlicher Teil der Verwaltung an die Distrikte abgegeben werde. Selbstverständlich bedürfe es angesichts der Tatsache, daß sämtliche einschlägigen Verordnungen geändert werden müßten, einer gewissen Vorbereitung. - Im Laufe der nächsten Woche werde eine Verordnung über das Dienststrafrecht der Beamten ergehen. Weiter stehe eine Verordnung über das Enteignungsrecht in Aussicht, über die allerdings noch Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger zu führen seien. - Die Hauptabteilung Innere Verwaltung werde selbstverständlich darauf sehen, daß die Belange der Städte gegenüber den Bestrebungen der Ostenergie-A.G. soweit als möglich gewahrt würden. - Im Oktober finde voraussichtlich die erste große Volkszählung statt. Die Vorbereitungen dafür würden bereits getroffen. Mit dieser Volkszählung könne man vielleicht ein klares Bild über die Bevölkerungsdichte gewinnen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 15 Minuten.

7. Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal der Regierung

am 22. Juni 1942.

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. Staatssekretär Dr. B ü h l e r,
2. OLGR Dr. W e h,
3. z.d.A. d.Kanzlei des Generalgouverneurs,
4. z.d.A. d.Kanzlei des Staatssekretärs.

Zweite Sitzung

des

Reichsverteidigungsausschusses im Generalgouvernement

im Königssaal der Burg zu Krakau, am 24.9.42.

Ausgefertigt in 2 Exemplaren:

1 ~~u. 2~~ z. d. Akten der Kanzl.
des Generalgouverneurs.

2 an Herrn Oberreg. Rat
Dr. Schepers

Anwesenheitsliste

für die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses

am 24. September 1942

im Königsaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Boerner		
[illegible]mmerdes		
Gerber		
[illegible]ornsdorfer		
Dazur		
Fiedler		
Dr. [illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]	[Dr Schüble]	
Wetzel		

[illegible] 12. 41. 670

Beginn der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß sie der Behandlung von zwei geheimen Kommandosachen des Reiches dienen solle.

Oberregierungsrat Dr. Schepers führt aus, daß der Reichsminister des Inneren auf Veranlassung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe an die Reichsverteidigungskommissare folgendes Schreiben gerichtet habe.

1. Betr.: VM-Verteilung für den Fall des Einsatzes von Kampfstoffen

Um für den Fall des Einsatzes von Kampfstoffen eine rasche und reibungslose Verteilung der Volksgasmasken sicherzustellen, ist folgendes angeordnet worden:

1. Falls mit dem bevorstehenden Einsatz chemischer Kampfstoffe durch den Feind zu rechnen ist, ergeht das Stichwort

"Wolke"

an die in Betracht kommenden Luftgaukommandos unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Reichsleitung der NSDAP-Hauptamt für Volkswohlfahrt und des Präsidiums des Reichsluftschutzbundes. Die Luftgaukommandos geben das Stichwort unverzüglich an die RLB-Gruppen und an die örtlichen LS-Leiter weiter.

Die Ausgabe der VM geschieht in diesem Falle wie bisher durch Verkauf unter Einsatz einer verstärkten Propaganda durch den Reichsluftschutzbund.

2. Bei überraschendem Einsatz chemischer Kampfstoffe wird an die in Betracht kommenden Luftgaukommandos das Stichwort

"Gewitter"

durchgegeben unter ebenfalls gleichzeitiger Benachrichtigung der Reichsleitung der NSDAP -Hauptamt für Volkswohlfahrt- und des Präsidiums des Reichsluftschutzbundes. Weitergabe des Stichwortes wie zu 1.

In diesem Fall sind die VM zunächst kostenlos an die Bevölkerung zu verausgaben.

Die NSDAP -Hauptamt für Volkswohlfahrt- hat besondere Anweisungen durch den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe erhalten und wird entsprechende Durchführungsanordnungen erlassen.

Abschrift eines Schreibens des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe an das Präsidium des Reichsluftschutzbundes füge ich bei.

Auf das besondere Geheimhaltungsbedürfnis weise ich ausdrücklich hih. Eine schriftliche Weitergabe dieses Erlasses kann nicht erfolgen.

2. An das
Präsidium des Reichsluftschutzbundes
Abschrift wird mit dem Ersuchen übersandt, folgendes zu veranlassen:

1. Die RLB-Gruppen sind schon jetzt anzuweisen, eine verstärkte Aufklärungs-Aktion hinsichtlich der Verwendung der VM bei der Brandbekämpfung durchzuführen. Hierbei ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß mit Rücksicht auf den vom Feind verstärkt eingesetzten Abwurf von brandstiftender Munition, insbesondere Phosphorbomben, und

die Erfahrung, daß die VM einen besonders wirksamen Schutz gegen die Rauchentwicklung bietet, der Erwerb der VM dringend empfohlen wird. Diese Aufklärung ist in Ausbildungslehrgängen, bei Haus- und Wiederholungsunterweisungen und Amtsträgerappellen vorzunehmen.

2. In allen für die VM-Verteilung freigegebenen LS-Orten sind die in den Wohnhäusern angebrachten LS-Merkblätter oder Haustafeln des Reichsluftschutzbundes schon jetzt durch einen deutlich erkennbaren Zusatz folgenden Inhalts zu ergänzen:

"Nächste Ausgabestelle für Volksgasmasken: ..."

Diese Hinweise sind in einfachster Form, z.B. durch Aufschrift mit roter Tinte oder mit rot unterstrichener Schrift auf die LS-Merkblätter oder Haustafeln des Reichsluftschutzbundes zu setzen.

Diese Anweisungen zu 1 und 2 können offen ergehen.

3. Bei Empfang des Stichwortes "Wolke" wird die Aufklärungsaktion in verstärkter Form, in beschränktem Umfange auch durch entsprechende Notizen in den Tageszeitungen, durchgeführt. Darüber ergehen zu gegebener Zeit besondere Anweisungen.

4. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei Eingang der Stichworte "Wolke" oder "Gewitter" bei den RLB-Gruppen von diesen die nötigen Anweisungen zur schnellen Durchführung der angeordneten Maßnahmen binnen kürzester Frist, spätestens in 6-8 Stunden, an die nachgeordneten Dienststellen bis zu den Revier- und Gemeindegruppen gelangen.

5. Die nachgeordneten Dienststellen sind anzuweisen, nach Durchgabe der Stichworte "Wolke" oder "Gewitter" in jeder VM-Ausgabestelle eine ausreichende Anzahl von Amtsträgern zur Verpassung der VM bereitzustellen.

Eine ordnungsgemäße Verpassung der VM ist in jedem Fall, nach Durchgabe des Stichwortes "Gewitter", sicherzustellen.

6. Vor Abgang ist ein Entwurf der an die nachgeordneten Dienststellen zu erlassenden Durchführungsanweisungen dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (L.In. 13) vorzulegen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers erklärt dann, daß man vor längerer Zeit im Generalgouvernement eine sehr beschränkte Anzahl von Volksgasmasken verteilt habe, mit denen höchstens 10 % der Gefolgschaftsmitglieder versorgt seien. Nunmehr müsse man prüfen, wieviel Volksgasmasken für ständig im Generalgouvernement anwesende Reichsdeutsche benötigt würden, inwieweit nicht ständig im Generalgouvernement anwesende Reichsdeutsche von hieraus zu versorgen seien und inwieweit die nichtdeutsche Bevölkerung in die Aktion einzubeziehen sei. Wenn man ernsthaft mit der Anwendung von Gas rechne, würde eine Außerachtlassung der nichtdeutschen Bevölkerung zweifellos zu einem Erliegen der Produktion in der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements führen. Man müsse daher auch prüfen, auf welche Kreise und Gebiete man die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit Gasmasken personell und räumlich beschränken könne, da eine vollständige Versorgung unmöglich durchzuführen sei.

General der Ordnungspolizei Becker führt dazu aus, daß die ganze Angelegenheit in das Ressort des Befehlshabers der Ordnungspolizei falle. Es sei gelungen, für das Generalgouvernement 80.000 Gasmasken zu beschaffen, die vom Generalgouvernement bezahlt würden, da dieses Gebiet einen eigenen Luftschutz habe. Die Masken befänden sich zur Zeit im Besitze der Polizei. Sie bestünden zu 62 % aus sehr gutem

tschechischem Material, während 30.000 davon Volksgasmasken seien.

Man habe die Verbindung mit der Partei bereits aufgenommen, die das Verpassen der Masken , von denen es 3 Muster gebe, an alle Reichsdeutschen vornehmen werde. Die Kaufanträge müßten jeweils an die Parteidienststellen gerichtet werden, die dann auf Grund dieser Anforderungen die entsprechenden Mengen von der Polizei geliefert erhielten. Das Gesamtdepot der Masken müsse bei der Polizei bleiben, da die Abnahme der Masken längere Zeit beanspruche und in dieser Zeit eine ordnungsgemäße Lagerung, Pflege und Bewachung stattfinden müsse. Durch Propaganda würden die Reichsdeutschen demnächst angehalten werden, sich eine Gasmaske zuzulegen.

Eine Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit Gasmasken halte er für überflüssig mit Ausnahme einzelner Kategorien. Wichtig sei zum Beispiel die Ausrüstung des LHD mit Gasmasken. Das sei Sache des Luftgaues. Vielleicht auch könne man eine gewisse Anzahl wichtiger Rüstungsbetrieben vor allem für die Facharbeiter zur Verfügung stellen. Eine Belieferung würde aber erst nach der Versorgung der Reichsdeutschen infrage kommen können oder wenn man neue Gasmasken erwerben könne. Das sei aber ziemlich aussichtslos.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß alle Maßnahmen von den zuständigen Stellen getroffen und in Vorbereitung seien. Inwieweit für die deutschen Interessen wichtigen Kategorien der nichtdeutschen Bevölkerung wie z.B. LHD, Facharbeiter der Rüstungsindustrie, Eisenbahner, Postbeamte usw. mit Masken versorgt werden könnten, müsse Einzelverhandlungen der zuständigen Verwaltungsstellen mit dem Befehlshaber der Ordnungspolizei überlassen bleiben.

Auf die Frage von Oberregierungsrat Dr. Schepers, wer über die Stichworte "Wolke" und "Gewitter" zu unterrichten sei, erklärt General Becker, daß nur der Polizei, den Parteidienststellen und höchsten Behördenstellen Kenntnis zu geben sei.

2. Punkt der Tagesordnung: Benzineinsparung.

Oberregierungsrat Dr. Schepers erklärt, daß vom Reichsminister des Inneren verschiedene Erlässe über Einschränkung des Kraftstoffverbrauches ergangen seien. Im Reich könnten ab nächstes Frühjahr Personenkraftwagen kaum mehr mit einer Zuteilung von Benzin rechnen. Alle Wagen sollen auf Generatorbetrieb eingestellt werden.

Im Generalgouvernement sei bisher nur eine bestimmte Kategorie von Lastkraftwagen auf Generatorbetrieb umgestellt worden. Es frage sich nun, ob mit Rücksicht auf die kommenden Ereignisse nicht auch Personenkraftwagen mit Generatorbetrieb ausgestattet werden sollen. Da aber im Generalgouvernement kein Umstellungswerk vorhanden sei, auf der anderen Seite im Reich die Lieferfristen sehr lang seien, musse man im Reich die Freigabe eines bestimmten Kontingents zum Umbau erwirken und vielleicht schon jetzt eine Anzahl von aufgebockten Personenkraftwagen höheren Zylinderinhalts ins Reich zum Umbau auf Generatorbetrieb abgeben. Da im Generalgouvernement jede Dienststelle einen räumlich größeren Kreis als im Reich zu betreuen habe, sei die Frage des Mobilbleibens der Verwaltung ungeheuer wichtig. Man müsse Vorsorge treffen, wenn die Benzinzuteilung noch stärker eingeschränkt oder gar ganz eingestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß Reichsmarschall Göring auf ein dringendes Fernschreiben ein zusätzliches Kontingent von 1.000 to für Zwecke der Ernteerfassung im Generalgouvernement bewilligt habe, gleichzeitig aber zu äußerstor Sparsamkeit aufgefordert habe.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Mineralöl Dr. Schühle berichtet, daß bei kürzlich in Berlin stattgefundenen Verhandlungen das Kontingent des Generalgouvernements eine weitere Kürzung erfahren hätte, und zwar um 10 % auf der Diesel- und 7 % auf der Benzinseite. Die Kontingente würden von Monat zu Monat neu festgelegt und man müsse damit rechnen, daß im November eine weitere Einschränkung eintrete. Man könne in absehbarer Zeit mit Öl aus den eroberten Ölfeldern im Kaukasus nicht rechnen.

Im Generalgouvernement müsse man daher vesuchen den PKW von einer Versorgung weitgehend auszuschalten und alle verfügbaren Mengen für den Lastwagenverkehr freimachen. Die Kürzungen, die man durchführe, erfolgten innerhalb des Generalgouvernements nach den Anweisungen des Reiches. Allmonatlich müsse man festlegen, wie man die zur Verfügung stehenden Mengen verteile. Die von Reichsmarschall Göring bewilligten zusätzlichen 1.000 to. würden von den Lieferungen an die Ukraine abgezweigt.

Auf eine Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, wie es mit Gasflaschen zur Umstellung auf Treibgas stünde, weist Präsident Dr. Emmerich auf verschiedene Möglichkeiten der Umstellung hin. Aus Erdgas könne Flüssiggas gewonnen werden. Das Erdgas könne man auf Flaschen komprimieren. Da sich der Druck aber auf 30 bis 40 Atmosphären halte, könnten nur Flaschen gebraucht werden, die eine besondere Stahllegierung besäßen. Die

Beschaffung dieser Flaschen sei ein Engpaß.

Es liege ein Plan vor, für das Treibgas im ganzen Generalgouvernement Tankstationen zu schaffen. Ein Übereinkommen mit der Generaldirektion der Monopole bestimme, daß an Stellen, an denen bisher Erdöl verkauft werde, in Zukunft Flaschen zu haben seien, sodaß in bestimmten Entfernungen sich sehr leicht ein Verkehr mit Treibgas einrichten lasse. Das treffe vor allem für die Südstrecke zu, da dort kein weiter Flaschentransport erforderlich sei. Schwierig sei ein Verkehr auf der Grundlage von Treibgas in Warschau, da die Anfuhr sehr viel Tankraum verschlinge.

Im Generalgouvernement werde man sich darauf einstellen müssen, die verschiedenen Ersatzstoffe zu kombinieren. In Warschau werde man vielleicht Flüssiggas, das in Tankwagen herangeschafft werden müsse, verwenden können; im Süden dagegen dürfte die Verwendung von Treibgas infrage kommen, sobald die Kompressoren aufgestellt seien, von denen man im Laufe des Jahres drei oder vier bekommen werde. Daneben laufe das System der Holzgasgeneratoren.

Oberregierungsrat Dr. Wessel führt aus, daß im Generalgouvernement die Umstellung auf Treib- und Flüssiggas bei den kleinen Nutzfahrzeugen geplant sei. Nach den Richtlinien des Generatorstabes des Reiches sollen Nutzfahrzeuge nur von 2 bis 2 1/2 to aufwärts auf Generatorbetrieb umgebaut werden. Die bisherige Weisung des Generatorstabes gehe also dahin, daß ein Umbau von PKW's auf Generatorbetrieb nicht erwünscht sei, um einen weitgehenden Umbau der Nutzfahrzeuge ermöglichen zu können.

Im Generalgouvernement würden nach diesen Richtlinien des Generatorstabes etwa 2500 Fahrzeuge umgebaut, von denen der Umbau von 320 Fahrzeugen bereits durchgeführt worden sei. Wenn die Wehrmacht im bisherigen

Umfange die Umbauwerkstätten zur Verfügung stelle und wenn die Umbauteile, auf deren Bezug aus dem Reich man angewiesen sei, weiterhin einträfen, könne das Umbauprogramm bis Sommer nächsten Jahres fertiggestellt sein.

Der Umbau von Personenkraftwagen sei mit Ausnahme von Einzelfällen verboten. Man müsse also prüfen, welche Personenkraftwagen für die Verwaltung wichtiger seien als die Lastkraftwagen für die Wirtschaft.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend fest, daß im Generalgouvernement die Umstellung auf Generatorbetrieb im Gange sei im Rahmen der Richtlinien des Generatorstabes; eine Abänderung des Benzinkontingents brauche man nicht durchzuführen, da das Kontingent für jeden Monat vom Reich selbst dem Generalgouvernement bewilligt werde.

Er weist weiter darauf hin, daß man eine Erweiterung der Produktion aus dem Erdölgebiet im Generalgouvernement nicht erwarten könne, da in Drohobycz die Ruhr herrschte.

Die Treibstoffversorgung stehe derart im Vordergrund, daß ihr gegenüber alle anderen Probleme wie Versorgung der Wirtschaft, Landwirtschaft und Rüstung zurücktreten müssen. Im Schreiben des Reichsmarschalls heiße es, daß alles andere in Kauf genommen werden müsse. Aus diesem Grunde müsse auch die Wehrmacht in Kauf nehmen, wenn das Generalgouvernement seine Wehrmachtslieferungen infolge Treibstoffmangels nicht durchführen könne; auch das Reich müsse gewärtig sein, daß die Ablieferung der Kontingente des Generalgouvernements nicht im vollen Umfange stattfinden könne.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Minuten.